



60 JAHRE WEHRPOLITIK DER FPÖ

Eine Chronik (Teil 1)

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort Dr. Wolfgang Baumann	8
Vorwort BGDR Dr. Reinhard E. Bösch	10
Die Wehrpolitik der FPÖ	12
1945 Kriegsende und Demobilisierung – erste Schritte in Richtung eines österreichischen Bundesheeres	13
1949 Gründung des Verbandes der Unabhängigen (VdU)	15
1952 Die B-Gendarmerie als Vorläufer für eine Wehrmacht	16
1955 Das erste Wehrkonzept des VdU	17
03.11.1955 Konstituierende Sitzung der FPÖ	18
1956 Der Aufbau des ÖBH beginnt	19
1956 Ungarn-Einsatz	20
1957 Das erste FPÖ-Parteiprogramm „14 Punkte“ mit einem ersten Bekenntnis zum Recht auf Landesverteidigung	21
1958 Die ersten Richtlinien freiheitlicher Politik und die steigende Verteidigungsbereitschaft in der Bevölkerung	22
1958 Libanonkrise und das Transitproblem der NATO	23
1959 Erfolgreiche Nationalratswahlen für die FPÖ und erstmalige Bildung eines FPÖ-Wehrausschusses	23
1960 Erster Auslandseinsatz des Bundesheeres im Kongo	24
1961 Bundeskanzler Julius Raab entwickelt erste Ideen für ein Konzept der Umfassenden Landesverteidigung (ULV)	24
1962 Heeresgliederung	25
1962 Die FPÖ-Bundesparteileitung gründet erstmals einen eigenen Wehrausschuss	26
1963 Die SPÖ verlangt die Auflösung des ÖBH	26
1964 Das „Salzburger Bekenntnis“ als liberale Ergänzung zum FPÖ- Grundsatzprogramm von 1957 und Auftrag zur Erstellung eines FPÖ-Wehrkonzepts	27

Impressum:

Freiheitliches Bildungsinstitut
Gesellschaft für Politik, Kultur und Meinungsfreiheit
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: + 43 1 512 35 35-0
E-Mail: bildungsinstitut@fpoe.at
Internet: fbi-politikschule.at

Erscheinungsjahr 2023

1964 Wehr- und Reformkonzept der FPÖ – der „Kindl-Plan“	27	1983 FPÖ-Wahlplattform „Geschützte Heimat“ mit einem umfangreichen wehrpolitischen Forderungskatalog	47
1965 Entsendegesetz	30	1983 Die erste Regierungsbeteiligung der FPÖ mit Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager	49
1966 Alleinregierung der ÖVP	30	1985 Bundesparteitag mit umfangreichen Anträgen zur Landesverteidigung	50
1967 Der für die FPÖ umstrittene Südtirol-Einsatz	31	1985 Parteiprogramm der FPÖ „Österreich politisch erneuern“ und Veröffentlichung des Landesverteidigungsplans – FPÖ wird wehrpolitischer Vorreiter	51
1967-69 Die „mysteriöse“ ÖVP-Entscheidung für den Flugzeugtyp Saab 105 statt für notwendige Abfangjäger	31	1985 Veröffentlichung des Landesverteidigungsplans	52
1968 Dramatische Reduzierungen beim ÖBH durch die ÖVP	32	1985-86 Abfangjägerbeschaffung gegen den Widerstand der ÖVP	53
1968 Die ČSSR-Krise	32	1986 Helmut Krünes löst Bundesminister Friedhelm Frischenschlager ab	54
1968 Das „Zeillinger FPÖ-Wehrkonzept“	33	1987 Koalition SPÖ/ÖVP und die FPÖ wieder in der Opposition	54
1968 Das Ischler Parteiprogramm der FPÖ mit dem Bekenntnis zur Landesverteidigung in einem eigenen Kapitel	33	1988 Minister Robert Lichal (ÖVP) scheitert an der Beschaffung von Panzerlenkwaffen und Transportflugzeugen	55
1969 Übung Bärenatze	34	1989 Ein neues Wehrpolitisches Konzept des Wehrpolitischen Beirats der FPÖ	55
1970 Erweiterung des Ischler Programms um die ULV und die Neutralität	34	1990 Teilweise Obsoleterklärung einzelner Bestimmungen des Staatsvertrages von 1955	56
1972 FPÖ-Bundesparteitag mit der Resolution zur Verfassungsverankerung der ULV	37	1991 Militärischer Sicherungseinsatz an der Staatsgrenze mit präsenten Kräften	57
1972 Heeresgliederung	37	1992 Antrag an den 21. Bundesparteitag betreffend die Änderung des Wehrsystems und Reform des Bundesheeres von Abg. Hans Helmut Moser	57
1973 Freiheitliches Manifest zur Gesellschaftsentwicklung als erstes detailliertes und umfangreiches Programm mit einem klaren Bekenntnis zur Miliz	38	1992 Heeresgliederung NEU von Minister Faslabend führt zu massiven Reduktionen bei der Truppe	59
1974 Zustimmung zum SPÖ-Zivildienstgesetz als Entgegenkommen der FPÖ	39	1993 Abspaltung Liberales Forum (LF)	59
1975 Verfassungsmäßige Verankerung der ULV als historisches Verdienst der FPÖ	39	1994 Ein neues FPÖ-Wehrkonzept wird erstellt	60
1975 Wehrkonzept Freiheitlicher Akademikerverband (FAV)	40	1994-1995 Projekt „Vertrag mit Österreich“ und beabsichtigter Umbau Österreichs zur Bürgerrepublik	61
1975 Wehrkonzept Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ)	41		
1976 Neuerlicher Auftrag zur Erstellung eines Gesamtkonzepts der FPÖ zur Wehrpolitik	42		
1978 Anträge für die GLV und ZLV am Bundesparteitag	44		
1979 Wahlprogramm der FPÖ mit Forderungen für die ULV	45		
1982 Bundesparteitag und Anträge zur Verbesserung der Ausstattung und der Ausbildung des ÖBH	46		

1995 Entschließungsantrag von Herbert Scheibner für einen Zivildienst	63	Truppe	77
1997 ÖBH-Situationsbericht: Die ÖVP sorgt für weitere Truppenreduzierungen	64	Freiwilligenarmee	78
1997 FPÖ-Parteiprogramm mit angestrebtem Beitritt zur EU, dem Ende der Neutralität, dem angestrebten Beitritt zur NATO mit einer Freiwilligenarmee	64	Luftstreitkräfte NEU	78
FPÖ-Wehrkonzept von Wehrsprecher Scheibner	65	Nachbeschaffung Luftraumüberwachung	79
FPÖ-Forderung nach der längst überfällige Erneuerung des Landesverteidigungsplans	66	Budget und Beschaffungen	80
FPÖ-Forderung nach Erhöhung des Landesverteidigungsbudgets	66	Auslandseinsätze werden nun zusätzlich im Budget verbucht	80
FPÖ-Forderung nach Abgeltung der Inlands- und Auslandseinsätze	67	Neubeschaffung der Black Hawk-Transporthubschrauber	80
1998 Der Optionenbericht der SPÖ/ÖVP-Regierung	67	Hercules-Transportflugzeuge NEU	81
1999 Jörg Haider verlangt konsequenterweise eine Volksabstimmung: Aufgabe der Neutralität oder Austritt aus der EU	68	Ausrüstung für die Truppe NEU	81
1999 Nationalratswahl	69	Infrastruktur	81
1999-2002 Die zweite Regierungsbeteiligung der FPÖ mit Herbert Scheibner als Verteidigungsminister	69	Militärbefugnisgesetz NEU und Soldatenhilfeleistungsgesetz NEU	81
Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin NEU	70	Assistenzeinsätze werden von nun an dem BMLV abgegolten	82
Festlegung österreichischer Interessen bei internationalen Einsätzen	71	Einsatzmedaille NEU	82
Mittleuropapolitik	72	2001-02 Neuaufstellung der freiheitlichen Personalvertretung AUF/AFH	83
Aussöhnung mit Israel und friedentiftende Maßnahmen im Nahen Osten	73	2002 Hochwassereinsatz in Niederösterreich	83
Vollmitglied in der Westeuropäischen Rüstungsgruppe	74	2002 Turbulenzen in der Regierung und in der FPÖ	84
Nationaler Sicherheitsrat NEU	74	2002 Knittelfeld im September	84
Strategischer Führungslehrgang NEU	75	2002 Nationalratswahl am 24. November	85
Synergien mit dem BMI	75	Zusammenfassung Teil 1	85
Kampf gegen den Terror	76	Literaturverzeichnis Teil 1 und Teil 2	88
Zentralstellenreform	76	Für die Wehrpolitik besonders relevante FPÖ-Publikationen	92
		Res Publica 1918-2018: Österreichs Freiheitliche und ihre Republik	92
		Endlich Fairness für uns Österreicher – Zwischenbilanz 2.0	92
		Berichte mit besonderer Relevanz für die Wehrpolitik der FPÖ	93
		Autor Dr. Wolfgang Baumann	94

VORWORT

Auf Initiative des steirischen Landtagsabgeordneten Scheer (Hauptmann der Reserve) wurde bei der Bundesparteileitung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) am 01. März 1962 erstmals ein „Wehrausschuss“ (später Arbeitskreis) ins Leben gerufen. Somit kann ab 1962 von einer beginnenden fachlich fundierten Bearbeitung von FPÖ-Wehrkonzeptionen gesprochen werden. 2022 jährte sich dieser für die freiheitliche Wehrpolitik so wichtige Meilenstein zum 60. Mal.

Die erste Regierungsbeteiligung der FPÖ (1983-86) erlebte ich als Einjährig-Freiwilliger und später als Militärakademiker in Wiener Neustadt. Damals dienten wir mit Idealismus und Begeisterung im Bundesheer und verspürten den Rückhalt der Bevölkerung. Natürlich gab es auch Probleme, aber insgesamt herrschte Aufbruchsstimmung. Ein Einmarsch einer fremden Macht, vorrangig der Sowjetunion bzw. des Warschauer Paktes, musste abgewehrt werden. Die Bundesminister Frischenschlager und auch Krünes verkörperten mit der FPÖ eine Partei mit hohem Interesse an der Umfassenden Landesverteidigung (ULV). Bundesminister Frischenschlager war nicht nur als Minister, sondern auch als Milizoffizier sehr engagiert und trat innerparteilich für die ULV und die Neutralität ein. Er erreichte mit seinem Team im Kabinett das höchste Budget für das BMLV (mehr als 1 % vom BIP) in der Geschichte des Bundesheeres. Nach Ende der SPÖ/FPÖ-Koalition und Ende des Kalten Krieges begann unter den ÖVP-Ministern die Demontage der militärischen Landesverteidigung. Immer mehr Verbände wurden aufgelöst und Waffensysteme ersatzlos gestrichen.

1999 durfte ich als Truppenoffizier mit Studium Sekretär und außenpolitischer Berater von Bundesminister Herbert Scheibner in der zweiten Regierungsbeteiligung der FPÖ sein. Diesmal mit der ÖVP. Wieder herrschte Aufbruchsstimmung und es ging überall vorwärts. Aufatmen bei der ausgehungerten Truppe. Nach drei Jahren war es leider viel zu schnell vorbei. Die Folgen von Knittelfeld sollten die erfolgreiche Regierung beenden. All diese Entwicklungen werden im vorliegenden 1. Teil beschrieben. Ab 2003 stellten wieder die ÖVP bzw. die SPÖ den Verteidigungsminister. Die Demontage des Bundesheeres wurde fortgesetzt. Diese Entwicklungen werden in einem zweiten Teil beschrieben. Zwei Jahrzehnte später erfolgte die dritte Regierungsbeteiligung der FPÖ. Als Generalsekretär von Bundesminister Mario Kunasek und nach fast 20 Jahren im Heeresnachrichtenamt war das Bundesheer

für mich nicht mehr wiederzuerkennen. Dieses Bundesheer war nach fast 20 Jahren unter ÖVP- und SPÖ-Ministern nicht mehr verteidigungsfähig. Eine gesamtstaatliche militärische Landesverteidigung war nicht mehr verantwortbar umsetzbar. Es galt rasch auf diesen Zustand¹ nachweislich aufmerksam zu machen und Auswege aufzuzeigen. Nach nur eineinhalb Jahren Regierungsverantwortung war es wieder viel zu früh vorbei. All diese Entwicklungen, Zeitzugengespräche, Dokumente, persönlichen Erlebnisse und getroffenen Maßnahmen sind in diesem ersten Teil dieser Chronik festgehalten und für die Nachwelt dokumentiert. Viel zu oft hörte ich, dass alle Parteien für den schlechten Zustand des Bundesheeres verantwortlich seien. Hierzu ein deutliches NEIN, die FPÖ ist dafür nachweislich nicht verantwortlich! Die FPÖ ist mit Worten und Taten immer für die militärische Landesverteidigung Österreichs eingetreten. So wird es auch in Zukunft sein!

Mein besonderer Dank gilt Franz Kernic² und Erich Schmidl³. Beide haben als neutrale Beobachter aus ihren Blickwinkeln die Historie der FPÖ-Wehrpolitik wissenschaftlich aufgearbeitet. Parteipolitisch will ich den Wehrsprechern der FPÖ – Minister a.D. Mario Kunasek, Brigadier Wolfgang Jung, Brigadier Peter Fichtenbauer, Brigadier Reinhard Bösch – und deren langjährigem parlamentarischen Mitarbeiter Oberleutnant Bernhard Rochowanski für ihre Unterstützung und vertiefenden Interviews meinen persönlichen Dank aussprechen. Natürlich auch Walter Seledec für sein journalistisches und politisches Wirken und seinen Beitrag in Res Publica: Eine wehrhafte Republik? – Österreichs militärische Sicherheitspolitik⁴. Gerald Brettner-Messler für das abschließende Lektorat.

DR. WOLFGANG BAUMANN

¹ Der Appell des Generalstabschefs General Robert Brieger (Effektive Landesverteidigung – Ein Appell) und der Bericht „Bedarf für das Bundesheer 2020“ von Mario Kunsek. Der Bericht konnte wegen des vorzeitigen Regierungsendes im Mai 2019 nicht mehr veröffentlicht werden. Minister Thomas Starlinger (Adjutant des Bundespräsidenten – Die Grünen) hat den Bericht als Beamtenminister wesentlich abgeändert und den budgetären Bedarf für die militärische Landesverteidigung wesentlich reduziert und dann unter seinem Namen veröffentlicht (Unser Heer 2030 – Die Antwort auf künftige Bedrohungen).

² Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten – Die Wehrpolitik der Freiheitlichen 1949-1986; Österreichischer Bundesverlag; Wien 1988.

³ Erwin Schmidl: Bericht der Historikerkommission – Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ; https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2019/PDFs/Buch-Historikerkommission-Web.pdf; Freiheitliches Bildungsinstitut; Wien 2019; S. 353-376.

⁴ Walter Seledec: Eine wehrhafte Republik? – Österreichs militärische Sicherheitspolitik, in: Res Publica – Österreichs Freiheitliche und ihre Republik 1918-2018; https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/Publikationen/Res_Publica_web.pdf; Freiheitliches Bildungsinstitut; Wien 2018; S. 231-267.

VORWORT

Mit dem Buch „60 Jahre Wehrpolitik der FPÖ“ ist Dr. Baumann ein ausgezeichnetes und wichtiges Werk zu unserer Parteigeschichte und unserem freiheitlichen Einsatz für das Österreichische Bundesheer und unsere Soldaten gelungen.

Der Ukraine-Krieg hat Europa komplett überrascht und wachgerüttelt. Alle EU-Staaten hätten eine derartige Entwicklung im 21. Jahrhundert in Europa nicht mehr für möglich gehalten. In der Ukraine führen Streitkräfte mit starken Panzer-Verbänden und anderen schweren Waffensystemen mit massiver Luftunterstützung einen konventionellen Krieg. Der 24. Februar 2022 hat einen europäischen Epochenwechsel eingeleitet, dessen Konsequenz eine wesentlich verbesserte Verteidigungsfähigkeit Europas sein muss. Auch Österreich wurde aus seinem Dornröschenschlaf und Traum von Frieden und Assistenzeneinsatz als einzige Aufgabe für das Bundesheer aufgeweckt.

Für die sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen Österreichs gibt es mittlerweile klare Lösungsansätze. Sie haben das Ziel, unser Land sicherer und widerstandsfähiger zu machen. Angesichts der Krisen, mit denen Österreich und die EU konfrontiert sind, wird es notwendig sein, Risiken und Bedrohungen so früh wie möglich zu erkennen und vernünftig zu reagieren. Dies wird zurzeit noch schmerzlich vermisst.

Bis jetzt verfügt unsere Republik über kein entsprechendes gesamtstaatliches Lagezentrum. Der Nationale Sicherheitsrat hat Anfang des Jahres einstimmig die Wiederbelebung der Umfassenden Landesverteidigung beschlossen. Bisläng sind das allerdings leere Absichtserklärungen geblieben! Alle Ministerien wären dabei enorm gefordert, auch natürlich allen voran das Landesverteidigungsressort. Hier gilt es zuallererst die prekäre Personalnot durch akzeptable Grundgehälter zu entspannen, die unseligen zivilen Aufgaben zu beenden und wieder die militärische Arbeit konsequent aufzunehmen. Die Modernisierung aller Bereiche muss rasch vorangetrieben werden. Das Budget ist daher so schnell wie möglich spürbar zu erhöhen!

Aktuell versucht die Bundesministerin für Landesverteidigung eine Trendumkehr

beim Budget zu bewirken, was uns allerdings nicht davon abhalten darf, für das Österreichische Bundesheer nicht nur eine Spende, sondern eine kontinuierlich berechenbare Finanzierung für einen längeren Zeitraum zu verlangen. Der freie Fall scheint hoffentlich gestoppt, ein Wiederaufbau ist aber noch lange nicht sichtbar.

Wir Freiheitlichen müssen uns weiter mit aller Kraft dafür einsetzen, das Österreichische Bundesheer wieder zu einer Armee zu machen, die die Fähigkeit zur militärischen Landesverteidigung auch erfüllen kann.

NABG. BGDR DR. REINHARD E. BÖSCH,

Wehrsprecher der FPÖ

Vorsitzender des Landesverteidigungsausschusses des Nationalrates

Vorsitzender der Parlamentarischen Bundesheerkommission

DIE WEHRPOLITIK DER FPÖ

Was ist eigentlich die Freiheitliche Wehrpolitik?

Ideelle Ursprünge der freiheitlichen Wehrpolitik gehen zurück auf die Aufklärung, die Revolutionen in den USA 1776 und Frankreich 1789, die Napoleonischen Freiheitskriegen, die Gründung der Urburschenschaft, den Vormärz und das Hambacher Fest. Immanent war immer das Streben nach Freiheit und Gemeinschaft. Nach 1955 wurde frei und souverän positiv (aber auch kritisch) ideell an diese Werte angeknüpft.

In Österreich⁵ gestaltet sich die nationale Sicherheitspolitik (Schaffung von gesamtstaatlicher Sicherheit) im Rahmen der Neutralitätspolitik (entsprechend der Verfassung), der EU-Politik (Solidarität entsprechend der Mitgliedschaft Österreichs, aber es gibt eben keine EU-Verfassung. Und Österreich ist in keinem Militärbündnis und hat daher für die Sicherheit und Verteidigung selbst vorzusorgen.), der Verteidigungspolitik (vor allem die Umsetzung der gesamtstaatlichen „Umfassenden Landesverteidigung“ (ULV) entsprechend der Verfassung) und eben der Wehrpolitik (Ausgestaltung Bundesheer und dessen Einsatzrahmen). Leider werden diese Begriffe in Österreich nur von der FPÖ entsprechend der Lehre verwendet. Andere Parteien verbiegen diesen sicherheitspolitischen Stufenbau immer wieder. Sie nutzen die „Unwissenheit“⁶ der Medien und vor allem der Bevölkerung zum eigenen parteipolitischen Vorteil. Nur die FPÖ war immer stringent.

Wie gestaltet sich die Freiheitliche Wehrpolitik?

Auf Initiative des steirischen Landtagsabgeordneten Scheer (Hauptmann der Reserve) wurde am 01. März 1962 bei der Bundesparteileitung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) erstmals ein „Wehrausschuss“ (später Arbeitskreis) ins Leben gerufen. Seit 1962 gibt es daher fachlich fundiert ausgearbeitete FPÖ-Wehrkonzepte. Somit können wir 60 Jahre wissenschaftlich nachvollziehbare Wehrpolitik belegen. In den drei Regierungsbeteiligungen wurde in diesem Geiste gehandelt und in der

⁵ Vgl. Wilhelm Kuntner: Ist Europa noch zu retten – Die Visionen eines optimistischen Realisten; Orac Verlag; Wien 1983; S. 130-154.

⁶ Gewollt und ungewollt. Anm. Verfasser.

Opposition entsprechend kontrolliert und wurden wehrpolitische Abweichungen von der Verfassung kritisch aufgezeigt. Wechselhaft war in den 60 Jahren das Bekenntnis der FPÖ zur allgemeinen Wehrpflicht und auch zur Neutralität, allerdings immer davon geprägt, einen maximalen Schutz für die Bevölkerung Österreichs durch eine starke militärische Landesverteidigung sicherzustellen.

Wer bestimmt die freiheitliche Wehrpolitik?

Zuallererst bestimmen die Wehrsprecher der FPÖ im Parlament die freiheitliche Wehrpolitik. Seit 1956 wurden von der FPÖ für die Gestaltung der freiheitlichen Wehrpolitik nur gediente Soldaten eingesetzt. Sanktioniert wurde die Wehrpolitik durch entsprechende Beschlüsse in den zuständigen Parteigremien, natürlich stark vom jeweiligen Wirken des Parteiobmanns beeinflusst. Mit den drei Regierungsbeteiligungen wurde die wehrpolitische Expertise vertieft und verbreitert. Es wurde nicht nur geplant und kontrolliert, sondern auch gehandelt. Die parteinahen Vereine und Vorfeldorganisationen nahmen sich immer wieder Themen der Wehrpolitik an und brachten sich konstruktiv ein.

Bevor überhaupt von einer freiheitlichen Wehrpolitik gesprochen werden kann, muss man sich vor Augen halten, dass Österreich nach dem 2. Weltkrieg völlig darniederlag. Besetzt und zerschlagen. Sehr viele Männer waren in Gefangenschaft oder gefallen. Viele Flüchtlinge strömten ins Land und in den zerbombten Großstädten wurde gehungert. Doch die Österreicher blickten nach vorne, glaubten an ihre Heimat, wussten zu überleben und begannen rasch mit dem Wiederaufbau.

1945 KRIEGSENDE UND DEMOBILISIERUNG – ERSTE SCHRITTE IN RICHTUNG EINES ÖSTERREICHISCHEN BUNDESHEERES

Nach Kriegsende war der Blick der Österreicher vor allem auf Überleben und Wiederaufbau ausgerichtet. Ziel war die Wiedererlangung der staatlichen Souveränität. Eine Wiederbewaffnung Österreichs war noch kein Thema und freiheitliche Politik noch in keiner Partei vertreten.

Die ÖVP und SPÖ verfolgten erste wehrrelevante Ideen. Die KPÖ wollen wir hier nachvollziehbar ausklammern. ÖVP und SPÖ hatten von Anfang an sehr unterschiedliche Positionen zu den militärischen Herausforderungen. In der ÖVP gab es eine Tendenz zur Kaderarmee und in der SPÖ eine Bevorzugung der Milizarmee mit kurzer Dienstzeit. Es fehlten allerdings noch Konzeptionen und klare Programme, obgleich nach dem 2. Weltkrieg bereits erste Vorarbeiten für ein neues Österreichisches Bundesheer (ÖBH) stattfanden.

1945 Amt für Heereswesen

Im April 1945 wurde Franz Winterer in der provisorischen Staatsregierung von Staatskanzler Karl Renner als Unterstaatssekretär für Heereswesen aufgenommen. Er bekleidete den Dienstgrad Oberstleutnant. Seine Aufgabe in diesem Amt beschränkte sich allerdings im Wesentlichen auf die Demobilisierung. Am 12. Juni 1945 wurden im Rahmen des Demobilisierungsgesetzes alle erforderlichen Maßnahmen für die Demobilisierung der Soldaten, militärischen Anlagen und Güter der Wehrmacht angeordnet⁷. Bereits am 30. November wurde allerdings das Amt für Heereswesen vom Alliierten Rat wieder aufgelöst⁸. Ein schwerer nationaler Rückschlag für ein selbstbestimmtes Österreich. Der Alliierte Rat bestimmte.

Erste Ideen der Alliierten für ein Bundesheer

1947 gab es erstmals Invasionsalarm im Westen wegen Angriffsplänen der Sowjetunion: Die USA und Großbritannien planten für diesen Fall den geordneten Rückzug hinter die Pyrenäen und einen atomaren Gegenangriff. Frankreich war dagegen und richtete sich in der eigenen Zone auf einen Verteidigungskampf ein.⁹

Besonders ab 1948 und nach der Machtergreifung der Kommunisten in der ČSSR stieg das Interesse der USA und Großbritanniens am Aufbau eines ÖBH. Dies führte zu einer eindeutigen West-Orientierung der österreichischen Politik¹⁰. Bereits die Staatsvertragsverhandlungen zeigen in einem Vertragsentwurf die Absichten der Siegermächte: ein ÖBH als Berufarmee und u.a. mit bis zu 53.000 Mann inklusive

⁷ Vgl. StGBL. Nr. 24/1945.

⁸ Vgl. Manfred Rauchensteiner: Nachkriegsösterreich 1945; in: ÖMZ 6/1972; Wien 1972; S. 416-420.

⁹ Vgl. Wilhelm Theuretsbacher und Rolf M. Urrisk: Ich gelobe... – Ein Heer zwischen politischen und militärischen Blöcken; Verlag A.F.Koska; Wien 2005; S. 7-9.

¹⁰ Vgl. Lothar Höbelt: Die Zweite Republik Österreich und ihre Besonderheiten; Böhlau Verlag; Wien 2020; S. 22.

Gendarmerie und Grenzschutz, 5.000 Mann Luftwaffe und bis zu 90 Flugzeuge¹¹. Es wurde im Geheimen je 1 Bataillon Spezialgendarmerie pro Zone realisiert¹².

1949 GRÜNDUNG VOM VERBANDS DER UNABHÄNGIGEN (VDU)

Der VdU wurde von Herbert Alois Kraus als Herausgeber der Wochenzeitung „Berichte und Informationen“ und Viktor Reimann von den „Salzburger Nachrichten“ gegründet. Kraus war Sohn eines altösterreichischen Generals, hatte vor 1945 für die deutsche Abwehr gearbeitet und unterhielt danach gute Kontakte zur amerikanischen „Abwehr“, dem Counterintelligence Corps (CIC). Reimann kam aus dem nationalen Lager, war aber als Mitglied einer Widerstandsgruppe um den Klosterneuburger Chorherrn Roman Scholz 1940 verhaftet und zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Erfolge bei den ersten Wahlen brachten interne Streitereien, die die Zukunft des VdU prägen sollten. ÖVP und SPÖ untersagten ihren Mitgliedern den Kontakt mit dem VdU¹³. Wählerpotential waren vor allem die ca. 500.000 noch nicht wahlberechtigten Belasteten und Minderbelasteten sowie die Heimatvertriebenen.

Am 22. Juli 1949 gab sich der VdU¹⁴ sein erstes (eher liberales) Verbandsprogramm,¹⁵ in dem die österreichische Wiederbewaffnung jedoch keinerlei Erwähnung erfuhr.

Bundesheeroffiziere wie z.B. Major Starkl an der Militärakademie übernahmen in der Partei erste Funktionen, auch ehemalige hochdekorierte Offiziere wie Gordon Gollob und Josef Elsnitz, die sich allerdings nicht wirklich für die Wehrpolitik Österreichs einbrachten. Geprägt vom Denken einer militärischen Großmacht, konnten sie sich nur widerwillig mit der Streitkraft eines Kleinstaates anfreunden.

¹¹ Vgl. Rudolf Hecht: Militärische Bestimmungen in den Friedensverträgen von 1947, in: ÖMZ 5/1979; Wien 1979; S. 377 ff.

¹² Vgl. Wilhelm Theuretsbacher und Rolf M. Urrisk: Ich gelobe... – Ein Heer zwischen politischen und militärischen Blöcken; Verlag A.F.Koska; Wien 2005; S. 7-9.

¹³ Vgl. Lothar Höbelt: Die Zweite Republik Österreich und ihre Besonderheiten; Böhlau Verlag; Wien 2020; S. 121-122.

¹⁴ Historische Belastungen wurden im Historischen Bericht der FPÖ erforscht und dokumentiert. Siehe speziell Wilhelm Brauner: Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Österreich in: Bericht der Historikerkommission – Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ; https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2019/PDFs/Buch-Historikerkommission-Web.pdf; Freies Bildungsinstitut; Wien 2019; 25-36.

¹⁵ Vgl. Erich Reiter: Programm und Programmentwicklung der FPÖ in: Österreichische Schriftenreihe für Rechts- und Politikwissenschaft; Band 5; Wien 1982; S. 241-246.

Im Mittelpunkt aller Betrachtungen standen ohnedies die stockenden Verhandlungen für einen Staatsvertrag. Im selben Jahr wurde die NATO gegründet, aber erst 1955 sollte Deutschland beitreten.

1952 DIE B-GENDARMERIE ALS VORLÄUFER FÜR EINE WEHRMACHT

Besonders nach dem kommunistischen Putschversuch in Österreich im Jahre 1950 wurden die Anstrengungen für bewaffnete Gendarmerieeinheiten gesteigert. Bereits 1952 wurden die Kommandanten-Positionen der sechs Gendarmerieschulen mit ehemaligen Heeresoffizieren besetzt. Die B-Gendarmerie wurde zum Vorläufer für das ÖBH. 1953 einigte sich die ÖVP-SPÖ-Regierung auf die Aufstellung einer Wehrmacht¹⁶ nach Staatsvertragsabschluss im Bundeskanzleramt.

Der VdU sprach sich von Anfang an für ein eigenes Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) aus, im Gegensatz zu Vizekanzler Adolf Schärf, der sarkastisch meinte, dass dann auch die Zollwache ein eigenes Ministerium bekommen müsste.¹⁷ Bezüglich eines Konzepts für die Landesverteidigung beauftragte die ÖVP Generaloberst Erhard Raus und die SPÖ Generaloberst Lothar Rendulic. Es gab in der Folge Sondierungsgespräche der SPÖ mit dem VdU bezüglich einer Zusammenarbeit nach den Wahlen 1956. Diese Frage stellte sich allerdings bald nicht mehr, da der Zeretzungsprozess des VdU bereits begonnen hatte und ein Wahlerfolg des VdU immer unwahrscheinlicher wurde.¹⁸

Im sogenannten (eher nationalen) Ausseer Programm¹⁹ des VdU, beschlossen vom 15.-16. Mai 1954, wurde zwar ein starkes Zeichen für Zusammenhalt gesetzt, aber es erfolgte wieder keine Behandlung der österreichischen Wiederbewaffnung. Erstmals fand aber die Wehrpolitik in Punkt II Erwähnung:

¹⁶ Der Begriff „Wehrmacht“ wirkt heute zumindest unpassend. Er ist aber die militärisch korrektere Bezeichnung als „Bundesheer“. Ein Heer bezeichnet nur die Landstreitkräfte und nicht die Luftstreitkräfte. Später einigte man sich auf Bundesheer (Anm. Verfasser: Die österreichischen Luftstreitkräfte wurden „österreichisch“ im „BundesHEER“ subsumiert.).

¹⁷ Lothar Höbelt: Die Zweite Republik Österreich und ihre Besonderheiten; Böhlau Verlag; Wien 2020; S. 34.

¹⁸ Vgl. Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 129-123.

¹⁹ Vgl. Erich Reiter: Programm und Programmentwicklung der FPÖ in: Österreichische Schriftenreihe für Rechts- und Politikwissenschaft; Band 5; Wien 1982; S. 247-250.

Es wurde im Ausseer Programm festgestellt, dass die Wehrpolitik zum Großraum dränge. Lediglich durch ein gemeinsames „Vereintes Europa“ könne ein militärischer Konflikt auf Dauer verhindert werden. Aus heutiger Sicht ein sehr zeitgemäßer außen- und sicherheitspolitischer Ansatz für Europa im Gesamtzusammenhang. Für Österreich, noch besetzt und nicht souverän, war die Zeit für ein Verteidigungsbündnis nicht gekommen und der Staatsvertrag bzw. die Neutralität stellten das Jahr darauf die Weichen anders.

Im selben Jahr erfolgte die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Ziel war, eine gemeinsame europäische Armee zu schaffen. Diese scheiterte aber am Veto Frankreichs. Deutschland trat im Jahr darauf der NATO bei. Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Luxemburg und die Niederlande bildeten 1957 die neue Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

1955 DAS ERSTE WEHRKONZEPT DES VDU

Vor Auflösung des VdU wurde noch durch Oberst a.D. Max Stendebach ein Wehrkonzept²⁰ (auf Eigeninitiative und als persönliche Meinung eingestuft) erstellt und ein Beschluss der Bundesverbandsleitung des VdU vom 23. Juni 1955 hinsichtlich des neu aufzustellenden Bundesheeres²¹ gefasst. Darin findet sich:

☒ *das **Bekenntnis zur bewaffneten Neutralität**, aber unter der Voraussetzung, dass der neutrale Staat in der Gestaltung seiner Verteidigung keinerlei Beschränkungen (wie im Staatsvertrag Ziffern 12 bis 16) unterliegt.*

☒ *Deshalb **lehnt der VdU die Aufstellung des ÖBH so lange ab**, bis sämtliche materiellen und personellen **Beschränkungen** unserer Wehrhoheit unter Anwendung des Artikels 17 des Staatsvertrages beseitigt sind.*

²⁰ Vgl. Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 124-126.

²¹ Beschluss der Bundesverbandsleitung des VdU vom 23. Juni 1955 hinsichtlich des neu aufzustellenden Bundesheeres, in: Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; Anhang I/1; S. 334-336.

Der VdU tritt für die **Aufstellung eines längerdienenden Freiwilligenheeres** als wirklich hochwertige Kampftruppe und für die Einführung einer allgemeinen kurzen Dienstpflicht ein, die der Ausbildung in einem zivilen Abwehr- und Schutzdienst gegen die neuen Kriegsmittel, für den Katastropheneinsatz und die Durchführung besonderer Gemeinschaftsaufgaben zu dienen hat.

Natürlich ersetzte dieser Beschluss keine Wehrprogrammatische, aber es ist die erste dokumentierte wehrpolitische Absichtserklärung im national-liberalen-freiheitlichen Lager. Ein „Vereintes Europa“ stand im Mittelpunkt der außenpolitischen Ausrichtung des VdU. Die allgemeine Wehrpflicht wurde wegen fehlender Wehrebereitschaft der Bevölkerung abgelehnt. Das Berufsheer wurde von den Koalitionsparteien abgelehnt, wie auch ein Einsatz des ÖBH im Inneren (ausgenommen in Katastrophenfällen). Aus diesen Gründen wurde das erste Wehrgesetz in der 2. Republik vom 7. September 1955 vom VdU abgelehnt.

Die beabsichtigte integrative Wirkung²² erreichte die Parteileitung durch das Ausseer Programm jedenfalls nicht und es folgte schlussendlich 1954/55 der politische Zusammenbruch des VdU. So schwierig die Aufbaujahre einer eigenen bewaffneten Macht in Österreich²³ waren, so herausfordernd waren auch die Anfangsjahre der Entwicklung der Freiheitlichen Partei Österreichs.

03.11.1955 KONSTITUIERENDE SITZUNG DER FPÖ

Am 15. Mai wurde der Staatsvertrag unterzeichnet und am 22. Juni wurden mit dem Wehrkompetenzgesetz die ersten organisatorischen Maßnahmen zur Wiederbewaffnung Österreichs getroffen. Am 26. Oktober beschloss der Nationalrat die

²² Bei der Nationalratswahl 1953 kandidierten der VdU und die Aktion (Abspaltung von der ÖVP unter Ernst Strachwitz. Er sollte gemäß Alfons Gorbach deutschsprachige Kreise und ehemalige Nationalsozialisten für die Volkspartei gewinnen.) gemeinsam als Wahlpartei der Unabhängigen; zwei der insgesamt 16 gewonnenen Mandate gingen an die Vertreter der Aktion. Das Scheitern der Fusion zwischen beiden Organisationen führte am 26. Oktober 1952 zum Rücktritt von Kraus als VdU-Vorsitzendem. 1954 scheiterten erneute Einigungsgespräche zwischen Strachwitz und Vertretern des VdU sowie der Kleinpartei Freiheitliche Sammlung Österreichs. Siehe Lothar Höbelt: Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU; Leopold Stocker Verlag; Graz u. a. 1999.

²³ Am 15. Mai 1955 wurde der Staatsvertrag unterzeichnet und Österreich erklärte sich in weiterer Folge für immerwährend neutral. In diesem Zusammenhang muss man auch im bereits heißen „Kalten Krieg“ 1949 die Gründung der von den USA dominierten NATO sehen und den Beitritt der BRD 1955 sowie auch die 1954 am Veto der Franzosen gescheiterte Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Erst 1958 bilden Frankreich, BRD, Italien, Belgien, Luxemburg und die Niederlande die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) – weichenstellende Jahre für Europa und eine neue sicherheitspolitische Situation für Österreich als neutraler Kleinstaat in der Mitte Europas.

„immerwährende Neutralität Österreichs“.²⁴ Nach langwierigen parteiinternen Verhandlungen²⁵ zwischen dem VdU und der Freiheitspartei erfolgte am 3. November 1955²⁶ die konstituierende Sitzung der FPÖ, bei der zugleich ein Kurzprogramm beschlossen wurde. In diesem Kurzprogramm finden sich keine wirklichen wehrpolitischen Inhalte, nur außen- und sicherheitspolitische Zielsetzungen:

Wir verwerfen den Krieg als Mittel der Politik. Im Geiste der Freiheit bekennen wir uns zum Abendlande und wollen daher den europäischen Bund freier und gleichberechtigter Nationen und Staaten.²⁷

Somit gestaltete sich die Beziehung der FPÖ zum Staatsvertrag und zur Neutralität am Anfang sehr schwierig. Die vorgegebenen außen- und sicherheitspolitischen Tatsachen wurden von der FPÖ anfangs trotzig nicht anerkannt, ausgeblendet und nur widerwillig (im notwendigen Ausmaß) in die freiheitliche Wehrpolitik aufgenommen.

1956 DER AUFBAU DES ÖBH BEGINNT

Am 17. Jänner 1956 erfolgte der Ministerratsbeschluss über die Organisationsgrundsätze des ÖBH. Oberstes Ziel der Landesverteidigung war es,

„einem Angreifer schon an den Staatsgrenzen mit eigenen Streitkräften wirkungsvoll entgegentreten zu können...“²⁸

²⁴ Georg Prader: Vorwort in: 1918-1968 – Die Streitkräfte der Republik Österreich; 50 Jahre Republik Österreich; Sonderdruck Heeresgeschichtliches Museum; Wien 1968; S. 444.

²⁵ Eine erste Einigung konnte im Oktober 1954 erreicht werden.

²⁶ Vgl. Klaus Berchtold: Österreichische Parteiprogramme 1868–1966. Verlag für Geschichte und Politik; Wien 1967; S. 492.

²⁷ Siehe Kurzprogramm der FPÖ beziehungsweise die „Vierzehn Punkte“, die am Gründungsparteitag 1956 verabschiedet und 1958 in den „Richtlinien freiheitlicher Politik“ näher erläutert wurden (Die Geschichte der FPÖ: Folge 6 – Freiheitliches Bildungsinstitut (fbi-politikschule.at) heruntergeladen am 18.06.2022).

²⁸ Richard Bayer und Hubert Kempf: Entwicklung der ULV in Österreich; Schriftenreihe der Österreichischen Gesellschaft zur Förderung der Landesverteidigung; 2. Auflage; Wien 1975; S. 9.

Am 11. Juli erfolgte die Errichtung des Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV).²⁹

Heeresgliederung 1956

Am 22. Juni 1956 wurde die Heeresgliederung 1956 verfügt, mit 3 Gruppenkommanden und 9 Brigaden (4 Gebirgs-, 4 Jäger- und einer Panzerbrigade). Ziel waren 60.000 Soldaten. Es wurde ein „Einjährigfreiwilligen-Jahr“ (EF) für Maturanten bzw. eine Reserveoffiziersausbildung eingeführt. Erster Generaltruppeninspektor (GTI) wurde General Erwin Fussenegger. Das Offizierskorps bestand zu zwei Dritteln aus ehemaligen Wehrmachtsoffizieren, darunter 42 Ritterkreuzträgern.³⁰

1956 UNGARN-EINSATZ

Nur ein Jahr nach seiner Gründung musste das neu aufgestellte Bundesheer bereits seine erste Bewährungsprobe bestehen: Im Oktober 1956 besetzten sowjetische Einheiten Ungarn und rückten bis an die österreichische Grenze vor.

Der Generaltruppeninspektor sah sich gezwungen, ein Memorandum zu verfassen, in dem er die Feststellung traf, dass mit den verfügbaren Kräften weder der Schutz der Zivilbevölkerung noch eine Verteidigung möglich sei. Der GTI stellte daher folgende Forderungen auf:

- ▬ Kader-Einberufung für Neuaufstellungen
- ▬ Überstellung von 2.000 ehemaligen Kriegsgedienten oder ehemaligen Angehörigen der B-Gendarmerie in das Bundesheer
- ▬ Genehmigung zur Anwendung des Reichsleistungsgesetzes
- ▬ Veranlassung der schnellstmöglichen Lieferung von Waffen, Munition und Gerät
- ▬ Beginn mit dem Anlegen von Feldbefestigungen und Sperrungen in den meistbedrohten Abschnitten
- ▬ Zusammentritt einer interministeriellen Kommission für Zivilschutz

²⁹ Georg Prader: Vorwort in: 1918–1968 – Die Streitkräfte der Republik Österreich; 50 Jahre Republik Österreich; Sonderdruck Heeresgeschichtliches Museum; Wien 1968; S. 445.

³⁰ Vgl. Lothar Höbelt: Die Zweite Republik Österreich und ihre Besonderheiten; Böhlau Verlag; Wien 2020; S. 35.

- ▬ Vereinbarung mit der Bundespolizeidirektion Wien und der Sicherheitsdirektion für NÖ für die Steuerung der Flüchtlingsströme
- ▬ Aufklärung der Zivilbevölkerung über die Notwendigkeiten der vorbereitenden Maßnahmen zur militärischen Landesverteidigung.

Seine Wünsche fanden aber keinen Anklang und versandeten. Der GTI zeigte jedoch großen Mut, Gesamtverantwortung und Entscheidungsfreude, als er am Abend des 5. November die Herstellung der Verteidigungsbereitschaft anordnete und gewillt war, einem drohenden Angriff mit militärischen Mitteln entgegenzutreten. Und das, obwohl seitens des Ministers der Wunsch bestand, diese Einsatzweisung zurückzunehmen. Die militärische Führung vertrat insgesamt die Position, dass sich die Katastrophe des Jahres 1938 nie mehr wiederholen dürfe.³¹

1957 DAS ERSTE FPÖ-PARTEIPROGRAMM „14 PUNKTE“ MIT EINEM ERSTEN BEKENNTNIS ZUM RECHT AUF LANDESVERTEIDIGUNG

Nach den schwierigen Anfangsjahren der FPÖ wurden 1957 erstmals die Richtlinien freiheitlicher Politik unter Einbindung der wehrpolitischen Interessen formuliert. Darin bekannte man sich in den im ersten FPÖ-Parteiprogramm am 2. Ordentlichen Bundesparteitag in Klagenfurt beschlossenen 14 Punkten³² zu folgendem Grundsatz:

Wir verwerfen den Angriffskrieg als Mittel der Politik, bekennen uns aber zu dem Recht der Völker und Staaten, ihre Freiheit auch mit den Waffen zu verteidigen.

▬ *Solange keine völkerrechtliche Sicherheit gegen bewaffnete Angriffe besteht, ist auch für Österreich der Aufbau einer wirksamen Landesverteidigung geboten.*

³¹ Siehe Norbert Sinn: Schutz der Grenze: der Sicherungseinsatz des Österreichischen Bundesheeres an der Staatsgrenze zu Ungarn im Oktober und November 1956; Austria Medien Service; Graz 1996.

³² 14 Punkte, FPÖ-Parteiprogramm 1957, https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Parteiprogramm_der_FPÖE_1957.pdf; heruntergeladen am 18.06.2022.

- Die Verteidigung der Freiheit rechtfertigt jede Gefahr und jedes Opfer.
- Die Verteidigung kann nur durch ein vorzüglich ausgebildetes Heer erfolgen.

Somit dokumentiert sich das Recht – aber noch nicht die Bereitschaft der FPÖ – zur Landesverteidigung, da dafür zuerst die rechtlichen und materiellen Voraussetzungen zu schaffen sind.

1958 DIE ERSTEN RICHTLINIEN FREIHEITLICHER POLITIK UND DIE STEIGENDE VERTEIDIGUNGSBEREITSCHAFT IN DER BEVÖLKERUNG

Die 1957 begonnenen „Richtlinien freiheitlicher Politik“³³ wurden im September 1958 beschlossen und waren in gewisser Weise als Interpretation der „14 Punkte“ aus dem ersten Parteiprogramm zu verstehen.

Darin heißt es u.a., dass „die österreichische Neutralitätserklärung [...] allein [...] noch keine Gewähr für die Sicherung unserer Heimat und unserer Freiheit“ bietet, weshalb die Vorsorge für die Verteidigung notwendig ist. Die „Richtlinien“ hielten es für „verfehlt, eine solche Verteidigung [angesichts der Entwicklung der neuesten Waffen] von vornherein als aussichtslos abzutun“: „Es ist daher erforderlich, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zur Verteidigung bereit zu sein. Es ist unsere Überzeugung, dass diese Verteidigung nur durch ein gut ausgerüstetes und vorzüglich ausgebildetes Heer erfolgen kann und dass andererseits entsprechende Anlagen zum Schutz der Zivilbevölkerung errichtet werden müssen.“³⁴

Die Verteidigungsbereitschaft der Österreicher wurde durch die Neutralität jedenfalls gefördert. Die FPÖ-Wehrpolitik musste diese österreichische Aufbruchsstimmung der Bevölkerung, wenn auch noch widerwillig, zur Kenntnis nehmen. Dieser Prozess wurde durch den Tod von Parteiobermann Anton Reinthaller im März 1958 und die Nachfolge von Friedrich Peter beschleunigt.

³³ Siehe Leitsätze freiheitlicher Politik, <https://www.fpoe.at/themen/parteiprogramm/leitsaetze-freiheitlicher-politik>, heruntergeladen am 01.06.2022.

³⁴ Richtlinien freiheitlicher Politik in Österreich; im Volltext bei Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 85 f; vgl. Reiter Programm und Programmentwicklung der FPÖ; S. 40.

1958 LIBANONKRISE UND DAS TRANSITPROBLEM DER NATO

Als die NATO anlässlich der Libanonkrise der Einfachheit halber im Direktflug aus der BRD über Österreich den Nachschub sicherstellte, stand erstmals das Transitproblem auf der Tagesordnung. Bundesminister Otto Rösch resümierte: „Neutral gegen den Westen zu sein ist das weitaus Schwierigere.“³⁵

War alles, was man sich vom Bundesheer im Ernstfall erwartete, bloß symbolischer Widerstand? Außenminister Leopold Figl sprach 1955 von fünf Schuss, die man abfeuern müsse, Schärf erhöhte das Limit als Bundespräsident 1959 dann immerhin auf 20 Schuss. Für ein reines Miliz- und Ausbildungsheer, wie es die SPÖ favorisierte, musste im Ernstfall erst mobilisiert werden. Da kam man dann entweder zu spät oder lief Gefahr, bei jedem Krisengerücht aufmarschieren zu müssen, was politisch kontraproduktiv gewesen wäre.³⁶

Die FPÖ stellte sich von Anfang an gegen dieses großkoalitionäre „Alibi-Heer“ und verlangte konsequent eine angemessene Ausstattung des Bundesheeres und staatliche Souveränität.

1959 ERFOLGREICHE NATIONALRATSWAHLEN FÜR DIE FPÖ

Nach den für die FPÖ erfolgreichen Nationalratswahlen (Zugewinn von zwei Mandaten) schied der Wehrsprecher und ehemalige Regimentskommandant Oberst Max Stendebach aus dem Parlament aus. Neuer Wehrsprecher wurde Wilhelm Kindl, er war Facharbeiter und Betriebsrat bei Semperit und hatte den Zweiten Weltkrieg als Leutnant der Reserve erlebt. Wilhelm Kindl (10. Oktober 1917 – 5. November 1998) war zwischen 1959 und 1966 Wehrsprecher der FPÖ.

³⁵ Vgl. Lothar Höbelt: Die Zweite Republik Österreich und ihre Besonderheiten; Böhlau Verlag; Wien 2020; S. 38-39.

³⁶ Vgl. Lothar Höbelt: Die Zweite Republik Österreich und ihre Besonderheiten; Böhlau Verlag; Wien 2020; S. 37.

1960 ERSTER AUSLANDSEINSATZ DES BUNDESHEERES IM KONGO

49 Sanitäter wurden nicht als Soldaten, sondern als Beamte in den Einsatz geschickt. Bereits das österreichische Vorkommando wurde wegen einer Verwechslung mit Belgiern gefangen genommen und verlor die gesamte Ausrüstung. Gefangene Italiener wurden gefoltert und getötet. Die Befreiung der Österreicher erfolgte durch ein nigerianisches UN-Kontingent. Insgesamt ein chaotischer Beginn. Es folgte berechnete schwere Kritik der FPÖ an der Koalitionsregierung, die den Einsatz ohne Zustimmung durch den Nationalrat verfügt hatte.

1961 BUNDESKANZLER JULIUS RAAB ENTWICKELT ERSTE IDEEN FÜR EIN KONZEPT DER UMFASSENDEN LANDESVERTEIDIGUNG (ULV)

Ein ULV-Konzept wurde 1959 erstmals für die österreichische Landesverteidigung angedacht. Es sollte militärische, zivile und wirtschaftliche Bereiche beinhalten.

Vorbild war dabei die Schweiz mit ihrem Konzept der „totalen Landesverteidigung“. Erfahrungen aus dem 2. Weltkrieg zeigten, dass vor allem die Abwehr deutscher Propaganda bzw. deren psychologische Kampfführung Maßnahmen über die militärische Landesverteidigung hinaus erforderten.

Wesentlich für den Erfolg war die Bereitschaft der Bevölkerung zur Verteidigung. Am 18. Juli 1961 erfolgte mit Ministerratsbeschluss der Startschuss für die ULV unter Bundesminister Karl Schleizer (ÖVP)³⁷. Mit Antrag im Landesverteidigungsrat wurde die militärische, zivile, geistige und wirtschaftliche Landesverteidigung initiiert und der Terminus ULV erstmals verwendet.

Der Bundesminister für Landesverteidigung wurde ersucht, nach erfolgter Koordinierung der Bundesregierung einen Landesverteidigungsplan vorzulegen.

³⁷ Im selben Jahr wurden im Bundesheer – und damit weltweit erstmals in einer Armee – Soldatenvertreter eingeführt.

Erste Planungen für die Grenzsicherung erfolgten. Es war aber leider kein ausreichender politischer Wille außerhalb vom BMLV für eine ULV erkennbar. Ein höfliches Ersuchen aus dem BMLV war für die anderen Ministerien keine Grundlage für die Mitarbeit.

Am **20.02.1962** erfolgte ein neuerlicher, konkreter Ministerratsbeschluss betreffend die ULV

- Ein ULV-Grundkonzept mit Stufenbau und ein verbindlicher Organisationsplan
 - ▶ Stufe 1: **wirtschaftliche LV – Vorsorge für den Krisenfall**
 - ▶ Stufe 2: **zivile LV – bei Krisen in der unmittelbaren Nachbarschaft**
 - ▶ Stufe 3: **militärische LV – im Fall direkter Aggression**
 - ▶ **Überbau:** geistige LV – schafft Problembewusstsein und Akzeptanz für LV

- **Gesamtkoordination** im BMLV im Einvernehmen mit dem BMI
 - ▶ Bildung von **Arbeitsausschüssen** (M, Z, W, G)
 - ▶ unter Einbindung der Länder, Vereine und Sozialpartner
 - ▶ Koordinierung durch die Abteilung Wehrpolitik im BMLV
 - ▶ Mehrtägiges Planspiel der Stabsakademie mit den Arbeitsausschüssen in Allentsteig

1962 HEERESGLIEDERUNG

Die Heeresgliederung 1962 wurde zusätzlich in Angriff genommen. Sie umfasste fünf Jägerbrigaden, zwei Panzergrenadierbrigaden sowie drei Reservebrigaden, gebildet aus drei Ausbildungsregimentern.

Ein einzelner Wehrsprecher konnte die neuen, fachlich komplexen, gesamtstaatlichen LV-Aufgabenstellungen nicht mehr alle allein abdecken. Diese Aufgabenerfüllung musste in der Partei auf breitere Beine gestellt werden.

1962 DIE FPÖ-BUNDESPARTEILEITUNG GRÜNDET ERSTMALS EINEN EIGENEN WEHRAUSSCHUSS

Auf Initiative des steirischen Landtagsabgeordneten Franz Scheer (Hauptmann der Reserve) vom 01. März 1962 wurde bei der Bundesparteileitung erstmals ein „Wehrausschuss“ (später Arbeitskreis) ins Leben gerufen. Somit kann ab 1962 von einer fachlich fundierten Ausarbeitung von FPÖ-Wehrkonzeptionen gesprochen werden. 2022 jährt sich dieser Meilenstein zum 60. Mal. Die ersten Sitzungen fanden 1963 statt und bereits 1964³⁸ sollte sich zeigen, wie wichtig diese strukturelle Weiterentwicklung der Partei für die Wehrpolitik der FPÖ war.

1963 DIE SPÖ VERLANGT DIE AUFLÖSUNG DES ÖBH

1963 präsentierte Bundesrat Universitätsprofessor Hans Thirring von der SPÖ den Plan³⁹, das Bundesheer völlig abzurüsten. Die Sicherung der Neutralität sollte durch internationale Verträge erfolgen. Die FPÖ stellte sich gegen diesen Plan und verlangte eine bessere Budgetierung des ÖBH. Ein Jahr später wurde von Staatssekretär Rösch (SPÖ) ein Plan⁴⁰ zur Abschaffung der Einsatzverbände und die Verkürzung der Präsenzdienstzeit auf sechseinhalb Monate und später abzudienenden Waffenübungen gefordert.

Die FPÖ verfügte noch über kein Wehrkonzept und es gab in der Partei auch keine klare Linie zur Dauer des Wehrdienstes. Es bestand somit interner Handlungsbedarf, aber vorerst hatten andere programmatische Weichenstellungen innerparteiliche Priorität.

1963 gelang es Parteibeamten Friedrich Peter, die bisherige Isolation im Parlament zu beenden. Erstmals stimmte eine Partei – die SPÖ – mit der FPÖ einem gemeinsamen Antrag zu.

³⁸ Siehe Chronik der Wehrpolitik FPÖ im Jahr 1964.

³⁹ Hans Thirring: Mehr Sicherheit ohne Waffen – Denkschrift an das österreichische Volk und seine gewählten Vertreter; Verlag Jugend und Volk; Wien 1963.

⁴⁰ Vgl. Gerhard Böhner: Die Wehrprogrammatik der SPÖ; Österreichische Schriftenreihe für Rechts- und Politikwissenschaft, Bd. 6; Braumüller Verlag; Wien 1982; S. 136-143 und 227-233.

1964 DAS „SALZBURGER BEKENNTNIS“ ALS LIBERALE ERGÄNZUNG ZUM FPÖ-GRUNDSATZPROGRAMM VON 1957 UND AUFTRAG ZUR ERSTELLUNG EINES FPÖ-WEHRKONZEPTS

Mit dem „Salzburger Bekenntnis“⁴¹ von 1964 als Ergänzung zum Grundsatzprogramm von 1957 traten innerhalb der FPÖ erstmals liberale Gedanken in den Vordergrund. Das betont nationale Image sollte durch ein national-liberales Image ersetzt werden. Ziel war der Ausbruch aus der innerstaatlichen politischen Isolation.

Der FPÖ-Wehrausschuss bekommt von der Parteileitung den ersten Auftrag

Am 26. Mai 1964 wurde vom Parteivorstand der „Wehrpolitische Ausschuss“ (Abg. Kindl, Abg. Kos, Abg. Scheer, Abg. Wendling, General a. D. Punzert, Oberst a.D. Götz und Dr. Weiß. Zusätzlich die zwei aktiven ÖBH-Offiziere Major Rohr und Major Wang als Berater) mit der Ausarbeitung eines „FPÖ-Wehrkonzepts“ beauftragt. Die Leitung erfolgte durch den Wehrsprecher Abg. Wilhelm Kindl.

1964 WEHR- UND REFORMKONZEPT DER FPÖ – DER „KINDL-PLAN“

Der Kindl-Plan in seinen wesentlichen Punkten:

- *Der Bundesminister hat im Detail auf die Organisation, Bewaffnung und Ausrüstung keinen Einfluss...*
- *Die Hauptaufgabe des Ministers ist, das Bundesheer der Öffentlichkeit gegenüber zu vertreten.*
- *6 Monate Präsenzdienst und 6 Waffenübungen zu je 14 Tagen*
- *12 Monate für Freiwillige bei der mechanisierten Truppe*

⁴¹ Vgl. Erich Reiter: Programm und Programmentwicklung der FPÖ in: Österreichische Schriftenreihe für Rechts- und Politikwissenschaft; Band 5; Wien 1982; S. 89-137.

- ≡ *Das ÖBH gliedert sich in 3 Panzergrenadierbrigaden und 1 Gebirgsbrigade.*
- ≡ *Eigenes Dienstrecht, der Soldat ist kein Beamter.*
- ≡ *Einführung der „Offiziere auf Zeit“ wegen Personalmangel*
- ≡ *Unteroffiziere können nach 15 Jahren, Ablegung der B-Matura und einem Offizierskurs (max. 6 Monate) Offizier werden. Höchster Dienstgrad ist der Hauptmann.*
- ≡ *Die Generalsdienstgrade Generalmajor, Generalleutnant und General werden statt Brigadier eingefordert.*
- ≡ *Neue Tauglichkeitsstufen (u.a. Tauglichkeit ohne Waffe)*
- ≡ *Einführung einer Militärgerichtsbarkeit⁴²*

Ausgangspunkt war – ähnlich wie später beim Konzept der „Raumverteidigung“ – die Ausnützung des Geländes im Zuge einer „territorialen Verteidigung“. Selbst ein modernst ausgerüsteter Gegner müsste „mit einem großen Zeitbedarf rechnen, um ein auf diese Weise verteidigtes Land niederzukämpfen“, wie es der Journalist Franz Schimek-Zent (geb. 1927) in der Parteizeitung „Neue Front“ formulierte.⁴³

Dies war eine konsequente Weiterentwicklung jenes Weges, der im Bundesheer mit der Aufstellung der Grenzschutzeinheiten begonnen worden war.⁴⁴ Die Mannschaften sollten aus Reservisten bestehen, die nach einer Grundausbildung von nur sechs (statt damals neun) Monaten nach Schweizer Vorbild regelmäßige Waffenübungen absolvieren sollten. Zu diesen territorialen Verbänden sollten rasch verfügbare, professionelle Einsatzverbände (drei Panzer- und eine Gebirgsbrigade) kommen, die aus länger dienenden Freiwilligen bestehen sollten. Dazu kamen Forderungen nach einem eigenen Dienstrecht für Offiziere und Unteroffiziere, nach der Möglichkeit, dass bewährte Unteroffiziere zu Offizieren ernannt werden können, sowie nach geänderten Tauglichkeitskriterien.⁴⁵ Der „Kindl-Plan“ war allerdings, obwohl von einer FPÖ-Arbeitsgruppe ausgearbeitet, parteiintern sehr umstritten. Auch im Militär stand man der vorgeschlagenen Wehrdienstzeitverkürzung und Hinwendung zu einem Milizheer negativ gegenüber. Der steirische Abg. Scheer

⁴² Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 337-339.

⁴³ Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 145 und 337-339.

⁴⁴ Mario Strigl: Wacht an der Grenze: Die Grenzschutztruppe des Österreichischen Bundesheeres; Schriften zur Geschichte des Österreichischen Bundesheeres 12; Gra&Wis; Wien 2008.

⁴⁵ Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 56f.; 141-151; 337-339; Peter Corrieri: Die Pläne des Staatssekretärs Otto Rösch. Wehrdienstzeit-Verkürzungs-Ideen; BMLV; Wien 2019; S. 98-107.

schlug in der parteiinternen Diskussion dann gar ein Berufsheer vor. In der Öffentlichkeit wollte man in der Dienstzeitdiskussion eine Hinwendung der FPÖ zur SPÖ vermeiden. Es erfolgte letztendlich keine Beschlussfassung des Kindl-Plans als FPÖ-Wehrkonzept. Damit war die parteiinterne Diskussion vorerst beendet.

11.05.1965: Ministerratsbeschluss zur Festlegung der Anlassfälle für die ULV

Es wurde der Krisen-, Neutralitäts- und Verteidigungsfall definiert und am 29.05.1965 wurden erstmals Aufträge der Regierung entsprechend der Anlassfälle an die neuen Arbeitsausschüsse gegeben. Die erstmalige Ausplanung der ULV begann in den Arbeitsgruppen MLV, GLV, WLW und ZLV.

In jedem Landeskoordinationsausschuss waren Mitglieder der Landesregierung, die Sicherheitsdirektion und das Militärkommando vertreten. Als weitere Mitglieder konnten je nach Bedarf Vertreter der Exekutive und anderer Verwaltungszweige, der freiwilligen Hilfsverbände und sonstiger Institutionen berufen werden. Auf engen Kontakt mit den Massenmedien wurde besonderer Wert gelegt.⁴⁶

Die Arbeitsgruppen stießen rasch auf Probleme

- ≡ Kein Zivilschutzgesetz
- ≡ Kein Leistungsgesetz
- ≡ Kein Bevorratungsgesetz
- ≡ Fehlende finanzielle Mittel, v.a. ca. 10 % vom LV-Budget für ZLV
 - 1966
 - ▶ LV: 3,2 Mrd
 - ▶ ZLV: 7,7 Mio
 - ▶ WLW: 1 Mio
 - ▶ GLV: 0,5 Mio
 - Die kampflöse Aufgabe von Wien wurde vor allem in der Bevölkerung kritisch gesehen.

⁴⁶ Richard Bayer: Umfassende Landesverteidigung: ein Instrument der österreichischen Sicherheitspolitik in: Sicherheit Schweiz: Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift; S. 264-267.

1965 ENTSENDEGESETZ

Nach der Kritik der FPÖ am Einsatz im Kongo wurde endlich ein Entsendegesetz erlassen. Die Entsendung österreichischer Einheiten in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen wurde durch das Bundesgesetz für die Teilnahme an UN-Einsätzen geregelt (BGBl. Nr. 173/1965).

Im selben Jahr wird der 26. Oktober der Nationalfeiertag Österreichs.

1966 ALLEINREGIERUNG DER ÖVP

Das Ergebnis der Nationalratswahlen 1966 brachte einen innenpolitischen Umschwung. Mit 85 Mandaten verfügte die ÖVP von nun an über die absolute Mehrheit. SPÖ und FPÖ verloren je 2 Mandate und waren nun gemeinsam in der Opposition.

Abg. Gustav Zeillinger löste Abg. Kindl als Wehrsprecher der FPÖ ab.

Eine ÖVP-Personalübersicht im BMLV führt zum Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Im Juli 1966 wurde die Führung einer politischen Kartei über Offiziere und Beamte im BMLV bekannt und führte zum gemeinsamen Antrag von SPÖ und FPÖ zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Zeillinger sprach – unter Berufung auf einen nicht genannten ehemaligen ÖVP-Offizier – von 5 Gruppen im Ministerium unter Minister Georg Prader (ÖVP):

- 1) Mitglieder der ÖVP
- 2) der ÖVP nahestehend
- 3) Fachmann
- 4) parteiungebunden (abzulehnen)
- 5) einer anderen Partei zugehörig (abzulehnen)

Der Antrag wurde von der ÖVP abgelehnt und der Offizier in ein anderes Bundesland versetzt. Die Verpolitisierung des Heeres und der Gedanke einer „ÖAAB-Armee“ wurden von der Opposition gemeinsam bekämpft.⁴⁷

1967 DER FÜR DIE FPÖ UMSTRITTENE SÜDTIROL-EINSATZ

Der Südtirol-Einsatz des ÖBH wurde von der FPÖ vehement abgelehnt.⁴⁸

1967-69 DIE „MYSTERIÖSE“ ÖVP-ENTSCHEIDUNG FÜR DEN FLUGZEUGTYP SAAB 105 STATT FÜR NOTWENDIGE ABFANGJÄGER

Mit der Regierung war man sich einig, dass die 30 alten Saab-J-29-Kampfflugzeuge ersetzt werden mussten. Zur Auswahl standen die Flugzeugtypen F5, Draken oder Mirage III. Die FPÖ sprach sich für die US-Abfangjäger F5 aus. Bundesminister Prader favorisierte die schwedischen Flugzeuge. Am 18. Juli wurden von der Luftraumverteidigungskommission die Typen Saab 105 und Saab Draken/Viggen zur Beschaffung vorgeschlagen. Die F5 schieden wegen zu langer Landepisten aus.

Am nächsten Tag entschied sich Bundesminister Prader überraschend für 20 Stück Saab 105. 12 weitere Abfangjäger sollten zu einem späteren Zeitpunkt beschafft werden. Praktisch über Nacht wurden vom Minister entgegen der Empfehlung von GTI General Fussenegger im März 1969 weitere 20 Saab 105 bestellt. Der Vorwurf der Parteienfinanzierung stand im Raum und es wurde ein Untersuchungsausschuss eingerichtet. Den Vorsitz führte Abg. Zeillinger über vier Jahre. Eine restlose Aufklärung erfolgte nicht. Die Kosten für die günstigen Saab 105 verhinderten somit die sachlich notwendige Beschaffung von Draken-Abfangjägern.⁴⁹

⁴⁷ Vgl. Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 156-161.

⁴⁸ Vgl. <https://www.facebook.com/bundesheer/videos/assistenzeinsatz-1967/1423706364382485/> heruntergeladen am 24.06.2022.

⁴⁹ Vgl. Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 161-167.

1968 DRAMATISCHE REDUZIERUNGEN BEIM ÖBH DURCH DIE ÖVP

Die ÖVP bildete einen Wehrpolitischen Arbeitskreis, der aus parteitaktischer Vorsicht an die Junge ÖVP abgegeben wurde.⁵⁰ Anfang 1968 reduzierte schließlich Verteidigungsminister Prader (ÖVP) das ÖBH aus budgetären Zwängen um 30 Einheiten. Die Jäger- und Panzergrenadierbrigaden verloren dabei die jeweilige 3. Kompanie der Bataillone und die Ausbildungskompanien. Statt der erwarteten Budgeterhöhung erfolgt eine dramatische Reduzierung bei der Truppe. Dies erwies sich als besonders verantwortungslos, da das Bundesheer bald in den Einsatz gehen sollte.

1968 DIE ČSSR-KRISE

Am 20. August landeten drei sowjetische Flugzeuge wegen angeblichen Treibstoffmangels am Prager Flughafen und russische Sondereinheiten stürmten die Flughafenzentrale. Danach marschierten die Armeen des Warschauer Paktes mit 460.000 Soldaten in der Tschechoslowakei ein. Ab 02:30 Uhr berichtete der ORF in einer Sondersendung vom Einmarsch und Brigadier Johann Freihöfer löste am 21. August um 4 Uhr in der Früh – auf sich allein gestellt, da die Minister nicht erreichbar waren – die vorbereitete Operation „Urgestein“ aus. Das ÖBH sollte vorbereitete Stellungen an der Grenze beziehen. Den Einsatz der Grenzschutzabteilungen löste er allerdings nicht aus. Minister Prader (ÖVP) stoppte schließlich den beginnenden Aufmarsch des ÖBH. Der Einsatz des ÖBH erfolgte somit nicht wie vorgesehen an der Grenze, sondern 30 km entfernt in der Tiefe. Man wollte den Russen an der Grenze keinen Anlass zum Eingreifen geben. Bereits vom ÖBH bezogene Gefechtsstände lagen nun vor der Truppe, es erfolgte keine Mobilmachung und alle bisherigen Planungen waren im Wesentlichen wertlos. Eine schwere Verunsicherung der Truppe und der Bevölkerung war die Folge. Im Gegensatz zur Ungarnkrise 1956 gaben die USA auch keine Sicherheitsgarantie für Österreichs Neutralität. Österreich war auf sich allein gestellt.

Ein ÖBH-Desaster unter ÖVP-Führung.

⁵⁰ Vgl. Wilhelm Theuretsbacher und Rolf M. Urrisk: Ich gelobe... – Ein Heer zwischen politischen und militärischen Blöcken; Verlag A.F.Koska; Wien 2005; S. 47.

1968 DAS „ZEILLINGER FPÖ-WEHRKONZEPT“

Bereits im Juli informierte FPÖ-Wehrsprecher Zeillinger bei einer Pressekonferenz über die Absicht, ein neues FPÖ-Wehrkonzept zu erstellen.⁵¹ Die Überlegungen im „Zeillinger-Wehrkonzept“ ohne Beschluss durch den Bundesparteivorstand sahen neuerlich eine Wehrdienstzeitverkürzung auf 6 Monate Grundwehrdienst vor, anschließend 12 Wochen verpflichtenden Waffenübungen zu je 14 Tagen. Dieses „Kadermilitärsystem“ sollte eine straffere Ausbildung, keine zusätzliche budgetäre Belastung und eine fühlbare Entlastung für den Arbeitsmarkt bringen.⁵²

Die Erfahrungen aus dem ČSSR-Einsatz des ÖBH im August führten im Dezember zu neuerlichen freiheitlichen Forderungen:

- ▬ Zentralisierung, Koordinierung und Einbeziehung des Zivilschutzes in das BMLV
- ▬ Radikale Entpolitisierung des Heeres
- ▬ Schaffung eines Berufsunteroffizierskorps, um den Mangel an Kaderpersonal in den technischen Verbänden zu beseitigen.
- ▬ Schaffung klarer Verhältnisse in Bezug auf den Oberbefehl und den Einsatzbefehl im Ernstfall
- ▬ Aufwertung der GLV
- ▬ Anhebung des gesellschaftlichen Prestiges der Soldaten

1968 DAS ISCHLER PARTEIPROGRAMM DER FPÖ MIT DEM BEKENNTNIS ZUR LANDES- VERTEIDIGUNG IN EINEM EIGENEN KAPITEL

Das im Oktober 1968 in Bad Ischl beschlossene neue Parteiprogramm der FPÖ enthielt ein Bekenntnis zur Landesverteidigung – sogar in einem eigenen Kapitel:

⁵¹ Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; Anhang III/1; S. 340-341.

⁵² Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrats; XI. GP; 125.Sitzung vom 16/17. Dezember 1968; S. 10.654f.

- ▬ Aufgabe der Landesverteidigung ist der Schutz Österreichs und seiner Freiheit.
- ▬ Sie setzt Wehrwillen voraus.
- ▬ Sie erfordert Achtung vor soldatischer Pflichterfüllung, Beseitigung jeder Diskriminierung der Kriegsteilnehmer und ausreichende Versorgung der Kriegssopfer.
- ▬ Für einen umfassenden Schutz der Zivilbevölkerung ist vorzusorgen.⁵³

Erwähnenswert ist, dass nach einer Generaldebatte aus dem Entwurf des Parteiprogramms die Neutralität gestrichen wurde. Dies zeigt deutlich das unverändert gespannte Verhältnis der Partei zur Neutralität.⁵⁴ Abg. Otto Scrinzi forderte zum Beispiel im selben Jahr einen europäischen Bundesstaat.⁵⁵

1969 ÜBUNG BÄRENTATZE

Bei dieser Großübung zeigte sich, dass die Infanterie gegen Panzer nicht erfolgreich verzögern kann. Es begann die Suche nach neuen Konzepten: Gefunden wurde der Jagdkampf am Beispiel Vietnam.

1970 ERWEITERUNG DES ISCHLER PROGRAMMS UM DIE ULV UND DIE NEUTRALITÄT

Die Entwürfe bezüglich Streichung der Neutralität wurden bald darauf wieder verworfen. 1970 modifizierte man das Kapitel Landesverteidigung des Ischler Programms durch zwei wesentliche Änderungen:

- ▬ Zum einen wurde aus der bloßen „Landesverteidigung“ die **„umfassende Landesverteidigung“**. Dies bezog sich auf das 1961/62 von der Regierung beschlossene Konzept der „Umfassenden Landesverteidigung“ (ULV) und unterstrich, dass die Landesverteidigung über militärische Belange hinausgeht – die ULV umfasst neben der militärischen auch die geistige, wirtschaftliche und zivile Landesverteidigung sowie die bereichsübergreifenden Aspekte des Verkehrs- und Nachrichtenwesens.⁵⁶
- ▬ Als zweite Ergänzung kam 1970 „der Schutz [...] [der] **Neutralität**“ Österreichs zu den Aufgaben der Landesverteidigung hinzu.⁵⁷

Somit war es in Bezug auf die Neutralität zu einer strategischen Wendung der Partei gekommen. Bündnisabsichten wurden verworfen. Die Neutralität auch umfassend verteidigen zu wollen brachte der FPÖ eine Vorreiterrolle bei der ULV.

Die FPÖ konnte sich von nun an als Sicherheitspartei mit fachlicher Expertise profilieren. Schon bald sollte diese gefragt sein.

Wahlkampfeslogan der SPÖ „Sechs Monate sind genug!“

Wilfried Daim⁵⁸ (CV und ÖVP) und Günther Nennung (SPÖ und Journalist) starteten 1970 ein Volksbegehren zur Abschaffung des ÖBH. Formal wurde es allerdings nicht eingebracht. Die SPÖ übernahm die Forderung von der Grundwehrdienstverkürzung auf 6 Monate als zentrales Wahlkampfthema („Sechs Monate sind genug!“). Die Wahl am 01. März 1970 nahm schließlich einen unerwarteten Ausgang. Die ÖVP verlor im Endergebnis die bisherige absolute Mehrheit: SPÖ 81, ÖVP 78 und FPÖ 6 Mandate. Nach gescheiterten Koalitionsverhandlungen SPÖ – ÖVP⁵⁹ einigten sich Bruno Kreisky und Friedrich Peter auf eine stille Koalition ihrer beiden Parteien. Die FPÖ sollte dafür eine Wahlrechtsreform bekommen, die ihr durch Vergrößerung der Wahlkreise die Wiederwahl ins Parlament für die kommenden Jahre garantierte.

⁵³ Ischler Parteiprogramm, https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Ischler_Parteiprogramm_1968_Web.pdf, heruntergeladen am 18.06.2022. Zur Genese des „Ischler Programms“ vgl. Reiter: Programm und Programmentwicklung der FPÖ; S. 41.

⁵⁴ Vgl. Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 88-90.

⁵⁵ Vgl. Lothar Höbelt: Die Zweite Republik Österreich und ihre Besonderheiten; Böhlau Verlag; Wien 2020; S. 275.

⁵⁶ Erstmals scheint dieser Begriff in der Regierungserklärung der Regierung Julius Raab vom 17. Juni 1959 auf. Dies entspricht ähnlichen Konzepten, wie sie damals in Schweden, der Schweiz und Finnland – etwa als „totale Verteidigung“ – entstanden. Vgl. dazu Olav Riste: Total Defence – The Genesis of a Concept in: Per Iko / Lars Ericson / Gunnar Åse-lius (eds.); Der Totale Krieg – Die totale Verteidigung 1789-2000; Acta des XXVI. Internationalen Militärgeschichtlichen Kongresses (Schwedische Kommission für Militärgeschichte); Stockholm 2001; S. 136-144; Adrien Tschumy; La défense totale – les efforts d’un petit état neutre, 1950-1990 in: ebd.; S. 145-158.

⁵⁷ Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 89f.

⁵⁸ Daim hatte bereits 1969 mit seinem Buch „Analyse einer Illusion“ einen Angriff auf das ÖBH gestartet. Die FPÖ hatte schon damals scharf entgegnet.

⁵⁹ Der ÖVP Bundeskanzler Josef Klaus lehnte es ab, mit der FPÖ zu regieren.

Am 15. Mai 1970 wurde die Bundesheerreformkommission im Palais Dietrichstein in Wien eingesetzt. Grundlage war die Regierungserklärung von Bundeskanzler Bruno Kreisky. Das Fehlen eines Ministerratsbeschlusses sowie eines klaren Auftrages erschwerten allerdings die Arbeit von Anfang an. Ein Streitpunkt war die Dauer des Grundwehrdienstes. Experten im ÖBH verweigerten die Zustimmung für eine Reduzierung auf 6 Monate. Sie waren für 6 Monate plus Wehrübungen und ein Modell für länger dienende Soldaten in einer Bereitschaftstruppe. Diese Vorstellungen deckten sich in einem hohen Ausmaß mit den Ideen der FPÖ in ihrem Wehrkonzeptentwurf. Ende September entschied die Regierung Kreisky, die Reformkommission mit Ende Oktober zu beenden. Eine politische Weichenstellung von Bruno Kreisky sollte folglich Tatsachen schaffen. Es kam zum Bruch zwischen den Militärs und der Regierung, der in einem Maulkorberlass durch Minister Johann Freihsler an das Militär gipfelte. Anfang des Jahres 1971 wendeten sich daher 1.700 um die Zukunft des ÖBH besorgte Offiziere an den Bundespräsidenten und die Regierung. Minister Freihsler musste sich im Februar aus Gesundheitsgründen zurückziehen und Bundeskanzler Kreisky übernahm das BMLV in dieser schwierigen Zeit selbst.

Die ÖVP fordert ein Berufsheer

Die ÖVP überraschte im November 1971 mit der neuerlichen Idee eines Berufsheeres. Dieses Konzept sah 20.000 bis 30.000 Berufssoldaten vor und wurde von Ratzenböck und Marwan-Schlosser ausgearbeitet.⁶⁰ Somit war auch die FPÖ aufgefordert, klare Positionen in Fragen der Wehrpolitik zu beziehen. Anfang Mai fand im 1970⁶¹ gegründeten „Atterseekreis“ ein Seminar des RFJ zum Thema Heeresreform statt. Der RFJ hatte in Person von Peter Matern einen Sitz in der Reformkommission zuerkannt bekommen und entwickelte eine beachtliche inhaltliche Beitragsleistung. Auch der RFS erstellte wertvolle Papiere. Im Gegensatz zu vielen anderen Jugendorganisationen im Lande standen der RFS und RFJ der Landesverteidigung äußerst positiv gegenüber.⁶² Die Diskussionen im „Atterseekreis“ führten auch zu einer FPÖ-Programmweiterentwicklung.⁶³

⁶⁰ Vgl. Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 243.

⁶¹ Zu den Gründern zählten damals besonders liberale Persönlichkeiten, wie die späteren Parteiobermänner Norbert Steger und Jörg Haider. Vgl. Österreich zuerst 1956-2016. 60 Jahre FPÖ; FPÖ-Bildungsinstitut; Wien 2016; S. 170.

⁶² Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 199-207.

⁶³ Vgl. Friedhelm Frischenschlager: Funktions- und Inhaltswandlungen von Parteiprogrammen am Beispiel der FPÖ-Programme; in: ÖZP 2/1978; Wien 1978, S. 209-220.

1972 FPÖ-BUNDESPARTEITAG MIT DER RESOLUTION ZUR VERFASSUNGSVERANKERUNG DER ULV

Beim 11. Bundesparteitag 1972 in Villach wurde die Forderung nach einer Verfassungsverankerung der ULV beschlossen. Damit bekannte sich die FPÖ klar zur Umfassenden Landesverteidigung und somit zu einer wirkungsvollen Landesverteidigung. Parteiobermann Friedrich Peter kritisierte das Versagen der ÖVP-Minister anlässlich der ČSSR-Krise scharf.

Der Antrag wurde mit einer Enthaltung angenommen.⁶⁴ Bei der weiteren Umsetzung der ULV wurde die SPÖ-Alleinregierung unterstützt.

Ende 1972 wurde die als FPÖ-Bedingung für die Duldung der SPÖ-Minderheitsregierung verlangte Wahlrechtsreform beschlossen. Sie ermöglichte der FPÖ – wie in der Vergangenheit bereits der SPÖ und ÖVP – mit rund 25.000 Stimmen ein Mandat zu erreichen.

Bezüglich der Reform des ÖBH konnte keine Einigung mit der Regierung erreicht werden. Auch die folgenden Dreiparteienverhandlungen scheiterten. Danach führten die Verhandlungen zwischen SPÖ und FPÖ zum Erfolg (6 Monate Wehrdienst und 60 Tage Truppenübungen) und zur Wehrgesetznovelle, die am 15. Juli 1971 verabschiedet wurde. Das Verhältnis zwischen FPÖ und ÖVP war danach sehr getrübt. Die Neuwahlen brachten allerdings nicht den erwarteten Wahlerfolg für die FPÖ. Dafür eine SPÖ-Alleinregierung unter Bruno Kreisky (Ergebnis: 93:80:10 Mandate).

1972 HEERESGLIEDERUNG

In den nächsten Jahren erfolgte die Umsetzung der SPÖ-Heeresgliederung 1972. Erste Ideen von Minister Lütgendorf, die Städte Wien und Salzburg zu offenen Städten zu erklären und nicht zu verteidigen, stießen auf vehemente Ablehnung von ÖVP und FPÖ.

⁶⁴ Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 388.

Gegen den Willen von General Anton Leeb (GTI) und General Albert Bach (Befehlshaber der Gruppe II) wurde Emil Spannocchi mit der Leitung des Aufstellungsstabes Bereitschaftstruppe beauftragt. Spannocchi sollte das ÖBH für die nächsten Jahre nachhaltig prägen. Mit der Heeresgliederung 1972 erfolgte die Aufstellung der Bereitschaftstruppe mit vor allem länger dienenden Soldaten, der Landwehr und der Miliz – ein typisch österreichisches Mischsystem. Der Größenrahmen sollte 300.000 Mann betragen.

Eine insgesamt sehr positive Intention bei ausbleibender ausreichender budgetärer Bedeckung. Auch die Prioritätensetzung der SPÖ für die Bereitschaftstruppe wurde von der FPÖ scharf kritisiert. Die FPÖ favorisierte vor allem den Ausbau der Miliz.

1973 FREIHEITLICHES MANIFEST ZUR GESELLSCHAFTSENTWICKLUNG ALS ERSTES DETAILLIERTES UND UMFANGREICHES PROGRAMM MIT EINEM KLAREN BEKENNTNIS ZUR MILIZ

Ergebnis der Ideen, Tagungen und Diskussionen im „Atterseekreis“ war 1973 das „Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftsentwicklung“⁶⁵, welches von der Bundesparteileitung nach langer Diskussion schließlich angenommen wurde.

Es beinhaltete allerdings keine neuen wehrpolitischen Ziele, nur: „... zu den Pflichten gehört es auch, im Falle der Bedrohung von außen, Freiheit und Unabhängigkeit zu verteidigen. Dazu braucht es Wehrwillen und Wehrbereitschaft.“ Anträge im Sinne der Außenpolitik und der Landesverteidigung von Gudenus, Fuchs und Haider wurden mehrheitlich abgelehnt. Man wollte sich parteipolitisch in der aktuellen Diskussion zur Zukunft der Landesverteidigung und des ÖBH nicht klar positionieren.

Nur im Bereich der Miliz erfolgte am 30./31. August 1973 ein klarer Beschluss der Bundesparteileitung im Sinne des Milizsystems:

⁶⁵ Vgl. Erich Reiter: Programm und Programmentwicklung der FPÖ in: Österreichische Schriftenreihe für Rechts- und Politikwissenschaft, Band 5; Wien 1982; S. 89-137.

*Wehrpolitik: Die FPÖ hat seinerzeit der Wehrgesetznovelle unter der Voraussetzung zugestimmt, daß ein breites, milizartiges System von Landwehrverbänden geschaffen werde. Der Verteidigungsminister aber realisiert nun gerade jenes VP-Konzept (Bereitschaftstruppe), das im Gegensatz zum einstigen gemeinsamen SP-FPÖ Beschluß der Wehrgesetznovelle steht. Deshalb sieht die FPÖ die Gemeinsamkeit in der Wehrpolitik für beendet an.*⁶⁶

Im selben Jahr wurde Emil Spannocchi Armeekommandant und es begann die Umsetzung der Raumverteidigung.⁶⁷

1974 ZUSTIMMUNG ZUM SPÖ-ZIVILDIENTSGESETZ ALS ENTGEGENKOMMEN DER FPÖ

Am 06. März 1974 beschloss der Nationalrat mit Zustimmung der FPÖ das 1. Zivildienstgesetz. Dies war sicherlich ein politisches Entgegenkommen an die SPÖ, da der Zivildienst bisher auf Ablehnung gestoßen war. Als Erfolg wurde gewertet, dass der Antrag für den Zivildienst nicht mehr während des Präsenzdienstes gestellt werden konnte.

1975 VERFASSUNGSMÄSSIGE VERANKERUNG DER ULV ALS HISTORISCHES VERDIENST DER FPÖ

Bereits 1970 war die ULV⁶⁸ am Bundesparteitag in das FPÖ-Parteiprogramm aufgenommen worden. Am Bundesparteitag 1972 war die Forderung nach Verfassungsankerung der ULV beschlossen worden. Die Verankerung der Umfassenden Landesverteidigung als Artikel 9a in der Bundesverfassung am 10. Juni 1975 rechnete sich

⁶⁶ Vgl. Neue Freie Zeitung; 08.09.1973.

⁶⁷ Vgl. Andreas Steiger: Das Raumverteidigungskonzept – Planung und Durchführung in den Jahren 1968 bis 1978, in: Armis et Litteris 17/07; https://miles.ac.at/medien/armis/Armis_et_Litteris_17_5.pdf und Emil Spannocchi: Verteidigung ohne Selbstzerstörung – Die Spannocchi Doktrin; Carl Hanser Verlag; München, Wien 1976.

⁶⁸ Vgl. Hans-Wilhelm Lachnit: Umfassende Landesverteidigung in Österreich in: Freie Argumente; Nr. 4; Wien 1977; S. 18-22.

die FPÖ – zu Recht – als Verdienst ihrer konstruktiven Mitarbeit der 1970er-Jahre an. Dabei ging es auch um das Ziel, die Landesverteidigung möglichst aus dem tagespolitischen Streit herauszuhalten.⁶⁹ Somit kann die verfassungsmäßige Verankerung der ULV insgesamt als gemeinsamer Erfolg aller Parteien gewertet werden. Erstmals war das ÖBH nicht im Parteienstreit untergegangen und somit kann die Leistung der FPÖ durchaus als historisch bewertet werden. Auch im folgenden Wahlkampf konnte das ÖBH aus der Parteipolitik herausgehalten werden.

1975 wurden auch zwei Wehrkonzepte von Vorfeldorganisationen erstellt.

1975 WEHRKONZEPT FREIHEITLICHER AKADEMIKERVERBAND (FAV)

An der Erstellung⁷⁰ wirkten der Freiheitliche Akademikerverband (FAV), die Aktionsgemeinschaft freiheitlicher Heeresangehöriger (AFH), der Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) sowie der Wiener Kooperationsring (WKR) mit. Auch eine Reihe junger Generalstabsoffiziere war dabei: Josef Reifberger, Kurt Mörz, Hans-Wilhelm Lachnit, Wolfgang Jung und Hans Moser. Mit dem RFJ erfolgten inhaltliche Abstimmungen.

Wesentliche Forderungen:

- ≡ *Ausrichtung aller zivilen und militärischen Planungen auf eine Selbstbehauptung Österreichs*
- ≡ *Die ULV ist zur Gesamtverteidigung auszubauen. Die Abteilung ULV im Bundeskanzleramt als Leitungsorganisation kann nur als erster Schritt gesehen werden*
- ≡ *Glaubwürdigkeit der Landesverteidigung*
- ≡ *Allgemeine Wehrpflicht als Voraussetzung für eine starke Landwehr*
- ≡ *Abhaltung durch die Raumverteidigung (umfassende Bedarfsdarstellung für die operative Umsetzung)*
- ≡ *Rasche Mobilmachung durch moderne Datenverarbeitung*

⁶⁹ Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 95; 246f.

⁷⁰ Vgl. Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S.357.

- ≡ *Die LVAK soll eine Akademie für alle Militär- und Zivilpersonen im Bereich der Gesamtverteidigung werden.*
- ≡ *Entgegenwirken dem bestehenden Eindruck Landesverteidigung sei nur eine Angelegenheit der Soldaten*
- ≡ *Wehrersatzsteuer für Untaugliche*
- ≡ *7 % (statt derzeit 4 %) vom Staatshaushalt für die Landesverteidigung*
- ≡ *Aufwertung des GTI zum Generalstabschef*
- ≡ *Beigelegt war ein Forderungsprogramm für Sofortmaßnahmen.*

1975 WEHRKONZEPT RING FREIHEITLICHER JUGEND (RFJ)

Diese Überlegungen⁷¹ basierten auf einer Einladung von Verteidigungsminister Lütgendorf an den RFJ. Mit dabei waren der RFJ-Bundesobmann Jörg Haider, Robert Havlik, Wolfgang Jung und Josef Reifberger.

Wesentliche Forderungen:

- ≡ *Gesamtlandesverteidigung im Sinne der umfassenden Selbstbehauptung*
- ≡ *Abhaltung durch die Raumverteidigung*
- ≡ *Schwergewicht auf der territorialen Landwehr*
- ≡ *Eine schlagkräftige, rasch verfügbare, bundesweite Bereitschaftstruppe mit länger dienenden Soldaten*
- ≡ *Armeekommando wieder in der Zentralstelle (Einheit von Führung und Verwaltung)*
- ≡ *Schaffung von Fachoffiziersstellen für Unteroffiziere mit Spezialkenntnissen*
- ≡ *Anrechnung von Außendienstzeiten für eine frühere Pension*
- ≡ *Pensionierung, wenn ein gewisser Dienstgrad nicht zeitgerecht erreicht wird.*

⁷¹ Vgl. Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 342.

- ≡ Die LVAK soll eine Schulungsstätte für alle Zivilpersonen im Bereich umfassender Selbstbehauptung werden.
- ≡ Bessere Bewaffnung
- ≡ Gemeinnützige und nicht gewinnorientierte Kantinen
- ≡ Freifahrten
- ≡ Ausbau der Tätigkeit der Informationsoffiziere
- ≡ Steuerbegünstigung für Reservisten
- ≡ Ausbildungszentren für die Landwehr
- ≡ Wehrersatzsteuer für Untaugliche
- ≡ 7 % (statt derzeit 4 %) vom Staatshaushalt für die Landesverteidigung

Bei der Nationalratswahl am 05. Oktober 1975 konnte die FPÖ den Mandatsstand von 10 halten (SPÖ 93 und ÖVP 80).

1976 NEUERLICHER AUFTRAG ZUR ERSTELLUNG EINES GESAMTKONZEPTS DER FPÖ ZUR WEHRPOLITIK

Der Bundesparteitag 1976 in Villach brachte zahlreiche relevante Anträge und folgende Beschlüsse:

- ≡ Die Wehrpolitik der FPÖ hat sich am Wehrkonzept der FPÖ zu orientieren.
- ≡ Resolution zur Europa- und Außenpolitik mit einem Bekenntnis zur Neutralität Österreichs
- ≡ Antrag betreffend die Verbesserung der Situation auf dem Reservekaderektor des Bundesheeres
- ≡ Antrag auf Erstellung eines Gesamtkonzepts der FPÖ, basierend auf den bereits vorliegenden zwei Wehrkonzepten der Organisationen FAV, AFH, RFS, WKR sowie des RFJ

Bundesparteiohmann Friedrich Peter betonte in seiner Rede, dass mit der Verankerung der ULV eine langjährige Forderung der FPÖ erfüllt worden sei. Kritisiert wurde von John Gudenus und Josef Reifberger, dass die Sicherheitspolitik noch vernachlässigt werde. Die Anträge wurden angenommen. Die treibende Kraft zur Erstellung eines offiziellen FPÖ-Wehrkonzepts wurde nun die AFH. In ihrer Sitzung vom 11.-12. Oktober 1975 gründete die AFH einen eigenen „Wehrpolitischen Beirat“ mit den Mitgliedern: Reifberger, Lachnit, Mörz, Jung, Plasche und Humer. Angestrebt wurde, dass dieser Beirat das einzige FPÖ-Beratungsgremium für den Wehrsprecher werden sollte.

Friedrich Peter als Parteiohmann bediente sich allerdings der Informationen von ObstdG Ernest Bernadiner, der nie mit der AFH in Verbindung trat. Insgesamt war dies einem schlechten Gesprächsklima zwischen den als lästig empfundenen Offizieren der AFH und dem Wehrsprecher sowie dem Parteiohmann geschuldet.

Der Antrag auf Erstellung eines Gesamtkonzepts der FPÖ zur Wehrpolitik⁷² beinhaltete Richtlinien mit folgenden wesentlichen Aussagen:

- ≡ Wehrpolitik aus freiheitlicher Sicht ist die Summe aller freiheitlichen Zielsetzungen auf dem Gebiet der ULV und stellt den konstruktiven Beitrag der FPÖ zur glaubwürdigen Selbstbehauptung des Staates dar.
- ≡ Wehrpolitik aus freiheitlicher Sicht hat sich am Wehrkonzept zu orientieren.
- ≡ Wehrpolitik geht von folgenden Erkenntnissen aus:
 - Alle Staatsbürger müssen einen Beitrag zur Selbstbehauptung des Staates leisten,
 - einer Abhaltestrategie,
 - einer erfolversprechenden Armee; nach streng regionalen Gesichtspunkten,
 - einer Miliz-Armee mit stets verfügbarem Kader,
 - Planungen zur Erreichung der Operationsziele und keine Selbstverteidigung im Zentralraum und
 - Motivation der Bevölkerung.

⁷² Vgl. Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 398.

Zur Umsetzung des Beschlusses der Parteileitung kam es 1975 allerdings nicht. Dies war vor allem die Folge der schlechten Gesprächsbasis der AFH-Offiziere mit dem Wehrsprecher und dem Bundesparteiobmann.

Die AFH stellte daher im März 1976 einen neuerlichen Antrag, der schließlich am 27. November 1976 beim Bundesparteitag beschlossen wurde. Somit gab es einen neuerlichen Auftrag zur Zusammenfassung der vorliegenden Wehrkonzepte zu einem FPÖ-Wehrkonzept. Der Wehrsprecher gab aber der konzeptiven Arbeit unverändert keinen Stellenwert und somit fanden die Ausarbeitungen keinen formalen Abschluss. Die vorhandenen Wehrkonzepte wurden von der Parteileitung jeweils bei Bedarf für sich genutzt.⁷³

Mit Norbert Steger, dem neuen Landesparteiobmann von Wien, traten zugleich neue Gesichter in den Vordergrund der Partei. DDR. Erich Reiter, Mag. Hilmar Kabas, Dr. Helene Partik und Dkfm. Holger Bauer. Bei der Parteivorstandssitzung vom 23.-24. Februar 1978 wurde Alexander Götz zum neuen Bundesparteiobmann designiert.

Helmuth Josseck wurde neuer Wehrsprecher der FPÖ.

1978 ANTRÄGE FÜR DIE GLV UND ZLV AM BUNDESPARTEITAG

Als kriegsgedienter Offizier konnte Wehrsprecher Abg. Josseck rasch ein gutes Verhältnis zum neuen Verteidigungsminister Rösch (SPÖ) aufbauen. Die nächsten Jahre wurde eine kooperative und mitgestaltende Haltung eingenommen. Dieser Kurs war innerparteilich nicht umstritten. Seine positive Haltung zur beabsichtigten Beschaffung von Fliegerabwehrwaffen wurde nicht nur goutiert. Mit der AFH hatte Josseck im Gegensatz zu seinem Vorgänger ein sehr gutes Verhältnis.





Beim Bundesparteitag 1978 in Wien Oberlaa wurde die neue Funktion Generalsekretär in der FPÖ geschaffen. Mit dieser Funktion wurde DI. Dr. Helmut Krünes betraut, der bisher am Projekt „Führungsorganisation FPÖ“ gearbeitet hatte. Beim Bundesparteitag wurde vom Wehrsprecher Josseck ein Antrag⁷⁴ im Sinne der GLV gestellt:

⁷³ Vgl. Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 250-262.

⁷⁴ Vgl. Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 402.

Der Bundesparteitag möge beschließen: Die Nationalratsfraktion der FPÖ möge Gesetzesinitiativen ergreifen, wonach AHS-Schüler im Rahmen des Unterrichts regelmäßig über die Probleme der ULV von Vertretern des BMLV informiert werden. Der Werbung für den Zivildienst in den Schulen wird eine Absage erteilt.





Ein weiterer Antrag⁷⁵ erfolgte von Dr. Christian Allesch zur Verbesserung des Zivildienstes in Österreich:

-  *Bestehende Zivildienstleistungen sind auszubauen und nach Möglichkeit verstärkt zu fördern.*
-  *Koordination der Zivildienstleistungen der Länder und eine bundesweite Gesetzgebung*
-  *Die verstärkte Ausrichtung des Zivildienstes auf Ausbildung und Betreuung von Zivildienstleistern ist zu prüfen. Langfristig sollten Zivildienstleistende nur noch in diesen Einrichtungen eingesetzt werden.*
-  *Gesetzliche Übungspflicht für Zivildienstleistende*

Somit wurden wieder zwei sehr wichtige Beschlüsse von der FPÖ im Sinne der ULV gefasst.

1979 WAHLPROGRAMM DER FPÖ MIT FORDERUNGEN FÜR DIE ULV

Das Wahlprogramm 1979 („Frei sein statt abhängig“) enthielt wieder konkrete Forderungen

-  *„zur Hebung der Wehrbereitschaft“*
-  *zur „Verstärkung des Verständnisses für die Umfassende Landesverteidigung mit Schwerpunkt auf der Geistigen Landesverteidigung als Grundvoraussetzung für die MLV, WLW und ZLV“*
-  *„für eine umfassende Bevorratung“ und*
-  *gegen eine „Erleichterung und Ausweitung des Zivildienstes“⁷⁶*

⁷⁵ Vgl. Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 403.

⁷⁶ Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 96 f.

Wichtig war auch die publizistische Umsetzung freiheitlicher Ideen durch den schon erwähnten ORF-Redakteur Schimek-Zent, der bis 1977 aktiv war, und später durch Brigadier (Miliz) Prof. Walter Seledec (geb. 1945), die beide auch über freiheitliche Organe (wie die Neue Front oder die Neue Freie Zeitung) hinaus im Sinne der Landesverteidigung wirkten – im Falle Seledec bis heute.⁷⁷ Bei der Nationalratswahl 1979 gelang es der FPÖ ein Mandat dazuzugewinnen (SPÖ 95, ÖVP 77 und FPÖ 11). Zum Jahresende führten innerparteiliche Reibereien zum Rücktritt des Führungsduos Götz und Krünes.

Am 16. Dezember wurde Norbert Steger im Bundesparteivorstand zum neuen Parteiboss nominiert. Bei der Wahl am außerordentlichen Parteitag in Linz am 02. März 1980 konnte sich Steger mit 55 % der Stimmen gegen Harald Ofner knapp durchsetzen.

Abfangjäger sollen beschafft werden

Bundesminister Rösch (SPÖ) kündigte 1980 in einem Fernsehinterview die Beschaffung von 24 Abfangjägern des Typs Mirage 50 an. Am 10. April sprachen sich die SPÖ und die FPÖ im Landesverteidigungsrat ebenfalls für die Mirage 50 aus. Die ÖVP war dagegen. Landeshauptmann Josef Krainer in der Steiermark präferierte die F-5. Die ÖVP stimmte schließlich doch der Mirage 50 zu. Der pazifistische Finanzminister Herbert Salcher (SPÖ) verhinderte in Abstimmung mit Bundeskanzler Kreisky allerdings in letzter Sekunde die empfohlene Beschaffung. Ein schwerer Rückschlag für die Luftraumüberwachung und die Souveränität Österreichs. Im Herbst 1981 wurde Ernest Bernadiner neuer Armeekommandant und trat der FPÖ als Mitglied bei.

1982 BUNDESPARTEITAG UND ANTRÄGE ZUR VERBESSERUNG DER AUSSTATTUNG UND DER AUSBILDUNG DES ÖBH

Beim Bundesparteitag 1982 in Salzburg wurden die von Wehrsprecher Josseck eingebrachten drei Anträge beschlossen:

⁷⁷ Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 69-71.

1) Realisierung Landesverteidigungsplan/Militärischer Teil für die Zwischenstufe 1986

- Milizaufbau fortsetzen
- Flieger- und Panzerabwehr qualitativ stärken
- Die Ausrüstung der Soldaten quantitativ und qualitativ den Erfordernissen entsprechend anpassen

2) Realisierung des Vorhabens Zeitsoldaten

3) Erweiterung des zweiten Bildungsweges im ÖBH (gemeinsam mit ObstltdG Moser)

- Einführung einer Fachmatura für Unteroffiziere, die den Aufstieg zum Fachoffizier ermöglicht
- Übernahme von Offizieren mit entsprechender Führungsausbildung in die nächsthöhere Verwendungsgruppe⁷⁸

Projektgruppe „freiheitliches Zivilschutz- und Krisenprogramm“

Der von Margot Hofer und Friedhelm Frischenschlager eingebrachte Antrag zur Aufstellung einer Projektgruppe „freiheitliches Zivilschutz- und Krisenprogramm“ wurde beschlossen. Begründet wurde dies damit, dass seit Jahrzehnten darüber geschrieben und geredet worden, aber praktisch nichts geschehen sei. Alle freiheitlichen Fraktionen auf Bundes-, Landes-, Gemeinde- und Kammerebene wurden aufgefordert, zum Ausbau eines österreichischen Zivilschutz- und Krisenversorgungssystems geeignete Initiativen zu ergreifen.⁷⁹

1983 FPÖ-WAHLPLATTFORM „GESCHÜTZTE HEIMAT“ MIT EINEM UMFANGREICHEN WEHRPOLITISCHEN FORDERUNGSKATALOG

Wehrsprecher Josseck ersuchte Armeekommandanten Bernadiner um Erstellung eines FPÖ-Wehrprogramms für die Jahre 1983/84.

⁷⁸ Vgl. Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 404-406.

⁷⁹ Vgl. Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 407.

Wesentliche Ziele waren:

- ▬ Verbesserung und Erweiterung der Freizeitangebote für Grundwehrdiener
- ▬ Mehr Möglichkeiten zu sportlicher Betätigung
- ▬ Kostenlose Kurse in der Freizeit (Führerschein)
- ▬ Bessere Ernährung
- ▬ Bessere Ausrüstung und Bekleidung
- ▬ Dienstrechtliche Verbesserungen
- ▬ Beschleunigter Aufbau der Miliz
- ▬ Bessere Infrastruktur⁸⁰

Für die Nationalratswahl 1983 legte die FPÖ – unter dem Titel „Geschützte Heimat“ – einen umfangreichen wehrpolitischen Forderungskatalog auf ausgearbeitet von Wehrsprecher Helmuth Josseck zusammen mit OberstdG Hans Helmut Moser (geb. 03. September 1948), basierend auf den Ideen von Armeekommandanten Bernadiner. Neu war die Akzentuierung der Sicherheitspolitik:

- ▬ Die militärische Landesverteidigung [ist] neben der Außenpolitik ein wesentlicher Bestandteil der österreichischen Sicherheitspolitik.
- ▬ Das neutrale Österreich darf kein militärisches Vakuum bilden.
- ▬ Verständnis für eine ULV

Die konkreten Forderungen reichten von der raschesten Ergänzung des derzeit nur den militärischen Teil umfassenden Landesverteidigungsplans durch die GLV, ZLV und WLW, Erhaltung der heimischen Waffenproduktion, tatsächlichen Einbeziehung der Zivildienstler in die ULV insbesondere im Bereich Zivilschutz auf gesetzlicher Basis, verstärkten alarmmäßigen Mobilmachungsübungen zur Verwirklichung des Milizsystems, über Verbesserungen im baulichen Bereich und im Personalbereich bis hin zum Ankauf von Flugzeugen zur Luftraumüberwachung sowie von Abwehrlektawaffen.⁸¹ Diese „Wehrpolitischen Forderungen“ sollten die Basis für die freiheitliche Wehrpolitik der folgenden Jahre bilden.

⁸⁰ Vgl. Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 371.

⁸¹ Detailliert aufgelistet bei Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 99-100.

Die Nationalratswahlen am 24. April 1983 brachten eine entscheidende innenpolitische Wendung. Nach 12 Jahren wurde die absolute Mehrheit der SPÖ gebrochen. Die FPÖ gewann ein Mandat dazu (FPÖ 12, SPÖ 90 und ÖVP 81).

1983 DIE ERSTE REGIERUNGSBETEILIGUNG DER FPÖ MIT VERTEIDIGUNGSMINISTER FRIEDHELM FRISCHENSCHLAGER

Wider Erwarten wurde nicht Wehrsprecher Josseck Verteidigungsminister, sondern Friedhelm Frischenschlager. Abg. Josseck wurde später Volksanwalt, neuer Wehrsprecher wurde Norbert Gugerbauer.

Das Regierungsübereinkommen SPÖ-FPÖ vom 11. Mai 1983 enthielt das Bekenntnis zur umfassenden Landesverteidigung und zum weiteren Ausbau des Milizsystems.⁸²

- ▬ Die „Rahmenbedingungen für die Präsenzdiener“ sollten „verbessert“ und
- ▬ der „Mangel an Kaderpersonal [...] durch finanzielle und organisatorische Maßnahmen beseitigt werden“.
- ▬ Dazu kam die Fortsetzung des Engagements in internationalen Einsätzen der Vereinten Nationen und
- ▬ die weiterhin „restriktive Vorgangsweise bei Waffenexporten“.⁸³

In den darauffolgenden Regierungsjahren wurde die Wehrpolitik vor allem von den Ministern Frischenschlager und Krünes gestaltet. Die Rolle des Wehrsprechers trat in den Hintergrund. Es wurde ein Büro für den Minister geschaffen und der Klubsekretär DDr. Reiter wurde mit der Leitung beauftragt. In diesem Büro arbeiteten auch Dr. Kurt Mörz, Dr. Rüdiger Stix, Dr. Joachim Giller und Mag. Werner Lackner. Adjutant des Ministers wurde zuerst OberstdG Hans Helmut Moser und später OberstdG Helge Lerider.

⁸² Siehe Arbeitsübereinkommen und Regierungserklärung, Kapitel LV, S. 32-33; Die Regierungserklärung des Kabinetts Sinowatz-Steger; https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fbi-politikschule.at/blaus_oesterreich/Erklaerungen/Regierungserklaerung_des_Kabinetts_Sinowatz-Steger_1983.pdf; heruntergeladen am 18.06.2022; Freie Argumente, 11. Jahrgang, 1984, Folge 1.

⁸³ Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 101 f.

1985 BUNDESPARTEITAG MIT UMFANGREICHEN ANTRÄGEN ZUR LANDESVERTEIDIGUNG

Beim Bundesparteitag 1985 in Salzburg wurden alle zwölf Anträge von Wehrsprecher Josseck beschlossen:

- ▬ Realisierung ZLV im Landesverteidigungsplan
- ▬ Verstärkte Einbindung des Zivildienstes in die ULV
- ▬ Bau von Schutzräumen und Bunkern
- ▬ Zivildienstgesetz-Novelle (Abschaffung der Gewissensprüfung, Verlängerung des Zivildienstes)
- ▬ Gleichstellung von Wehrdienst und Wehersatzdienst durch Verlängerung des Wehersatzdienstes
- ▬ Novellierung des Militärleistungsgesetzes
- ▬ Anschaffung von Abfangjägern
- ▬ Leistungsorientiertes Dienst- und Besoldungsrecht
- ▬ Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen zur Unterbindung der undemokratischen Praktiken des HNaA
- ▬ Sicherstellung einer modernen Sanitätsversorgung
- ▬ Neues Heeresdisziplinarrecht
- ▬ Gesetzliche Verankerung der milizartigen Struktur des ÖBH⁸⁴

Eine wehrprogrammatische Zusammenfassung der Anträge erfolgte 1985 mit dem neuen Parteiprogramm.

Umfangreiche Beschaffungen werden realisiert

In diesem Jahr wurden auch 220 Centurion-Panzer für Feste Anlagen gekauft, 237 Kü-rassier-Jagdpanzer und zusätzliche 50 Stück wegen Lieferverbots an Marokko. Auf-rüstung der Kampfpanzer M-60 A1 auf A3 in Steyr. 15 Stück weitreichende Kanonen. Bei Bedarf sollten von nun an auch 20 Autobahnstücke als Ausweichmilitärflughäfen dienen. Gegen die Beschaffung von Abfangjägern begann Peter Pilz zu mobilisieren.

⁸⁴ Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 103-104.

1985 FPÖ-PARTEIPROGRAMM „ÖSTERREICH POLI-TISCH ERNEUERN“ UND VERÖFFENTLICHUNG DES LANDESVERTEIDIGUNGSPLANS – FPÖ WIRD WEHRPOLITISCHER VORREITER

Verteidigungsminister Frischenschlager (aus dem Atterseekreis) war für das neue FPÖ-Parteiprogramm „Österreich politisch erneuern“ verantwortlich, das am Sonderparteitag im Juni 1985 einstimmig angenommen wurde. Frischenschlager und Gerulf Stix hatten seit 1982 daran gearbeitet. Es war ein „solider Kompromiss zwischen liberalen und nationalen Vorstellungen“ und das umfangreichste Parteiprogramm seit 1949.⁸⁵

Das 9. Kapitel („Staat und Recht“) forderte eine „umfassende Sicherheitspolitik“; diese „bedingt auch ein Bekenntnis zur Umfassenden Landesverteidigung, die im militärischen Aufgabenbereich durch ein Milizheer wahrzunehmen ist“.⁸⁶

„Die Sicherheit unseres Staates beruht auf drei Säulen: der aktiven Außenpolitik, der inneren Stabilität und der Umfassenden Landesverteidigung“: „Wir Freiheitlichen warnen vor dem Missverständnis, dass Neutralität sich gewissermaßen von selbst erhalte, getragen bloß vom Wohlwollen der Nichtneutralen.“⁸⁷

Ausdrücklich bejahte dieses Programm den ebenfalls 1985 veröffentlichten Landesverteidigungsplan: „Die erfolgreiche Durchführung der durch Bundesverfassung und Landesverteidigungsplan umfassend konzipierten Landesverteidigung, deren tragende Säulen Milizsystem und Raumverteidigung sind, bedarf der Zustimmung und der Mitwirkung aller wesentlichen gesellschaftlichen Kräfte.“⁸⁸

Die folgenden beiden Absätze sind der Umfassenden Landesverteidigung gewidmet: „Wir Freiheitlichen lehnen gerade unter dem Eindruck der spannungsvollen internationalen Beziehungen einen Abbau der Verteidigungsbereitschaft ab.“

⁸⁵ Perspektive Freiheit: Beitrag des Dritten Lagers und der FPÖ zur Geschichte Österreichs; Freiheitliches Bildungswerk; 2. Aufl.; Wien 1992; S. 39 und Alfred Stirnemann: Das neue Parteiprogramm der FPÖ – eine kritische Analyse, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1985; Wien, München 1986; S. 678.

⁸⁶ Österreich politisch erneuern. Programm der FPÖ, https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Programm_der_FPÖE_1985.pdf, heruntergeladen am 18.06.2022, Zahl 50

⁸⁷ Ebd.; Zahl 124.

⁸⁸ Ebd.; Zahl 126.

Den vier Teilbereichen der Umfassenden Landesverteidigung (GLV, WLV, MLV und ZLV) waren eigene Abschnitte gewidmet. Im militärischen Bereich sah das Programm vor, „ein für diese Aufgabe ausreichendes Verteidigungspotential aufzubauen. Dem Ausbau der Landwehrorganisation ist aus wehrpolitischen und wehrpsychologischen Gründen der Vorrang einzuräumen.“⁸⁹

Daher forderte das Programm die ausreichende Bewaffnung, insbesondere der Landwehr, und die Ausstattung des Bundesheeres mit zeitgemäßen „Lenkwaffen kürzerer Reichweite“ zur Panzer- und Luftabwehr.⁹⁰ Dazu kam die Forderung nach Maßnahmen auf dem Gebiet des Zivilschutzes.⁹¹

Die wehrpolitischen Inhalte wurden von Frischenschlager und seinem Adjutanten OberstdG Lerider verfasst. Die Aussagen waren stark an den Landesverteidigungsplan angelehnt und gingen in der parteipolitischen Zielsetzung wesentlich weiter im Vergleich mit den Konzeptionen aller anderen Parteien. Frischenschlager wollte die FPÖ als wehrpolitischen Vorreiter in der österreichischen Parteienlandschaft positionieren. Das war natürlich auch seiner Ministerverantwortung gegenüber der österreichischen Bevölkerung geschuldet.

1985 VERÖFFENTLICHUNG DES LANDESVERTEIDIGUNGSPLANS

1985 erfolgte auch die Veröffentlichung des seit 1975 ausgearbeiteten und 1983 offiziell im Ministerrat angenommenen Landesverteidigungsplans⁹². Die Umfassende Landesverteidigung ist abgeleitet vom Neutralitätsbegriff als Mittel zur Aufrechterhaltung der Souveränität gedacht. Diese Verfassungsbestimmung ist der Verfassungsauftrag für alle Behörden und auch für die Bevölkerung zum Schutz der Souveränität und Neutralität Österreichs. Er ist als Staatszielbestimmung von zentraler Bedeutung.

⁸⁹ Ebd.; Zahl 132.

⁹⁰ Ebd.; Zahl 133.

⁹¹ Vgl. Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 106 f.

⁹² Vgl. Walter Seledec: Das Verständnis der Politiker für die österreichische Landesverteidigung in: Landesverteidigungsplan – Analysen und Perspektiven; Gesellschaft für politisch-strategische Studien; Wien 1986; S. 83-91.

Im militärischen Bereich war der Ausbau der Landwehr ein Anliegen von Verteidigungsminister Frischenschlager, wobei bei den personalrechtlichen Neuerungen die Schaffung des „Zeitsoldaten“ gelang.⁹³

Hinsichtlich des Budgets erreichte Frischenschlager eine Steigerung auf etwas über 1,1 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und die Erreichung der Zwischenstufe zum Ausbau der Miliz.⁹⁴

1985-86 ABFANGJÄGERBESCHAFFUNG GEGEN DEN WIDERSTAND DER ÖVP

Prägend für die nächsten Jahre war die Abfangjägerdiskussion. Die FPÖ wollte im Sinne der Souveränität beschaffen und die SPÖ gab eine grundsätzliche Zustimmung. In der Auswahl waren gebrauchte schwedische Draken und die britische Lightning. Ab 1985 wurden allerdings Antiabfangjägerstimmen immer lauter. Am 26. März einigten sich alle Parteien im Landesverteidigungsrat auf den Ankauf von 24 SAAB-Draken. Die Stationierung sollte in der Steiermark in Zeltweg und Graz erfolgen. Dort formierte sich mit Landeshauptmann Krainer (ÖVP) massiver Widerstand gegen die erwartete Lärmbelastung. Dem folgte auch die ÖVP, die nun auch die Typenentscheidung in Zweifel zog. Am 21. Mai 1985 wurde trotzdem der Kaufvertrag für 24 gebrauchte Draken unterzeichnet. Es folgten zwei Anti-Draken-Volksbegehren mit der Unterstützung der ÖVP. Somit war es mit dem grundsätzlichen Parteienkonsens der letzten Jahre in der Verteidigungspolitik vorbei. Am 11. November 1986 stürzte in Schweden ein Draken mit einem Bundesheerpiloten ab und die Stimmung kippte endgültig gegen die Beschaffung.⁹⁵ Eine schwere Niederlage für den freiheitlichen Minister.

Ähnlich war die Situation bei der von Bundesminister Frischenschlager angestrebten Beschaffung von defensiven Flieger- und Panzerlenkwaffen. Anfangs herrschte Einvernehmen der Parteien, was sich leider bald änderte.

⁹³ Vgl. Lukas Bachmann: Hybride Bedrohungen – Ein Resilienztest der österreichischen Verfassung; Vielbrück Wissenschaft; Weilerwist 2020; S. 112.

⁹⁴ Vgl. Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 296.

⁹⁵ Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 303-309 und Roland Schaffer: Die historische Entwicklung der Fliegerkräfte in der Steiermark unter besonderer Berücksichtigung der Abfangjägerdiskussion; Diplomarbeit Universität Graz; Graz 2000; S. 70-79.

Am 24. Jänner 1986 erfolgte die Freilassung des früheren SS-Offiziers Walter Reder aus italienischer Kriegsgefangenschaft. Bundesminister Frischenschlager empfing ihn und ließ ihn in einer Bundesheerunterkunft nächtigen.

Dies führte zu einer schweren Regierungskrise, medialen Aufregung und Rücktrittsforderung der ÖVP. Bundesminister Frischenschlager verblieb angeschlagen im Amt. Alle Reformmaßnahmen blieben danach stecken.

1986 HELMUT KRÜNES LÖST BUNDESMINISTER FRIEDHELM FRISCHENSCHLAGER AB

Am 12. Mai 1986 (bis November) übernahm der gelernte Chemiker und Wienerberger-Manager Dr. Helmut Krünes (auch Atterseekreis) das Amt des Verteidigungsministers von Friedhelm Frischenschlager, der Friedrich Peter als FPÖ-Klubobmann nachfolgte. Bei den notwendigen Abfangjäger- und Lenkwaffenbeschaffungen setzte Bundesminister Krünes keine nennenswerten Initiativen mehr. Am Bundesparteitag am 12. September übernahm schließlich in einer Kampfabstimmung Dr. Jörg Haider von Dr. Norbert Steger die Parteiobmannschaft. Dr. Gugerbauer wurde Generalsekretär. Bundeskanzler Franz Vranitzky beendete die Koalition und am 23. November folgten Neuwahlen. Die FPÖ unter Jörg Haider konnte in der Opposition massiv dazugewinnen und erreichte 18 Mandate (80 SPÖ, 77 ÖVP und erstmals 8 Grüne).

1987 KOALITION SPÖ/ÖVP UND DIE FPÖ WIEDER IN DER OPPOSITION

Heeresgliederung 1987

1987 wurde der weitere Heeresausbau nach Auftrag der neuen SPÖ-ÖVP Bundesregierung gestoppt und mit einem Mobilmachungsrahmen von 200.000 Mann (ohne Wach- und Ersatztruppen sowie Personalreserve) begrenzt. Mit der Heeresgliederung 87 wurde somit der Ausbau zur Raumverteidigung beendet und eine Orientierung hin zu einem Beitritt zur EU eingeleitet.

1988 MINISTER ROBERT LICHAL (ÖVP) SCHEITERT AN DER BESCHAFFUNG VON PANZERLENKWAFFEN UND TRANSPORTFLUGZEUGEN

Bundesminister Robert Lichal (ÖVP) scheiterte an der Beschaffung der so wichtigen Panzerlenkwaffen am (vorgeschobenen?) Einwand der Sowjetunion. Auch die Beschaffung von Transportflugzeugen gelang ihm nicht. Dafür wurden weitere Verbände aufgelöst und Liegenschaften verkauft. Das Bundesheer wurde in der Öffentlichkeit wieder lächerlich gemacht.

SPÖ-Zentralsekretär Peter Marizzi forderte bald darauf „Vier Monate sind genug“ und wollte ein „Bundesheer light“ ohne schwere Waffen. 1989 schrieb dann der Abgeordnete der Grünen Peter Pilz: „Es gibt keine Demokratisierung des Bundesheeres. Will man ein Heer, dann muss man sich damit abfinden, dass antidemokratische Kräfte gestärkt werden. Auch wenn ein Milizheer das bei weitem kleinere Übel ist ...“⁹⁶

1990 erschien schließlich das Buch „Die isolierte Armee“⁹⁷ und beschrieb anschaulich die Sinnkrise im Bundesheer.

1989 EIN NEUES WEHRPOLITISCHES KONZEPT DES WEHRPOLITISCHEN BEIRATS DER FPÖ

Das neue, streng vertrauliche Wehrpolitische Konzept⁹⁸ des Wehrpolitischen Beirats der FPÖ beruhte auf Grundlagen vom Villacher Parteitagbeschluss 1988. Ersteller waren: Vorsitzender Abg. Dr. Friedhelm Frischenschlager, 1. Geschäftsführer DDr. Erich Reiter, 2. Geschäftsführer Hptm Bernhard Grater. Redaktionsteam: Bgdr Wilhelm Figl, Bgdr Wilhelm Lachnit, ObstldG Hans Moser, ObstltdG Peter Schlauf und Bgdr DI. Reinhart Weiss. Beiratsmitglieder: ObstltdG Theo Mather, ObstdhmtD DI. Dr. Kurt Mörz, Bgdr Josef Reifberger und OKmsr Mag. Dr. Rüdiger Stix.

⁹⁶ Peter Pilz: Kein Roman; Verlag für Gesellschaftskritik; Wien 1989; S. 132-133.

⁹⁷ Franz Kernic, Udo Rumerskirch, Wolfgang Schneider: Die isolierte Armee – Kritische Bemerkungen zur Landesverteidigung; Signum Verlag; Wien 1990.

⁹⁸ Siehe Wehrpolitisches Konzept des Wehrpolitischen Beirats der FPÖ 1989 (Streng Vertraulich!).

Dieses Konzept war fachlich abgerundet und der mehrjährigen Regierungserfahrung geschuldet. Es handelte sich hierbei um ein internes Papier, das kommentiert und diskutiert, aber nie beschlossen oder veröffentlicht wurde.

Eingangs werden die Umwälzungen (Mauerfall und Ende der Sowjetunion) in Europa und die realen Umsetzungsdefizite im Rahmen der ULV aufgezeigt. Es wird mehr politische Verantwortung der Minister bei der Umsetzung des Landesverteidigungsplans eingefordert. Eine Dienstpflicht für alle Staatsbürger in allen ULV-Bereichen wird vorgeschlagen. Milizverwendungen werden in allen ULV-Bereichen eingefordert. Für das ÖBH sind 1,5 % des BIP erforderlich. Nach jeder Legislaturperiode soll ein Rechenschaftsbericht erstellt werden. Eine Denkfabrik als „Akademie für Sicherheitspolitik“ und ein Strategie-Lehrstuhl an einer österreichischen Universität sind einzurichten.

Im selben Jahr wird Parteiobermann Dr. Jörg Haider der erste freiheitliche Landeshauptmann.

Die Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989 und der innerdeutschen Grenze in den Tagen danach war ein wichtiger Meilenstein beim Zerfall des Eisernen Vorhangs. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs erodierte gleichzeitig die Strukturen des Warschauer Paktes, der sich schließlich 1991 offiziell auflöste. Die Welt war im Umbruch.

1990 TEILWEISE OBSOLETERKLÄRUNG EINZELNER BESTIMMUNGEN DES STAATSVERTRAGES VON 1955

Angesichts der veränderten Weltlage erklärte die österreichische Bundesregierung in einer Erklärung vom 20. November 1990 an die vier anderen Signatarstaaten des Staatsvertrages die militärischen und Luftfahrtbestimmungen (Art. 12–16) für obsolet. Die Art. 12 und 15 Z. 2 wurden 2008 als nicht mehr geltend festgestellt.⁹⁹

⁹⁹ Vgl. Ludwig Adamovich, Bernd-Christian Funk, Gerhart Holzinger: Österreichisches Staatsrecht. Band 1: Grundlagen: Springer; Wien 1987; S. 96 f.

1991 MILITÄRISCHER SICHERUNGSEINSATZ AN DER STAATSGRENZE MIT PRÄSENTEN KRÄFTEN

Der Vielvölkerstaat Jugoslawien verdeckte vielschichtige ethnische, religiöse, nationale und ökonomische Probleme. Nach Volksabstimmungen in Kroatien und Slowenien erklärten die beiden Staaten am 25. Juni 1991 die Loslösung aus dem Staat Jugoslawien.

Versuche der Zentralregierung in Belgrad, die Unabhängigkeitsbestrebungen militärisch zu vereiteln, führten zum Zehn-Tage-Krieg in Slowenien.

Am 28. Juni ordnete der Verteidigungsminister¹⁰⁰ den Sicherungseinsatz an der Staatsgrenze mit dem Ziel an, ein Übergreifen der Kampfhandlungen zu verhindern und die Bevölkerung zu beruhigen. Schon am nächsten Tag standen rund 5.000 Mann an der Grenze. Insgesamt waren schließlich 7.700 Mann mit 1.400 Räder-, 170 Ketten- sowie 62 Luftfahrzeugen im Einsatz.

1992 ANTRAG AN DEN 21. BUNDESPARTEITAG BETREFFEND DIE ÄNDERUNG DES WEHR- SYSTEMS UND REFORM DES BUNDESHEERES VON ABG. HANS HELMUT MOSER

Auf dem Bundesparteitag vom 16.-17. Mai 1992 stellte Abg. Hans Helmut Moser (ehemaliger Kommandant der 9. Panzergrenadierbrigade in Götzendorf und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Freiheitlicher Heeresangehöriger (AFH) 1978–1983) den Antrag für ein „FP-Wehrkonzept in einem neuen Europa“¹⁰¹. Darin sollten folgende Rahmenbedingungen als Leitlinie zugrunde gelegt werden:

¹⁰⁰ Spät, aber doch, denn die Grenzbevölkerung in Kärnten und der Steiermark war sehr besorgt und der politische Druck, unter dem die Landeshauptleute standen, war sehr groß. Das Fazit von Josef Paul Puntigam drei Jahrzehnte später lautete folgendermaßen: „Unsere stärkste Waffe war das Glück. Wir hatten unzählige Male einfach Glück. Natürlich war der Kader exzellent ausgebildet; natürlich wurde sehr klug durch die militärische Führung immer entschieden. Aber auf Dauer hat der Tüchtige Glück. Und hätten wir dieses Glück nicht gehabt – ich getraue mich nicht zu sagen, wie der Einsatz dann wirklich abgelaufen wäre.“ Siehe: Einsatz an der Grenze 1991: Ehemalige Offiziere erinnern sich: „Unsere stärkste Waffe war das Glück!“, in: Kleine Zeitung, 24.06.201, https://www.kleinezeitung.at/politik/ausenpolitik/jugoslawien/5998534/Einsatz-an-der-Grenze-1991_Ehemalige-Offiziere-erinnern-sich, heruntergeladen am 18.06.2022.

¹⁰¹ Siehe „FP-Wehrkonzept in einem neuen Europa“ als Beilage zum Antrag von Abg. Hans Helmut Moser.

- ≡ *Die immerwährende Neutralität ist mit dem EU-Beitritt aufzugeben und durch eine aktive Rolle bzw. Teilnahme an einem kooperativen Sicherheitssystem der „Politischen Union“ der EU zu ersetzen.*
- ≡ *Das Wehrsystem der allgemeinen Wehrpflicht ist dann in ein solches eines Freiwilligenheeres mit neuem Dienstrecht überzuleiten, wobei in einer integrativen Form aktive und Milizkomponenten in den Verbänden des ÖBH vorzusehen sind. Es ist dabei auch die Möglichkeit des Wehrdienstes für Frauen zu schaffen.¹⁰²*
- ≡ *Die Qualität der Verbände des ÖBH ist auf „Europeaniveau“ anzuheben.*
- ≡ *Größenrahmen von 30.000 bis 35.000 Berufssoldaten und 60.000 Soldaten der Miliz.*
- ≡ *Ein Verteidigungsbudget mit 1,3 bis 1,5 % des BIP.*

Dieser klare Paradigmenwechsel weg von der Neutralität und von der Miliz kann allerdings nur als Absichtserklärung des Abg. Moser verstanden werden. 1992 argumentierte Erich Reiter allerdings ähnlich in seinem Artikel „Freiheitliche Perspektiven zur österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“¹⁰³

Differenzierter argumentierte Wolfgang Jung in „Freie Argumente“: Die Ausgangslage sah er ähnlich wie Moser und Reiter. Die Notwendigkeit eines raschen Umstiegs auf eine Berufsarmee sah er allerdings nicht so deutlich. Er forderte einen höheren Berufssoldatenanteil und reine „Profiverbände“. Für die Miliz forderte er eine „Freiwilligenmiliz“ und die Beibehaltung der Wehrpflicht noch auf Jahrzehnte. Erst diese Mischung erbrächte die volle Einsatztauglichkeit. Deutlich betonte er abschließend die Neutralität, da nur die NATO ein alternatives Verteidigungsbündnis wäre.¹⁰⁴ Die EU war eben kein Verteidigungsbündnis und für die Verteidigung war die NATO verantwortlich.

Somit hätte die Aufgabe der Neutralität den konsequenterweise des Beitritts zur NATO bedurft. Wie in der FPÖ gab es auch in der Bevölkerung Diskussionen über die Ausrichtung des ÖBH und den zukünftigen außenpolitischen Rahmen. Neutralität? EU? NATO? Wehrpflicht? Berufsarmee? Miliz? Truppenübungen? Abfangjäger?

¹⁰² Diese Forderung war die konsequente Ableitung von der fehlenden politischen Entscheidung zur Mobilmachung in der „Jugoslawienkrise“ 1991.

¹⁰³ Siehe Erich Reiter: Freiheitliche Perspektiven zur österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik; in Dokumentation FBI Nr. 8; Wien 1992.

¹⁰⁴ Vgl. Wolfgang Jung: Noch eine Heeresreform? Freie Argumente Folge 4/92; S. 87-92.

Schwere Waffen? Auslandseinsätze? Gerade die Miliz war immer wieder ein partei-interner Zankapfel. Viele FPÖ-Funktionäre und Wähler waren allerdings überzeugte Milizsoldaten und Konsens erreichte man vor allem in der Ablehnung einer Berufsarmee.

1992 HEERESGLIEDERUNG NEU VON MINISTER FASSLABEND FÜHRT ZU MASSIVEN REDUKTIONEN BEI DER TRUPPE

Neben den drei Panzergrenadierbrigaden sollten nur noch 13 Jägerregimenter bestehen bleiben. Diese wurden aus 30 Landwehrstammregimentern formiert. Damit verbunden war das Abgehen von der Raumverteidigung und der Übergang zu einer grenznahen Einsatzdisposition. Neues militärstrategisches Ziel war die Interoperabilität mit der NATO/EU.

1993 ABSPALTUNG LIBERALES FORUM (LF)

Ab Beginn 1992 waren sich Wolfgang Jung und Erich Reiter der Gegenpol zu den Überlegungen von Wehrsprecher H. H. Moser. Es wurden verschiedene interne Entwürfe für ein FPÖ-Wehrkonzept¹⁰⁵ und Thesen für ein Heer 2000 erstellt und mit Jörg Haider diskutiert.

Heide Schmidt und weitere fünf Abgeordnete spalteten sich schließlich nach einem Streit mit Jörg Haider wegen des Volksbegehrens „Österreich zuerst“ von der FPÖ als Liberales Forum ab. H. H. Moser setzte sich 1993 am 13. Juli im Standard und am 03. Dezember im Kurier für die Abschaffung der Miliz ein. Für ihn waren die Weichen klar für ein Berufsheer gestellt. Das LF war nur bis 1999 im Nationalrat vertreten. Die folgenden Jahre waren von den Vorbereitungen und Diskussionen bezüglich des angestrebten Beitritts zur EU geprägt. Dies hatte gravierende Auswirkungen auf die Wehrpolitik Österreichs.

¹⁰⁵ Siehe Entwurf F-Wehrkonzept Wolfgang Jung von 10/93 und 03/94 (in seinem persönlichen Besitz).

1994 EIN NEUES FPÖ-WEHRKONZEPT WIRD ERSTELLT

Die FPÖ musste nun in ihrer Wehrpolitik ein klares Profil zeigen. Der Freiheitliche Arbeitskreis Landesverteidigung unter der Leitung von Generalsekretär Abg. Herbert Scheibner mit Dr. Gerhard Peternell, Günter Enzendorfer, Bgdr Günter Hochauer, Bgdr Jung, Bgdr Lachnit, Div Mörz und Bgdr Plasche erstellte im Rahmen der Visionen für Österreich (Expertenforum Europarepublik Österreich) auf 20 Seiten ein neues Wehrkonzept.

Neu waren vor allem ein optionaler Bündnisbeitrag des ÖBH und die dafür notwendige Interoperabilität. Sogar ein Beitritt zur NATO wurde angestrebt. Aufstellung von reinen Berufsverbänden für internationale Aufgaben bzw. Bündnisverpflichtungen. Erhöhung des Wehrbudgets auf 1,5 % des BIP.

Herbert Scheibner sah die Reformabsichten allerdings nicht in einer zukünftigen Berufsarmee, sondern in einer Freiwilligenarmee verwirklicht.¹⁰⁶

Gegenmeinung aus der SPÖ

Wie schwierig gleichzeitig das Verhältnis der österreichischen Linken zum Bundesheer war, veranschaulicht ein Beitrag von Mag. Thomas Peyker in „Der Offizier“.¹⁰⁷

Er forderte als Vorsitzender der Jungen Generation der SPÖ Wien u.a. den Wegfall der Spindordnung und des Bettenbaus, den Wegfall der Grußpflicht von Vorgesetzten und die Wahl der Gruppenkommandanten.¹⁰⁸ Immerhin hatte er als Jurist in einem SPÖ-Kabinett gearbeitet und war Beamter im Gesundheitsministerium.

¹⁰⁶ Auch der RFJ erstellte einen Beitrag zur Neukonzeption des Bundesheeres. Dieser wurde sogar in der Zeitschrift der Offiziersgesellschaft 4/94 zusammenfassend publiziert. Gefordert wurden u. a. eine Bereitschaftstruppe und Milizverbände. Die Zivildienereinheiten sollten beim Roten Kreuz, bei den Feuerwehren und beim (neuen) technischen Hilfsdienst einrücken. Für den Rüstungsbereich wurden klarere Gesetze gefordert. Vgl. Marco Mercuri: Wann kommt die nächste Heeresreform?, in: Der Offizier – Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft 1/94; Wien 1994; S. 9. Abgeleitet aus einem Konzept aus dem Parlamentsklub von Marco Mercuri und RFJ-Bundesobmann Mag. Achim Kasper. Vgl. Marco Mercuri: Heeresstruktur 2000 oder Gedanken und Vorschläge des RFJ über die laufende Heeresreform; Eigenverlag; im Besitz von Mag. Bernhard Rochowanski.

¹⁰⁷ Die Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft.

¹⁰⁸ Vgl. Wann kommt die nächste Reform?; Der Offizier; Nr. 2/1994.

1994-1995 PROJEKT „VERTRAG MIT ÖSTERREICH“ UND BEABSICHTIGTER UMBAU ÖSTERREICHS ZUR BÜRGERREPUBLIK

Ab der gewonnenen NR-Wahl 1994 mit 22,6 % arbeitete die FPÖ an Reformvorschlägen¹⁰⁹ für eine „Bürgerrepublik“. Diese Arbeit erfolgte in acht Hauptarbeitskreisen und fünfundvierzig Arbeitskreisen (mit je 20 bis 25 Experten) unter Koordination der Freiheitlichen Akademie (FA) im Rahmen des Projekts „Vertrag für Österreich“.

Am 30. Juni 1995 präsentierte Jörg Haider das Ergebnis im Palais Ferstl in Wien. Wolfgang Jung leitete den Hauptarbeitskreis Sicherheit mit den Arbeitskreisen Innere Sicherheit (Helene Partik-Pablé) und Landesverteidigung (Herbert Scheibner). Der Hauptarbeitskreis Äußeres wurde vom Gesandten Einhaus geleitet. Der Arbeitskreis Außenpolitik wurde von Jörg Haider selbst geleitet. Weitere Arbeitskreise wurden unter anderem von Susanne Riess (Europapolitik) geleitet.

Weißenseegespräche der FA zum Thema „Innere und äußere Sicherheit im neuen Europa“

Der Geschäftsführer der Freiheitlichen Akademie GS Abg. Herbert Scheibner lud vom 22.-24. September 1995 zu den „Weißenseegesprächen“ mit dem Thema „Innere und äußere Sicherheit im neuen Europa“. Vortragende waren Wolfgang Jung, Gustav Gustenau, Günter Hochauer, Dieter Heidegger und Erich Reiter. Die Podiumsdiskussion „Die zukünftige Rolle Österreichs in militärischen Bündnissen“ wurde von Andreas Unterberger moderiert.

Die Abschlusserklärung erfolgte durch Jörg Haider. Im nationalen Trend verlor nun die Wehrpolitik in der FPÖ gegenüber der Außen- und Sicherheitspolitik immer mehr an Stellenwert. Jörg Haider¹¹⁰ selbst wurde zum bestimmenden Motor der Außen- und Europapolitik. Herbert Scheibner koordinierte (durchaus mit viel Herz für die LV) mit seinem Team in der FA die Projektarbeit.

¹⁰⁹ Jörg Haider: Die Freiheit die ich meine; Verlag Ullstein; Frankfurt/M – Berlin 1994; S. I-IX.

¹¹⁰ Vgl. Jörg Haider: Friede durch Sicherheit – Eine österreichische Philosophie für Europa; Freiheitliches Bildungswerk; Wien 1996; S. 173-176.

Die Grundprinzipien einer freiheitlichen Sicherheitspolitik von Jörg Haider

Diese Grundprinzipien wurden im Juni 1995 vom Arbeitskreis Außenpolitik des freiheitlichen Parlamentsklubs unter Leitung von Klubobmann (KO) Jörg Haider erstellt.¹¹¹ Eine „Neue Sicherheitspolitik“ rückte in den Mittelpunkt und verfügt zu ihrer Umsetzung über Instrumente der Außen-, Wirtschafts- und Wehrpolitik. Es folgte eine Umfeldanalyse (statt Bedrohungsanalyse) und eine vertiefte Darstellung der innerösterreichischen Situation.

Die 10 Grundprinzipien einer freiheitlichen Sicherheitspolitik

1. *Der Staatsvertrag ist hinfällig geworden und Österreich erhält die volle Souveränität.*
2. *Die Neutralität ist de facto nicht mehr von Bedeutung.*
3. *Sicherheitspolitik ist der umfassende gesamtstaatliche Politikbereich.*
4. *Schaffung eines sicherheitspolitischen Ausschusses auf parlamentarischer Ebene.*
5. *Wirtschaftliche Fragen werden zukünftig die Sicherheitspolitik dominieren.*
6. *Österreichische Interessen und Mittelbeschränkungen erfordern Schwergewichtsbildungen.*
7. *Förderung der deutschen Sprache im In- und Ausland.*
8. *Erhaltung einer ausreichenden Kapazität zur militärischen Landesverteidigung.*
9. *Die Mitgliedschaft in der NATO ist ein wichtiges Ziel. Langfristig ist allerdings ein Auseinanderdriften atlantischer und europäischer Interessen möglich. Daher ist auch eine aktive Mitarbeit an der Entwicklung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen der EU parallel dazu zu betreiben.*
10. *Österreichs geografische und historische Lage in Mitteleuropa hat besondere wirtschaftliche und sicherheitspolitische Bedeutung.*

¹¹¹ Vgl. Jörg Haider: Grundprinzipien einer freiheitlichen Sicherheitspolitik; Juni 1995; S. 1-18 und Befreite Zukunft jenseits von links und rechts – Menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend; Ibera und Molden Verlag; Wien 1997; S. 221-224.

Diese 10 Grundprinzipien legten die sicherheitspolitische Ausrichtung der FPÖ ganz klar da. Sie waren zukunftsorientiert und mutig. Die NATO statt Neutralität rückte in den Mittelpunkt der Betrachtungen. Das Wehrkonzept trat in den Hintergrund und die Sicherheitspolitik als Mittel insbesondere der Außenpolitik sollte durch wirtschaftliche Interessen vor allem in Mitteleuropa gestaltet werden. Voraussetzung sollte die volle Souveränität Österreichs sein.

1995 ENTSCHLIESSUNGSANTRAG VON HERBERT SCHEIBNER FÜR EINEN ZIVILSCHUTZDIENST

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf zur Reform des derzeitigen Zivildienstes, in welchem folgende Zielsetzungen enthalten sind, vorzulegen:

- Der derzeitige Zivildienst ist in einen Zivilschutzdienst umzuwandeln.
- Der Einsatz von Zivilschutzdienern hat insbesondere im Rettungsdienst, beim Aufbau einer entsprechenden Zivilschutzinfrastruktur, beim Katastrophenschutz und bei der Katastrophenhilfe, der Wiederaufforstung, der Wildbach- und Lawinverbauung, den Feuerwehren und im Sozialdienst zu erfolgen.
- Der Zivilschutz ist dem Bundesministerium für Landesverteidigung zu unterstellen und gebührenmäßig sowie disziplinar und infrastrukturell in die Organisation des Bundesheeres einzugliedern.
- Die Zivilschutzdienstzeit beträgt 10 + 2 Monate.
- Während einer sechswöchigen Grundausbildung wird der Zivilschutzdiener insbesondere in den Bereichen Erste Hilfe, Retten und Bergen, Maßnahmen im Katastrophenfall, Funkverbindungen und Einsatzorganisation ausgebildet. Nach der Grundausbildung erfolgt die Spezialausbildung am jeweiligen Einsatzort, wobei der Zeitraum für diese Ausbildung so zu bemessen ist, dass die anschließende Dienstverwendung des Zivilschutzdieners bei seiner Dienststelle mindestens 6 Monate beträgt.
- An diese Dienstzeit von 10 Monaten schließen sich eine achtwöchige Bereitstellung für Einsätze bei Katastrophen (auch internationale Hilfeleistungen), Weiterbildungsmaßnahmen bzw. die Teilnahme an Zivilschutzübungen innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren an.

- Der Ausbildungsstand der Zivildienstler ist in jährlichen Zivildienstübungen zu überprüfen.
- Zivildienstler (mit der entsprechenden Vorbildung), die im Bereich der Sozialdienste Verwendung finden, werden nicht zur Bereitstellung und zur Ableistung von Übungen herangezogen, sondern nach Abschluss der Grundausbildung bis zum Ende ihrer 12-monatigen Dienstzeit bei der jeweiligen Dienststelle eingesetzt.¹¹²

Die FPÖ stimmte für diesen Antrag. SPÖ, ÖVP, Grüne und LiF stimmten dagegen.

1996 bekam das Bundesheer überraschend ein Mech-Paket. Und auch Frauen durften zukünftig einrücken.

1997 ÖBH-SITUATIONSBERICHT: DIE ÖVP SORGT FÜR WEITERE TRUPPENREDUZIERUNGEN

Einsparung eines Korpskommandos und der 9. Panzergrenadierbrigade. Die verbliebenen Jägerregimenter wurden in 3 Jägerbrigaden umgewandelt. Somit verfügte das Bundesheer nur noch über 5 Brigaden.

1997 FPÖ-PARTEIPROGRAMM MIT ANGESTREBTEM BEITRITT ZUR EU, DEM ENDE DER NEUTRALITÄT, DEM ANGESTREBTEM BEITRITT ZUR NATO MIT EINER FREIWILLIGENARMEE

Die FPÖ¹¹³ wandte sich von ihren Maximen Neutralität und ULV ab und der EU und NATO zu.

¹¹² 262/A(E) XIX. GP – Entschließungsantrag; https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XIX/A/A_00262/imfname_227821.pdf, heruntergeladen am 22.06.2022.

¹¹³ Vgl. Jörg Haider: Befreite Zukunft jenseits von links und rechts – Menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend; Ibero und Molden Verlag; Wien 1997; S. 213-216 und Erich Reiter: Die Sicherheitspolitik der FPÖ, in: Lothar Höbelt (Hrsg.): Republik im Wandel – Die große Koalition und der Aufstieg der Haider-FPÖ; Universitas Verlag; München 2001; S. 168-184.

Im Kapitel VII („Selbstbewusste Außenpolitik – gemeinsame Sicherheitspolitik“) hieß es: „Die Neutralität hat als dominierende Handlungsmaxime der österreichischen Außenpolitik ihre Funktion mit dem Zusammenbruch des Ostblockes und dem Ende des „Kalten Krieges“ verloren.

Sie wurde, beginnend mit dem UNO-Beitritt 1955, schrittweise aufgegeben und letztlich durch den EU-Beitritt 1995 obsolet. Gleichermaßen ist auch der Staatsvertrag von Wien 1955 gegenstandslos. [...] Österreich hat auch die Anforderungen an ein immerwährend neutrales Land (eigene starke Landesverteidigung, keine Unterstützung von Konfliktparteien usw.) nie wirklich ernst genommen.

Letztlich war der Beitritt zur EU, die als Ziel im Maastrichter Vertrag eine gemeinsame Sicherheitspolitik (GASP) vorsieht, mit der Neutralität absolut unvereinbar. [...] Es liegt im Interesse der Sicherheit Österreichs, den Schutz eines funktionsfähigen und umfassenden militärischen Verteidigungssystems zu erlangen.

Österreich soll daher als Vollmitglied des Nordatlantischen Verteidigungspaktes (NATO) und der Westeuropäischen Union (WEU) aktiv am Aufbau eines europäischen Sicherheits- und Verteidigungssystems mitarbeiten. Zur optimalen Erfüllung der neuen Aufgaben soll das österreichische Bundesheer in eine schlagkräftige und professionelle Armee, bestehend aus einem starken Anteil an Berufssoldaten und einer Freiwilligenmiliz, umgewandelt werden.¹¹⁴

FPÖ-WEHRKONZEPT VON WEHRSPRECHER SCHEIBNER

Neben dem Parteiprogramm von 1997 entstand durch Herbert Scheibner und seinen Mitarbeiter Günther Enzendorfer (späterer Barnet) ein überarbeitetes¹¹⁵ FPÖ-Wehrkonzept, das auch die Grundlage für den entsprechenden Teil des Regierungsprogramms 2000 bilden sollte. Es war um 14 Seiten auf 34 Seiten erweitert worden.

¹¹⁴ Siehe Parteiprogramm von 1997. Eine Kurzfassung ist bei Joachim Neurieser: Zwischen Liberalismus und Nationalismus: Programmatische Transformationsprozesse in der Geschichte des dritten Lagers in Österreich nach 1945; Diplomarbeit Universität Wien; Wien 2008, im Anhang enthalten.

¹¹⁵ Siehe Wehrkonzept der FPÖ von 1994.

Es beinhaltete schon konkrete ÖBH-Beiträge für einen NATO-Beitritt: 3 Jägerbrigaden und 2 Panzerbrigaden als Beitrag für eine kollektive Verteidigung des NATO-Bündnisses, 9 Jägerregimenter mit 27 Jägerbataillonen, 6 Jagdkommandokompanien und entsprechende Führungs-, Aufklärungs-, Versorgungs- und Unterstützungstruppen.

Abg. Jung kritisierte parteiintern den zu hohen und nicht umsetzbaren Organisationsrahmen. Er sprach sich gegen die Veröffentlichung des Konzepts aus.

Wolfgang Jung kommentierte das „Wehrkonzept Herbert Scheibner“ wie folgt:

Gleiche Organisation, allerdings mit nur 70.000 statt 100.000 Mann: 6 JgBrig (ca. 33.000 Mann), 2 PzGrenBrig (ca. 10.000 – 11.000 Mann) und weitere Führungs-, Sicherungs- und Unterstützungstruppen (insgesamt ca. 70.000 Mann). Schaffung eines Generalstabschefs und eines Generalkommandos zur Führung der Korpskommanden. Jährliche Anhebung des Verteidigungsbudgets um 0,1 % (dzt. 0,8 % des BIP). Er sprach sich wegen der Ablehnung der Wirtschaft gegen Truppenübungen aus.

Diese unterschiedlichen Meinungen zeigen deutlich die Schwierigkeiten bei der Bildung einer einheitlichen Position. Gewisse Details wurden folglich in der Partei bewusst offengelassen oder vorerst noch nicht entschieden. So entfiel der Personalrahmen im Konzept.

Die Vorstellungen der FPÖ waren aber immer klar auf ein kampfkraftiges ÖBH ausgerichtet, wie die folgenden Anträge unterstreichen:

FPÖ-Forderung nach der längst überfälligen Erneuerung des Landesverteidigungsplans

Entschließungsantrag Abg. Scheibner und Kollegen betreffend die Erarbeitung eines neuen LVPL (z. B.: 296/UEA, 27.02.1997).

FPÖ-Forderungen nach Erhöhung des Landesverteidigungsbudgets

Das LV-Budget war seit der freiheitlichen Regierungsbeteiligung von 1,4 % auf unter 0,8 % gefallen. Immer wieder wurde daher eine Budgeterhöhung gefordert (z. B.: 77/UEA, 23.04.1996; 406/UEA 13.11.1997 und 26.05.1998).

FPÖ-Forderungen nach einer Abgeltung der Inlands- und Auslandseinsätze

Kritisiert wurden vor allem die ständigen Inlands- und Auslandseinsätze. Seit 1991 waren über 180.000 Soldaten an der Grenze, seit 1960 40.000 Soldaten im Ausland. Diese Aufwendungen wurden dem ÖBH im Gegensatz zum Innenministerium nicht abgegolten (z.B.: 406/UEA, 13.11.1997).

1998 DER OPTIONENBERICHT DER SPÖ/ÖVP-REGIERUNG

Der „Bericht über alle weiterführenden Optionen Österreichs im Bereich der Sicherheitspolitik“ stellte das Produkt einer fast neunmonatigen Arbeit dar, an der führende sicherheitspolitische Experten des SPÖ-Bundeskanzleramts, des ÖVP-Außenministeriums und des ÖVP-Verteidigungsministeriums beteiligt waren. Da über den Gesamtbericht kein politisches Einvernehmen erzielt werden konnte, ist es nur zu einer Fassung der ÖVP-Ministerien gekommen. Gescheitert war die ÖVP im April 1998 an der SPÖ, die eine NATO-Option (eine Landbrigade und ein Luftgeschwader wären für die NATO vorgesehen gewesen¹¹⁶) nicht als Zukunftsperspektive Österreichs akzeptieren wollte.¹¹⁷

Neue Optionen sollten sich in den nächsten zwei Jahren für die ÖVP mit der FPÖ ergeben.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1998 verabschiedeten SPÖ und ÖVP die Verfassungsänderung zur Teilnahme an Kampfeinsätzen.¹¹⁸ 1999 erfolgte die NATO-Erweiterung um Tschechien, Polen und Ungarn. Die sicherheits- und geopolitische Lage Österreichs hatte sich neuerlich geändert.¹¹⁹

¹¹⁶ Vgl. Der Bericht – Österreichs Sicherheit (Optionenbericht 1998); BMLV 1998; S. 73.

¹¹⁷ Vgl. Der Bericht – Österreichs Sicherheit (Optionenbericht 1998); BMLV 1998; S. Vorbemerkung.

¹¹⁸ In den Jahren um und knapp nach der Jahrtausendwende wurde stärker die Solidarität betont und innerstaatliche Vorsorge für solidarische Aktionen getroffen. Siehe: Art 23f B-VG lautete: „(1) Österreich wirkt an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union auf Grund des Titels V des Vertrages über die Europäische Union mit. Dies schließt die Mitwirkung an Maßnahmen ein, mit denen die Wirtschaftsbeziehungen zu einem oder mehreren dritten Ländern ausgesetzt, eingeschränkt oder vollständig eingestellt werden. (2) Für Beschlüsse im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union auf Grund des Titels V sowie für Beschlüsse im Rahmen der Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres auf Grund des Titels VI des Vertrages über die Europäische Union gilt Art. 23e Abs. 2 bis 5; BGBl. Nr. 1013/1994.“

¹¹⁹ Vgl. Günter Hochauer: Auswirkungen der NATO-Osterweiterung gemäß der Konferenz von Madrid 97 auf das österreichische Bundesheer, in: NATO-Perspektiven aus slowenischer und österreichischer Sicht; Informationen zur Sicherheitspolitik; LVAk; März 1998.

1999 JÖRG HAIDER VERLANGT KONSEQUENTER- WEISE EINE VOLKSABSTIMMUNG: AUFGABE DER NEUTRALITÄT ODER AUSTRITT AUS DER EU

Anfang 1999 war klar, dass eine der EU-Kommissarinnen, die Französin Edith Cresson, ihrem Zahnarzt ein einträgliches Nebengeschäft als Berater der europäischen Behörde zugeschanzt hatte. Darüber hinaus gab es weitere eigenartige Abrechnungen externer Mitarbeiter. Kommissionspräsident Jacques Santer kam einem Misstrauensantrag im Europaparlament zuvor und trat gemeinsam mit seinem gesamten Gremium am 15. März 1999 zurück.¹²⁰ Die EU war in einer tiefen Krise.

Jörg Haider verlangte am 04. Juni 1999 bei einer Pressekonferenz nach Journalistenfragen eine Volksabstimmung: Aufgabe der Neutralität oder Austritt aus der EU. Die konsequente Forderung beinhaltete schon damals die dringend notwendige Klärstellung für eine zielgerichtete Wehrkonzeption Österreichs.

Überarbeitetes „Wehrkonzept Scheibner“

Am 11. September 1999 wurde durch Herbert Scheibner ein neuerlich parteiintern erarbeitetes freiheitliches Wehrkonzept fertiggestellt. Die Arbeitsgruppe Landesverteidigung war diesmal eingebunden und der Entwurf wurde um 5 Seiten erweitert (von 34 auf 39 Seiten). Abweichend zu 1997 wurde darin nicht mehr taxativ der Beitritt zur NATO verlangt. Politisch unverbindlicher wurde die Mitwirkung an der europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EU – WEU und NATO) im vollen Umfang (einschließlich Beistandsgarantie) gefordert. Gesamtbudget bis etwa 1,5 % des BIP und ein Militärbefugnisgesetz.

Neu war ein detaillierterer Heeresumfang mit Personalstruktur: Gesamtumfang rund 100.000 Personen mit 30.000 Berufssoldaten. Somit hatte sich Herbert Scheibner auch beim höheren Personalrahmen durchgesetzt. Abg. Jung stimmte dem Gesamtumfang von rund 100.000 Personen (nun auch Frauen) zu.

¹²⁰ Unter Jacques Santer trat die gesamte Kommission zurück, in: Die Presse, 17.10.2012, <https://www.diepresse.com/1302498/unter-jacques-santer-trat-die-gesamte-kommission-zurueck>, heruntergeladen am 16.09.2022.

1999 NATIONALRATSWAHL

Bei der am 03. Oktober 1999 stattgefundenen Nationalratswahl wurde die FPÖ mit 26,9 % zur zweitstärksten Partei. Laut Susanne Riess-Passer¹²¹ soll es ein Angebot der SPÖ für eine Zusammenarbeit mit der FPÖ gegeben haben. „Die SPÖ hat bei uns vorgefühlt, ob wir eine Minderheitsregierung der SPÖ unterstützen würden. Das Angebot war: Wir tolerieren eine SPÖ-Minderheitsregierung, sie geben uns zwei unabhängige Minister, machen uns international salonfähig und nach einem Jahr kann man über eine echte Koalition Rot-Blau reden. Das war dem Jörg zu wenig und er hat begonnen, bei der ÖVP für eine echte Koalition vorzufühlen. Dann ging alles ganz schnell. Die ÖVP hat von der SPÖ den Finanzminister gefordert, die haben Nein gesagt. Haider hat öffentlich gesagt, er steht zur Verfügung. Und das war der Start.“

Die Regierungsverhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ waren allerdings dann von massiven Querschüssen aus der EU gekennzeichnet, vor allem aus Belgien und Frankreich, wo gerade auch rechte Parteien vor weiteren Wahlgewinnen standen. Geprägt war das Jahr 1999 vom Angriff der NATO auf „Restjugoslawien“ ohne UN-Mandat und vom Veto gegen einen Durchmarsch der NATO durch Österreich durch die Regierung Klima/Schüssel.

1999-2002 DIE ZWEITE REGIERUNGSBETEILIGUNG DER FPÖ MIT HERBERT SCHEIBNER ALS VERTEIDIGUNGSMINISTER

Die FPÖ¹²² bildete unter Jörg Haider erstmals mit der von der FPÖ überholten und gekränkten ÖVP eine Koalition. Zuvor hatte Jörg Haider ein Angebot der SPÖ ausgeschlagen.¹²³ Wolfgang Schüssel wurde am 04. Februar 2000 als Bundeskanzler angelobt und Haider blieb in Kärnten Landeshauptmann. Ob dies den internationalen

¹²¹ Siehe Susanne Riess-Passer: „Was 2000 wirklich lief“, Interview für die Zeitung OE24, heruntergeladen am 03.02.2010.

¹²² Vgl. Dieter Grillmayer: Die Dritte Kraft mit neuem Schwung – Österreichs Innenpolitik 2006-2016 im internationalen Kontext; Verlag Genus; Wien 2017; S. 24-27 und Kurt Piringer: Chronologie der FPÖ-Entwicklung 1986 – Jahresmitte 2000, in: Lothar Höbelt (Hrsg.): Republik im Wandel – Die große Koalition und der Aufstieg der Haider-FPÖ; Universitas Verlag; München 2001; S. 449-452.

¹²³ Peter Pilz: Die vierte Republik; Verlag Czernin; Wien 2000; S. 53-54.

Protesten oder einem Vorbehalt von Schüssel geschuldet war, bleibt offen. Susanne Riess-Passer wurde Vizekanzerin und nicht Jörg Haider. Dies war keine zukunftsweisende Entscheidung.

Bereits am 31. Jänner 2000 beschlossen die damaligen 14 EU-Nationen Sanktionen gegen Österreich. Es sollte keine offiziellen bilateralen Kontakte zur Regierung geben. In Österreich verlor die EU in der Folge bis heute enorm an Zustimmung. Die Koalitionsbildung konnte durch die EU aber nicht verhindert werden. Erst am 12. September 2000 wurden die Sanktionen aufgehoben.

Trotz dieser anfänglich misslichen außenpolitischen Rahmenbedingungen wurde im Verteidigungsministerium von Anfang an mit Enthusiasmus gearbeitet. Minister Scheibner brachte seinen Klubreferenten Günther Enzendorfer (später Barnet) mit ins Kabinett und Hauptmann Wolfgang Baumann wurde Sekretär und außenpolitischer Berater. Kabinettschef wurde Generalmajor Wolfgang Jilke und seine Mitarbeiter waren OberstdG Othmar Commenda (später Generalstabschef) und OberstleutnantDG Erich Csitkovits (später Kommandant der Landesverteidigungsakademie).

Vorrangige Bedeutung hatte für Minister Scheibner die Umsetzung seines Wehrkonzepts, das auf seinen Vorarbeiten als Präsident der Freiheitlichen Akademie und Wehrsprecher der FPÖ aufbaute. Die Umsetzung sollte im Rahmen einer neuen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin geschehen.

Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin NEU

Bei der Ausarbeitung der neuen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin¹²⁴ war ab März 2000 Erich Reiter für Minister Scheibner federführend. Bald stieß er aber bei seiner Arbeit auf Widerstand. Nach eigenen Aussagen wurde Reiter vom ÖVP-Chefverhandler Botschafter Martin Vukovich als Feindperson behandelt. Der FPÖ-Einfluss sollte zurückgedrängt werden.¹²⁵ Aber auch innerhalb der FPÖ gab es unterschiedliche Blickwinkel. Erich Reiter sah sich auf Haider-Linie, pro NATO und auf Anti-Neutralitätskurs. Wehrsprecher Wolfgang Jung war gegen einen NATO-Beitritt

¹²⁴ Siehe: Von der Umfassenden Landesverteidigung zur umfassenden Kooperation, <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=1786>; Neue Sicherheitsdoktrin bis Jahresmitte 2001, <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=1791>; Neue Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=1804>; Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin vom Nationalrat beschlossen, <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2081> und Entschließung Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2116>, heruntergeladen am 22.06.2022.

¹²⁵ Siehe Interview mit DDr. Erich Reiter am 15.11.2005; S. 2.

und für die Neutralität in der neuen Sicherheitsdoktrin und konnte dabei auf die Unterstützung von Minister Herbert Scheibner zählen, der damit auch die SPÖ ins Boot holen wollte. Dies stieß auf vehemente Ablehnung der ÖVP.¹²⁶ Schließlich verweigerte die SPÖ ihre Zustimmung, es blieb bei der weiter ausgehöhlten Neutralität mit NATO-Option und es reichte nur für einen Entschließungsantrag der Regierung. Damit war die Sicherheitsdoktrin nur für die Dauer der Koalition rechtlich verbindlich. Die Opposition wollte eine Abänderung nach den nächsten Wahlen. Die Sicherheitsdoktrin wurde 2012 abgeändert und die NATO-Option gänzlich gestrichen.

Festlegung österreichischer Interessen bei internationalen Einsätzen

Scheibner bekannte sich klar zu den internationalen Einsätzen, da Krisen, zumindest mittelbar, immer Auswirkungen auf Österreich haben. Es fehlte ihm aber die klare Definition der österreichischen Interessen, an denen sich die Auslandseinsätze ausrichten hätten. Österreich sollte sich nicht direkt an Kampfeinsätzen beteiligen, wohl aber in der Phase unmittelbar danach, wie beispielsweise in Afghanistan an der ISAF. In der instabilen Lage nach Kriegen seien Spezialisten gefragt. „Nicht so sehr“ hingegen befürwortete Scheibner die Beteiligung an endlosen Peacekeeping-Missionen, wie auf Zypern.

Dieser Einsatz war ein „Beispiel, wie es nicht sein sollte“, trug er in Scheibners Worten doch dazu bei, „nur den Stillstand zu zementieren“. Die österreichische Beteiligung am UN-Einsatz auf den Golanhöhen hingegen sei politisch wichtig. Als die Regierung – „stark dahinter“ war der Finanzminister – 2000/01 eine Reduktion der UN-Einsätze forderte, war es für Scheibner klar, dass man das Bataillon aus Zypern abziehen werde. Dies war für ihn „Teil der Neuausrichtung“ der Beteiligung an den Auslandseinsätzen.¹²⁷ Es erfolgte auch der Abzug aus dem umstrittenen Afghanistan Einsatz. Klares neues Schwergewicht sollte Mitteleuropa werden.

¹²⁶ Vgl. Interview mit DDr. Erich Reiter am 15.11.2005; S. 5-7.

¹²⁷ Österreich hatte seit 1972/73 mit zwei Bataillonen in UN-Einsätzen in Zypern und im Nahen Osten (1973/74 in Ägypten und ab 1974 auf den syrischen Golanhöhen), dazu noch geringere Zahlen an Militärbeobachtern usw., stets fast 1000 Mann in Auslandseinsätzen. Dieses Engagement hatte ab 1996 mit einem Kontingent bei der NATO-geführten IFOR/SFOR in Bosnien-Herzegowina und ab 1999 mit einem Bataillon in der ebenfalls NATO-geführten Mission KFOR im Kosovo massiv zugenommen – daher die Urgenz einer Reduktion um das Jahr 2000. Vgl. zu den österreichischen Auslandseinsätzen Erwin A. Schmidl: Going International – In the Service of Peace: Das österreichische Bundesheer und die österreichische Teilnahme an internationalen Einsätzen seit 1960; Vöhlting; Graz 2015; Text deutsch & englisch. Bei der Pressekonferenz im November 2002 hieß es: „Der Abzug österreichischer Kontingente aus Zypern und Bosnien spart dem Bundesheer rund 20 Millionen Euro pro Jahr.“ Vgl. Erwin Schmidl: Bericht der Historikerkommission – Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ; https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2019/PDFs/Buch-Historikerkommission-Web.pdf; Freiheitliches Bildungsinstitut; Wien 2019; S. 367.

Mitteleuropapolitik

Scheibner gelang während seiner Ministerschaft, die Kooperation mit den Nachbarstaaten im Rahmen der von seinem Vorgänger Werner Fasslabend (geb. 05. März 1944) 1997 geschaffenen Initiative CENCOOP (Central European Nations Cooperation in Peace Support) für kurze Zeit wiederzubeleben.¹²⁸ Sicherheitspolitisch wurde das Schwergewicht auf Südosteuropa gelegt und die Stabilisierung des Balkans als entscheidend gesehen. EU- und NATO-Erweiterungen wurden als wesentliche Beiträge für die Sicherheit anerkannt. Im Buch „Mitteleuropa – Im geopolitischen Interesse Österreichs“ zeigten die Autoren Wolfgang Baumann und Gunther Hauser die Möglichkeiten und Chancen Österreichs in der gegenwärtigen und zukünftigen Gesamtentwicklung Mitteleuropas umfassend auf.¹²⁹

- ▬ Geopolitik sowie die geopolitische Definition von Räumen in Europa
- ▬ Die österreichische Interessenspolitik
- ▬ Der Mitteleuropa-Gedanke in seinen Ursprüngen – österreichische, deutsche, jugoslawische, tschechische, ungarische Mitteleuropaideen aus dem 19. Jahrhundert bis heute
- ▬ Grenzüberschreitende Kooperationen – ARGE Alp, ARGE Mittlere Donau, Zentraleuropäische Initiative und Visegrád-Staaten
- ▬ Die Ziele der „regionalen Partnerschaft“
- ▬ Föderalismus und Regionalpolitik – das Europa der Regionen
- ▬ Der EU-Vertrag von Nizza unter Berücksichtigung der mittel- und osteuropäischen Staaten
- ▬ Die EU-Verfassungsdiskussion
- ▬ Minderheitenschutz in Mitteleuropa mit Beispielen aus Südtirol, Kärnten, Siebenbürgen und die Grundrechtscharta im Überblick
- ▬ Die erfolgten NS-Entschädigungen – der Beitrag Österreichs
- ▬ Die AVNOJ- und Benes-Dekrete – mit den europäischen Grundwerten unvereinbar

¹²⁸ Vgl. Erwin Schmidl: Bericht der Historikerkommission – Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ; https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2019/PDFs/Buch-Historikerkommission-Web.pdf; Freiheitliches Bildungsinstitut; Wien 2019; S. 367.

¹²⁹ Vgl. Wolfgang Baumann und Gunther Hauser: Mitteleuropa – Im geopolitischen Interesse Österreichs; <https://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2209> und <https://www.bundesheer.at/wissen-forschung/publikationen/beitrag.php?id=897>, heruntergeladen am 18.06.2022; Austria Medien Service; Graz 2002.

- ▬ Die EU-Osterweiterung – Auswirkungen auf Wirtschaft und Beschäftigung in Österreich; Agrarwirtschaft in den Beitrittsländern und EU-Beitritt
- ▬ Der Wirtschaftsraum Mitteleuropa – Eine Analyse
- ▬ Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und den mittelosteuropäischen Staaten, Deutschland und Italien
- ▬ Die Verkehrsnetze im Wirtschaftsraum Mitteleuropa – Transeuropäische Netze
- ▬ Umweltschutz und Atomkraft in den mittel- und osteuropäischen Ländern und das Donauschutzübereinkommen
- ▬ Die österreichische Außen- und Sicherheitspolitik in Mitteleuropa im Rahmen der EU; Mitteleuropa
- ▬ Die NATO-Osterweiterung und die Staaten Mittel- und Osteuropas
- ▬ Militär- und Polizeikooperationen in Mitteleuropa
- ▬ Der mögliche Kulturraum Mitteleuropa – Wissenschafts- und Forschungsprogramme zwischen Österreich und den mittelosteuropäischen Staaten
- ▬ Sprachen in Mitteleuropa
- ▬ Religionen in Mitteleuropa

Somit waren „Geopolitik“¹³⁰, „Mitteleuropa“ und „Interessen“ wieder in der österreichischen Sicherheitspolitik nach dem 2. Weltkrieg angekommen – nicht mehr negativ konjugiert, sondern wissenschaftlich-kritisch reflektiert.

Aussöhnung mit Israel und friedentiftende Maßnahmen im Nahen Osten

Neben seinen Aufgaben als Verteidigungsminister war Herbert Scheibner der Nahe Osten ein besonderes Anliegen. Vor allem die Aussöhnung Israels mit seinen Nachbarn lag ihm am Herzen.¹³¹ Diese außenpolitischen Anstrengungen mit einer parallelen Geheimdiplomatie gipfelten in einem Communiqué zur Umsetzung des Nahost-Friedensprozesses.

¹³⁰ Siehe Wolfgang Baumann: Geopolitik – ein zeitgemäßer Beitrag zum gesamtstaatlichen Führungsverfahren?, in: Vielfalt in Uniform; Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie; Wien 2004.

¹³¹ Siehe: Saudi-Arabien <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2052>; VAE <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2146>; Iran <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=174>; Afghanistan <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2192>; AUT Kontingent nach Afghanistan <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2117>; Präsident der Österreichisch-Syrischen Gesellschaft <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2079>; Arafat <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=1823> und Segev in Wien <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=1896>, heruntergeladen am 22.06.2022.

Persönlichkeiten Israels und Palästinas waren vom 12. bis 14. Jänner 2002 auf Einladung von Verteidigungsminister Herbert Scheibner im niederösterreichischen Reichenau a. d. Rax zu Gesprächen zusammengetroffen. An der Spitze der Delegationen standen Baruch Levy, Ex-Berater des ehemaligen israelischen Premierministers Yitzhak Rabin, und Ziad Abu-Zayyad, palästinensischer Minister für Angelegenheiten Jerusalems. In dem beschlossenen Kommuniqué wurde die Aufnahme von Verhandlungen ohne Vorbedingungen gefordert. Beide Delegationsleiter betonten, dass es schon aus symbolischen Gründen so bald wie möglich zu einem Treffen zwischen Jassir Arafat und Ariel Sharon kommen müsse.

In dem Papier empfahlen die Delegationen auch die sofortige Umsetzung des Tenet-Plans (von CIA-Chef George Tenet) und des Mitchell-Reports (von Ex-US-Senator George Mitchell). Abu-Zayyad und Levy dankten Verteidigungsminister Scheibner für seine Initiative und lobten die offenen Gespräche, die trotz mehrerer „Auf und Abs“ während des Verhandlungszyklus erfolgreich im vorliegenden Papier Niederschlag gefunden hätten.¹³² Ein großer Erfolg für den freiheitlichen Minister. Auch der ORF berichtete über das Kommuniqué in den Abendnachrichten.¹³³

Vollmitglied in der Westeuropäischen Rüstungsgruppe

Österreich wurde Vollmitglied in der Westeuropäischen Rüstungsgruppe und schaffte damit den Einstieg in High-Tech-Bereiche der europäischen Wirtschaft.

Nationaler Sicherheitsrat NEU

Der Landesverteidigungsrat hatte zwar nur eine beratende Funktion, aber realpolitisch mehr Gewicht als der Verteidigungsausschuss im Parlament. Dies zeigt die zu schwache Stellung des österreichischen Parlamentarismus und die Stärke der Exekutive in Österreich.

Der LV-Rat gab Empfehlungen ab und war im Wesentlichen auf die ULV ausgerichtet. Die Sitzungen waren vertraulich und Entscheidungen mehrheitlich. Die Koordinie-

¹³² Vgl. Israelisch-palästinensisches „Kommuniqué“ in Wien unterzeichnet <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2114>, heruntergeladen am 22.06.2022.

¹³³ Parallele, nicht mit Scheibner abgestimmte Kontakte von Parteibmann Jörg Haider mit Hussein und Gaddafi waren nicht hilfreich. Die Rolle von Generalsekretär Peter Sichrowsky bleibt bis heute unklar. 2005 vermeldete er seine jahrelange Zusammenarbeit mit dem Mossad. Zwei Wochen später widerrief er diese Aussagen wieder.

rung erfolgte durch das neue staatliche Krisenmanagement im Bundeskanzleramt. Der Weg zum neuen NSR war von vielen Debatten im Parlament gekennzeichnet.¹³⁴

Strategischer Führungslehrgang NEU

Der Verankerung der Sicherheitspolitik in der Bevölkerung, vor allem im Bereich der Meinungsbildner, diente der damals von Wolfgang Baumann initiierte „Strategische Führungslehrgang“, der sich – von der Landesverteidigungsakademie veranstaltet – zu einem wichtigen Instrument der Vernetzung einer „Strategic Community Österreichs“ entwickelt hat.¹³⁵

Synergien mit dem BMI

Verteidigungsminister Herbert Scheibner und Innenminister Ernst Strasser kamen überein, ihre Ressorts auf die Nutzung gemeinsamer Ressourcen und Synergien zu überprüfen. Die beiden Minister erwarteten sich die nachhaltigsten Effekte im Bereich der Grenzüberwachung an der EU-Außengrenze.¹³⁶

Es wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Diese wurde jedoch vom BMI genutzt, um möglichst viele Vorteile für die ÖVP zu lukrieren. Gegen die Interessen des BMI-Kabinettschefs und Milizoffiziers Stefan Ulmer konnte die verpflichtende Verpflegung von Zivildienern in Kasernen abgewehrt werden. Auch der überbeuerte Behördenfunk wurde von der FPÖ abgelehnt.

Leider waren im ÖAAB bzw. in der FCG auch viele Generäle des Bundesheeres gut vernetzt. Sie konnten kaum Partei- von Ressortinteressen unterscheiden.

¹³⁴ Im Rahmen seines Debattenbeitrages zur Sicherheitspolitik mahnte der stellvertretende freiheitliche Landesparteiobmann von Vorarlberg, Abg. Dr. Reinhard E. Bösch, am 23.10.2001 die Verantwortlichkeit der Opposition zur Erzielung eines nationalen Konsenses bei der neuen Sicherheitsdoktrin ein. Ohne Sicherheit sei Freiheit undenkbar. Es läge daher in der Verantwortlichkeit aller Parteien, so rasch wie möglich die Sicherheit der Bürger im Lichte der neuen Bedrohungsszenarien zu optimieren, so Bösch wörtlich. Ein erster wichtiger Schritt sei mit dem Vier-Parteien-Entschluss zur Einrichtung des Nationalen Sicherheitsrates gesetzt worden. Dieser werde sich unter anderem mit der Intensivierung der internationalen Terrorbekämpfung, der Stärkung von Sondereinsatzkräften der Exekutive und des Bundesheeres und der Verbesserung von Zivilschutzplänen auseinandersetzen haben. Vgl. Reinhard Bösch: „Keine Freiheit ohne Sicherheit“; https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20011023_OTS0248/boesch-keine-freiheit-ohne-sicherheit; OTS; Wien 23.10.2001.

¹³⁵ Vgl. Erwin Schmidl: Bericht der Historikerkommission – Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ; https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2019/PDFs/Buch-Historikerkommission-Web.pdf; Freiheitliches Bildungsinstitut; Wien 2019; S. 366.

¹³⁶ Siehe: Synergien BMLV mit BMI <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2090>, heruntergeladen am 22.06.2022.

Kampf gegen den Terror

Der Kampf gegen den Terror hat nach 9/11¹³⁷ seinen Niederschlag in der Bildung eines Kommandos für Spezialeinsatzkräfte sowie in der Reform und Qualitätssteigerung der Nachrichtendienste gefunden. Bei den Einsätzen in Verbindung mit den Anschlägen des 11. September 2001 waren vor allem die Spezialisten der ABC-Abwehreinheiten unterwegs. Bei insgesamt 408 Einsätzen im Zusammenhang mit dem Milzbranderreger Anthrax galt es vor allem die österreichische Bevölkerung zu schützen.¹³⁸

Zentralstellenreform

Eines der wichtigsten Vorhaben war die Strukturreform¹³⁹ des Verteidigungsministeriums. Ziel war es, ein schlankes, flexibles Ressort zu schaffen. Erstmals nach dem 1. und 2. Weltkrieg hatte das österreichische Bundesheer wieder einen nationalen Generalstab.

Somit war erstmals die Planung, Führung und Beschaffung gesamtverantwortlich in der Hand eines Generals. Sektionsleiter bzw. Gruppenleiter und Abteilungsleiter wurden u. a. die verdienten Offiziere Wilhelm Lachnit, Theo Mather, Karl Wendy, Günter Hochauer, Robert Brieger, Peter Schlauf, Wolfgang Jung, Reinhart Weiss, Kurt Mörz und Robert Hofmann. Dieter Heidegger wurde stellvertretender Kommandant der Streitkräfte und Alexander Platzler Kommandant der 1. Jägerbrigade. Die Einführung eines international üblichen Generalstabschefs war zuvor von vielen Experten als unmöglich beurteilt worden. Trotzdem ist sie gelungen.

Auch die international üblichen Dienstgrade Generalmajor und Generalleutnant statt Divisionär und Korpskommandant wurden eingeführt.¹⁴⁰

¹³⁷ Siehe: Scheibner zu den US-Angriffen in Afghanistan, <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2275>; „Derzeit keine Hinweise auf eine direkte Bedrohung in Österreich“, <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2271>; Bedarf für die LRÜ, <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2025>; Sondereinsatzkräfte Neu, <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=310>; Besuch in den USA, <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2139>, heruntergeladen am 22.06.2022.

¹³⁸ Siehe: Scheibner zieht Bilanz, <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2234>, heruntergeladen am 22.06.2022.

¹³⁹ Vorschlag neue Spitzengliederung, <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=1931>; Spitzengliederung – Vorschlag der Projektleitung angenommen, <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2078>; Entscheidung zur Frage der Standorte des zukünftigen Kommandos für die Landstreitkräfte (KdoLdSK) und des Kommandos für Internationale Einsätze (KdoIE), <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2154>; ZSO Neu, <https://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2206>; ChGStb NEU, <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=312> und Kdt Landstreitkräfte NEU, http://www.bundesheer.at/journalist/pa_body.php?id=336, heruntergeladen am 22.06.2022.

¹⁴⁰ Siehe: Scheibner zieht Bilanz, <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2234>, heruntergeladen am 22.06.2022.

Truppe

Vor allem die Truppe hat von Minister Scheibner stark profitiert. Es wurden umgehend alle Auflösungen und Truppenreduzierungen gestoppt. Es wurden 300 neue Planstellen geschaffen, die vor allem den neu aufgestellten Teilstreitkräften Land und Luft zugutekamen. Generalmajor Dieter Heidegger wurde stellvertretender Kommandant der Streitkräfte (2002-2016).

Es erfolgte eine Aufwertung der Waffen- und Fachschulen zur Waffengattungsspitze. Die Kommandanten wurden gegenüber den Offizieren in der Zentralstelle wesentlich gestärkt und zum Brigadier befördert.

Erstmals war es nun auch für Truppenoffiziere möglich, den Posten eines Militärkommandanten zu bekleiden. Dies war vorher ausschließlich Generalstabsoffizieren vorbehalten. Die neuen Führungsstrukturen beinhalteten getrennte Kommanden für Landstreitkräfte, Luftstreitkräfte, internationale Einsätze und Spezialeinsatzkräfte statt der bisherigen beiden Korpskommanden und der Fliegerdivision. Neu war die Funktion des „Kommando-Unteroffiziers“. Dieser sollte den Stellenwert des Unteroffiziers bei der Truppe heben.

Dazu kamen zahlreiche Verbesserungen für die Grundwehrdiener. Die Sanitätstruppe wurde aufgewertet und das HSP sollte in Absprache mit der Stadt Wien ein Spital für die Öffentlichkeit werden. Die Realisierung wurde allerdings nicht nur mit Begeisterung getragen, da andere Spitäler in Wien dies auch als Konkurrenz wahrnahmen. Dieses Projekt wurde von den Nachfolgern von Minister Scheibner wieder gestoppt. Gerade in der Pandemie 2020/22 hätte eine Sanitätsorganisation wie die damals vorgesehene sehr hilfreich sein können.

Eine Ausgliederung der Buchhaltungsagenturen im BMLV wurde entgegen dem Koalitionsabkommen im Sinne des BMLV verhindert. Eine Ausgliederung erfolgte leider danach. Auch die Anbindung des BMLV an den neuen Bundes-ELAK konnte verhindert werden.

Freiwilligenarmee

Nach den Reduktionen der 1990er-Jahre stoppte man die Auflösungen bei der Truppe. Hinsichtlich der Heeresstruktur trat Scheibner für ein Freiwilligenheer¹⁴¹ mit einer starken Berufskomponente ein und wollte ein Anreizsystem schaffen, um den Anteil der Freiwilligen zu erhöhen. Er sei „für ein modernes und flexibles Dienstrechtsschema“, das etwa auch eine bevorzugte Übernahme in den öffentlichen Dienst (Polizei usw.) und Möglichkeiten der Weiterbildung anbiete. Scheibner unterstrich das Freiwilligenprinzip – für eine Miliz nicht nur als Alibi, sondern für eine professionell gestaltete und ausgebildete „Freiwilligenmiliz“ mit „ernsthaften Komponenten“.

Grundsätzlich trat Scheibner dafür ein, von der Ausbildungs- zur Einsatzarmee zu kommen, und wollte den „Ansatz umdrehen“; dies war aber immer auch eine Budgetfrage. Nach langen Diskussionen mit GTI General Horst Pleiner und den Ergebnissen einer Expertenkommission änderte Minister Scheibner jedoch seine Meinung und verwarf diese Ideen – die hauptsächlich die Ideen der ÖVP waren – wieder. Gerade die freiheitliche Wehrpolitik war in der Miliz und in einem Bürgerheer verankert. Eine Freiwilligenarmee konnte politisch als Vorleistung für eine Berufsarmee gesehen werden und konnte vor allem nicht den Gesamtbedarf für die Verteidigung Österreichs decken. Dies war niemals im Interesse der Freiheitlichen gewesen. Scheibner lehnte auch das vom Ressort vorgeschlagene KIOP/KPE-Konzept als Vorleistung für eine Berufsarmee ab. Er stärkte lieber, entsprechend der Verfassung, die Miliz.

Luftstreitkräfte NEU

Auf die Frage nach Höhepunkten seiner Ministerschaft erwähnte Scheibner die Erhöhung des Budgets und die dadurch ermöglichten Beschaffungen – dazu gehörten die Sikorsky UH-60 „Black Hawk“-Hubschrauber und die Lockheed C-130 „Hercules“-Transporter, aber auch die Mannesmann-Ausrüstung, die modernere Ausrüstung für den Grenzeinsatz, die neuen Schützenpanzer „Ulan“ und Kraftfahrzeuge, die Pionierbrücke 2000, Nachtsichtgeräte und Feldküchen.¹⁴²

¹⁴¹ Siehe: Expertenkommission für Freiwilligenarmee <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=1884>, heruntergeladen am 22.06.2022.

¹⁴² Vgl. Erwin Schmidl: Bericht der Historikerkommission – Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ; https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2019/PDFs/Buch-Historikerkommission-Web.pdf; Freiheitliches Bildungsinstitut; Wien 2019; S. 367.

Nachbeschaffung Luftraumüberwachung

Als wesentlichen Punkt seiner Ministerschaft nannte Scheibner zurückblickend das „Bekanntnis zur Luftraumüberwachung“. In seiner Ministerschaft erfolgte die Entscheidung für den Kauf neuer Abfangjäger.¹⁴³ Im Ministerium trat man – nicht zuletzt wegen der Betriebskosten – für die Beschaffung der Saab J-39 „Gripen“ ein. Als man dem Minister aber im Ministerrat garantierte, dass die höheren Betriebskosten abgedeckt würden, sah er „keinen Grund, nicht das beste Flugzeug zu nehmen“ – das hieß den Eurofighter „Typhoon“.¹⁴⁴

Wichtig war Minister Scheibner die außerbudgetäre Beschaffung und die ersten zwei Raten wurden von ihm auch sichergestellt. Sein Nachfolger Günther Platter bedeckte später die Raten aus dem Regelbudget des BMLV und trug so wesentlich zum Niedergang des Bundesheeres in den nächsten Jahren bei.

Das Verhältnis zwischen Scheibner und Finanzminister Karl-Heinz Grasser war parteiintern schlecht und wegen der Flugzeugbeschaffung verschlechterte es sich weiter. Bei mehreren Streitgesprächen durfte ich Zeuge sein. Am 06. Februar 2002 erklärte Grasser zum Beispiel der Zeitung News, dass Abfangjäger aus budgetärer Sicht nicht machbar wären. Herbert Scheibner erklärte daraufhin im Standard, die Beschaffung neuer Abfangjäger werde wie geplant durchgezogen: „Bestellt wird heuer, gezahlt später.“¹⁴⁵

Am 25. Juni wurde schließlich von der Leitung des BMLV der Gripen bestgereiht. Am 26. Juni bei der Vorbesprechung im Ministerrat hatten Bundeskanzler Schüssel und Grasser – für mich überraschend – Bedenken. Die Entscheidung wurde um eine Woche vertagt. Grasser stellte sich nun immer offener gegen Scheibner und dieser musste wie oben beschrieben, schließlich nachgeben.

Am 28. Februar wurde Günther Platter (ÖVP) als neuer Verteidigungsminister angelobt. Er verhandelte für das BMLV den Vertrag mit EADS. Finanzminister Grasser

¹⁴³ Siehe: Timeline: So lief die Eurofighter-Beschaffung, <http://www.bundesheer.at/archiv/a2017/tf/timeline.shtml>, heruntergeladen am 22.06.2022.

¹⁴⁴ Vgl. Erwin Schmidl: Bericht der Historikerkommission – Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ; https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2019/PDFs/Buch-Historikerkommission-Web.pdf; Freiheitliches Bildungsinstitut; Wien 2019; S. 366.

¹⁴⁵ Vgl. Conrad Seidl: Scheibner rückt keinen Millimeter von seinen Plänen ab, in: Der Standard, 21.06.2001, <https://www.derstandard.at/story/620402/scheibner-rueckt-keinen-millimeter-von-seinen-plaenen-ab>, heruntergeladen am 18.08.2022.

war nun offiziell „parteilos“, de facto aber zur ÖVP gewechselt. Ab 2004 musste das Bundesheer eine teure Zwischenlösung wählen und mit geleasten F5 aus der Schweiz fliegen, da die Eurofighter unverändert nicht flugbereit waren und die Draken ausgemustert wurden.¹⁴⁶ Wieder hatte die FPÖ, wie bei ihrer ersten Regierungsbeteiligung, im Sinne der Landesverteidigung die notwendigen Schritte eingeleitet. Die Regierungsverantwortung war für eine dauerhafte Lösung zu kurz bzw. wirkten in der Regierung Kräfte nicht im Sinne der militärischen Landesverteidigung.

Budget und Beschaffungen

Wesentliche Änderungen hat es auch an der „Budget-Front“ gegeben. Das Budget und die Beschaffungen sind ein Gradmesser¹⁴⁷ für jeden Verteidigungsminister. Leider verhinderte der freiheitliche Finanzminister,¹⁴⁸ der später zur ÖVP wechselte, eine noch positivere Entwicklung. So brachte zum Beispiel der Verkauf der alten Kampfpanzer M60 rund 30 Millionen Euro.¹⁴⁹ Der Abzug österreichischer Kontingente aus Zypern und Bosnien sparte dem Bundesheer rund 20 Millionen Euro pro Jahr.

Auslandseinsätze werden nun zusätzlich im Budget verbucht

Bundesminister Scheibner erreichte die Finanzierung zusätzlicher Auslandseinsätze (z.B.: Afghanistan¹⁵⁰ oder Mozambique). Diese Kostenrückerstattung wurde von den folgenden Regierungen wieder aufgehoben und die Kosten müssen nun aus dem laufenden BMLV-Budget gedeckt werden.

Neubeschaffung der Black-Hawk-Transporthubschrauber

Auch im Bereich der Beschaffung gab es Erfolge zu verzeichnen. Besonders hervorzuheben waren die neun Black-Hawk-Transporthubschrauber.

¹⁴⁶ Vgl.: Peter Pilz: Die Republik der Kavaliere; Czernin Verlag, Wien 2006; S. 27-48.

¹⁴⁷ Siehe: Transporthubschrauber und Kampfanzug <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2232>; 100 Mill mehr für das BMLV <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=1846>; ULAN <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=1907>; C130 <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2057> und Entscheidung Eurofighter <http://www.bundesheer.at/archiv/a2017/tf/timeline.shtml>, heruntergeladen am 22.06.2022.

¹⁴⁸ Vgl. Marco Mercuri: Industriepolitische Konzept zur Nutzung von Kompensationsgeschäften bei der Beschaffung von Luftraumüberwachungsflugzeugen; Eigenverlag mit Unterstützung EURO INFO CENTER AT 602; Juli 2000; im Besitz von Mag. Bernhard Rochowanski.

¹⁴⁹ Siehe: Verkauf M60 <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2203>, heruntergeladen am 22.06.2022.

¹⁵⁰ Siehe: Rücknahme ÖBH aus Afghanistan <https://www.bundesheer.at/ausle/isaf/artikel.php?id=265>, heruntergeladen am 22.06.2022.

Hercules-Transportflugzeuge NEU

Zusätzlich wurden drei Hercules-Transportflugzeuge angekauft. Diese sollen vor allem die Versorgung der im Ausland befindlichen Soldaten sicherstellen.

Ausrüstung für die Truppe NEU

Auch die Ausrüstung der Soldaten wurde grundlegend erneuert. Sie erhielten unter anderem neue Kampfanzüge. Des Weiteren wurden neue Kampfhelme und Handfunksprechgeräte beschafft. Ein weiteres Highlight war der Ankauf der Pionierbrücke 2000. Diese hat sich noch im selben Jahr beim Hochwassereinsatz des Bundesheeres im August bewährt. Neu angeschafft wurden auch 114 Ulan-Schützenpanzer, die die alten Saurer-Schützenpanzer ersetzen sollten. Außerdem wurde der Pandur II erprobt. Von diesem sollten weitere 129 Stück beschafft werden. Der bestehende Fuhrpark des Bundesheeres wurde mit 400 Kleinfahrzeugen und 150 LKW erneuert.¹⁵¹

Infrastruktur

Durch den freiheitlichen Generalmajor Kurt Mörz kam es bei der Infrastruktur der Kasernen und Liegenschaften zu massiven Verbesserungen und die personalstarke Bundesgebäudeverwaltung im Ressort wurde erfolgreich integriert. Besonders zu erwähnen sind die Großprojekte: Kauf der Rossauer Kaserne und Renovierung der Stiftskaserne.

Militärbefugnisgesetz NEU und Soldatenhilfeleistungsgesetz NEU

Erneuert wurde nun auch das Militärbefugnisgesetz.¹⁵² Es brachte Rechtssicherheit für alle Beteiligten und eine Übereinstimmung mit dem Sicherheitspolizeigesetz. Es war ein Meilenstein für die Entwicklung der militärischen Nachrichtendienste. Davor waren alle Regierungen an dieser so wichtigen Rahmen gesetzgebung gescheitert. Gerade die Kontrolle wurde damit klar und nachvollziehbar geregelt.

¹⁵¹ Vgl. Scheibner zieht Bilanz, <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2234>, heruntergeladen am 22.06.2022.

¹⁵² Siehe: Militärbefugnisgesetz <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=1920>, heruntergeladen am 22.06.2022.

Das Soldatenhilfeleistungsgesetz, das die soziale Unterstützung von Unfallopfern bzw. von im Dienst verunglückten Soldaten regelt, trat ebenfalls in Kraft.¹⁵³

Nach harten Verhandlungen im Sozialministerium erfolgte die überfällige Erhöhung der Anrechnungszeiten der Zeitsoldaten von 0 auf 30 Monate. Die Einsatzprämie der Grundwehrdiener wurde um 33 % erhöht. Für die Miliz wurde eine Verdopplung des Bezuges im Assistenzeinsatz erreicht. Die Kommandanten im Auslandseinsatz bekamen für ihre Leistungen ebenfalls eine Prämienerrhöhung.

Assistenzeinsätze werden von nun an dem BMLV abgegolten

Der Einsatz an der Schengen-Außengrenze gilt vor allem der Beendigung illegaler Grenzübertritte und deren Prävention. Seit 1990 standen rund 251.000 Soldaten im Einsatz. Es wurden etwa 67.000 illegale Grenzgänger aufgegriffen.

Diese Assistenzeinsätze an unserer Grenze im Osten wurden immer wieder für ein weiteres Jahr verlängert. Mit der Verlängerung wurde diesmal auch die Rückerstattung der Kosten beschlossen.¹⁵⁴ Diese Rückerstattung wurde aber von den Folge-regierungen wieder aufgehoben und diese Kosten müssen so wie die Auslandseinsätze wieder aus dem laufenden BMLV-Budget bestritten werden.

Einsatzmedaille NEU

Die Soldaten sollten als Anerkennung für ihren militärischen Einsatz eine sichtbare Würdigung erhalten. Diese Würdigung wurde vor allem gegen die Meinung vieler ziviler Rechtsexperten im Ressort umgesetzt. Erstmals nach dem 2. Weltkrieg gab es wieder eine soldatische Anerkennung.

Das Verleihungsrecht obliegt seither dem Bundesminister für Landesverteidigung. Die Medaille ist an Personen zu verleihen, die zu einem Einsatz des Bundesheeres nach § 2 Abs. 1 des Wehrgesetzes 1990 (WG) herangezogen wurden. Dabei gilt:

- ≡ Bei Einsätzen nach lit. a gebührt die Medaille in jedem Fall.
- ≡ Bei Einsätzen nach lit. b gebührt die Medaille bei einer Mindesteinsatzdauer von vier Wochen.
- ≡ Bei Einsätzen nach lit. c gebührt die Medaille, wenn der Einsatz unter besonders gefährlichen Verhältnissen oder unter erheblicher physischer oder psychischer Belastung der zum Einsatz herangezogenen Soldaten erfolgte.
- ≡ Bei Einsätzen nach lit. d gebührt die Medaille, sofern für einen solchen Einsatz keine sichtbare Auszeichnung von dritter Seite erfolgte.¹⁵⁵

2001-02 NEUAUFSTELLUNG DER FREIHEITLICHEN PERSONALVERTRETUNG AUF/AFH

Der bisherige Vorsitzende, Offiziersstellvertreter Heinz Stutterecker, wurde mit Unterstützung von Hptm Werner Hammer abgelöst. Ihm zur Seite gestellt wurden der im Streit von der FCG kommende ADir Manfred Haidinger und der engagierte Vzlt Manfred Reindl. Mit neuer Finanzierung und Unterstützung konnten nun Schulungen durchgeführt, Zeitungen verfasst und an die Mitarbeiter verteilt werden. Auch die Freie Gewerkschaft Österreichs (FGÖ) wurde neu aufgestellt.

2002 HOCHWASSEREINSATZ IN NIEDERÖSTERREICH

Der Hochwassereinsatz¹⁵⁶ war auf den Zeitraum 8. August bis 17. September 2002 beschränkt. In diesem kurz erscheinenden Einsatz wurden insgesamt 105.000 Mann-tage Arbeit geleistet.

Durch das österreichische Bundesheer wurden rund 12.650 Menschen geborgen, etwa 1.300 Personen davon mit Hubschraubern. Maximal waren tageweise 12.000 Soldaten im Einsatz.

¹⁵³ Siehe Scheibner zieht Bilanz, <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?id=2234>

¹⁵⁴ Siehe Scheibner zieht Bilanz, <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?id=2234> und Assistenzeinsatz: Kostenersatz ab 2003, <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?id=2229>, heruntergeladen am 22.06.2022.

¹⁵⁵ Vgl. Einsatzmedaille, <http://www.bundesheer.at/truppendienst/ausgaben/artikel.php?id=1296>, heruntergeladen am 22.06.2022.

¹⁵⁶ Siehe: Hochwasser, http://www.bundesheer.at/archiv/a2002/hw_01/artikel.php?id=17, heruntergeladen am 22.06.2022.

2002 TURBULENZEN IN DER REGIERUNG UND IN DER FPÖ

Die Kosten für den Wiederaufbau nach dem Hochwasser führten zur weiteren Reduzierung der Eurofighter von 24 auf 18. Dabei war erst am 02. Juli 2002 die Entscheidung für 24 statt 30 Eurofighter gefallen. Spätestens nun hätte in Ruhe eine Neubeurteilung der Typenentscheidung erfolgen sollen.¹⁵⁷

Vor allem war die erste Empfehlung im BMLV für den leistbaren und bereits in Verwendung stehenden Gripen von Minister Scheibner präferiert worden. Kanzler Schüssel wollte aber den (noch nicht fliegenden und erprobten) Eurofighter. Scheibner akzeptierte mit dem schriftlichen Vorbehalt der außerbudgetären Beschaffung und zusätzlichen Abgeltung der höheren Betriebs- und Infrastrukturkosten für das Bundesheer.

2002 KNITTELFELD IM SEPTEMBER

In dieser regierungspolitischen Dynamik und aufgeheizten Stimmung kam es am 07. September 2002 in Knittelfeld zu einem Delegierten-Treffen. Aufgrund des Hochwassers war auch die für die FPÖ-Basis und Jörg Haider so wichtige Steuerreform von der Regierung aufgeschoben worden. Schließlich wurde gegen den Willen von Vizekanzlerin Riess-Passer (die gar nicht anwesend war) ein Sonderparteitag gefordert. Finanzminister Grasser berichtete in Wien und es folgten die Rücktritte von Riess-Passer, Grasser und Klubobmann Peter Westenthaler. Wolfgang Schüssel löste daraufhin die Koalition auf. Am 12. November 2002 wechselte Grasser zur ÖVP.

Am 02. Oktober wurden zwei Stealth Fighter der USA auf österreichischem Staatsgebiet vom Bundesheer entdeckt und fotografiert. Scheibner legte Protest ein und es erfolgte eine Entschuldigung der USA. Österreich zeigte klar, seine Neutralität in dem sich anbahnenden Irak-Krieg behaupten zu wollen.

¹⁵⁷ Persönliche Anmerkung Verfasser.

2002 NATIONALRATSWAHL AM 24. NOVEMBER

Wahlsieger war die ÖVP mit 42,3 % und die FPÖ erreichte nur noch 10 % (ein Minus von 16 %). Nach gescheiterten Regierungsverhandlungen der ÖVP mit den Grünen wurde die ÖVP/FPÖ-Koalition mit Herbert Haupt als Vizekanzler fortgesetzt. Scheibners Ministerschaft endete somit im Februar 2003. Neuer Verteidigungsminister wurde mit Günther Platter von der ÖVP ein ehemaliger Polizist.

Am 21. Februar 2003 erfolgte der Angriff der von den USA geführten Koalition auf den Irak.

ZUSAMMENFASSUNG TEIL 1

Die FPÖ stand immer im Spannungsfeld zwischen „national“ und „liberal“: national im Spannungsfeld deutschnational und österreichischnational, liberal im Spannungsfeld Betonung der Grund- und Freiheitsrechte und wirtschaftsorientiert neoliberal. Diese Grenzen sind nicht klar zu ziehen und verschieben sich strategisch immer wieder. Daraus ergaben sich wiederholt innerparteiliche Spaltungen. Andererseits schöpft die FPÖ dieser Dialektik folgend intellektuelle Kraft und stete Erneuerung. Dies zeigte sich in der Haltung der Partei zu verschiedenen gesellschaftlichen Fragen, so auch besonders in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Ein parteipolitisches Indiz dafür ist, dass zwei der vier bisherigen freiheitlichen Verteidigungsminister im Zuge späterer Spaltungen die Partei verlassen haben (der ehemalige Bundesminister Friedhelm Frischenschlager ging zum Liberalen Forum und Herbert Scheibner zum BZÖ). Verteidigungspolitisch ist festzuhalten, dass sich die FPÖ stets sehr positiv zur militärischen Landesverteidigung und zum österreichischen Bundesheer geäußert hat. So stellte Franz Kernic schon in seiner umfassenden Untersuchung der freiheitlichen Wehrpolitik 1988 fest, „daß sich die Freiheitlichen stets eindeutig zur Notwendigkeit Österreichs zu einer wirksamen Landesverteidigung bekannten und die militärische Landesverteidigung dabei nie ernstlich in Frage stellten. Die vorbehaltlose Bejahung des österreichischen Bundesheeres wurde damit zum unbestrittenen Grundsatz der freiheitlichen Wehrpolitik.“¹⁵⁸

¹⁵⁸ Vgl. Franz Kernic: Zwischen Worten und Taten; S. 327 und Erwin Schmidt: Bericht der Historikerkommission – Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ; https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2019/PDFs/Buch-Historikerkommission-Web.pdf; Freiheitliches Bildungsinstitut; Wien 2019.

Innerhalb der FPÖ spielte bis in die 1970er Jahre die Frage eine besondere Rolle, ob das österreichische Heer auf Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht, d. h. letztlich als Milizheer nach Schweizer Muster, oder als Berufsheer organisiert sein sollte. In den 1970er- und 1980er-Jahren setzte sich die Bejahung der allgemeinen Wehrpflicht durch, was sich letztlich bis hin zur Volksbefragung vom Jänner 2013 verstärkte. Gerade die Miliz war der FPÖ immer ein wichtiges Anliegen, wie auch die Bereitschaftstruppe. Hinsichtlich der Organisation beteiligten sich FPÖ-Vertreter stets konstruktiv an den Diskussionen und nahmen in allen drei Perioden, in denen FP-Politiker als Verteidigungsminister agierten, wesentliche Weichenstellungen für die ULV und das Bundesheer vor. Allen Ministern sind Erfolge bei der Verbesserung der Ausrüstung und Ausstattung anzurechnen, wobei die spektakulärsten sicherlich die Beschlüsse über den Ankauf von Abfangjägern (1985 und 2002) waren. Daran waren zuvor alle anderen Minister gescheitert. Die Vertragsabwicklungen und die Realisierung der Beschaffungen sorgten allerdings für schwere politische Verwerfungen. Hier gilt es für die Zukunft im Bereich Beschaffung für die Politik ein korruptionsfreies Prozedere festzulegen.

Auffallend ist die breite Unterstützung der freiheitlichen Wehrpolitik durch – keineswegs immer der FPÖ angehörende – Offiziere und Beamte aus dem Verteidigungsressort. Dazu kamen kundige und engagierte Wehrsprecher, in den letzten Jahren etwa Dr. Peter Fichtenbauer und Dr. Reinhard Bösch. Wie der langjährige ORF-Chefredakteur und Brigadier der Miliz, Prof. Walter Seledec, meinte, ist „die FPÖ jene Partei, deren Wehrsprecher immerhin eine hohe Kompetenz in sicherheitspolitischen Fragen aufweisen“.¹⁵⁹ Diese extrem hohe fachliche Expertise und Kompetenz zeigen sich auch in der oftmaligen Obmannschaft der FPÖ im Landesverteidigungsausschuss des Parlaments.

Zusammenfassend brachten die ersten zwei Regierungsbeteiligungen der FPÖ einen gewaltigen Aufschwung für das Bundesheer. Das Bundesheer bekam im Kalten Krieg in der Regierung SPÖ/FPÖ zwar mehr an finanzieller Unterstützung als später unter ÖVP/FPÖ, aber beide Regierungen waren – wie umfassend dargestellt – für Österreichs Sicherheitspolitik und Landesverteidigung sehr erfolgreich. Getragen wurde dieser Kurs vor allem von den Wehrsprechern der FPÖ, den beiden Ministern Frischenschlager und Scheibner und den vielen idealistischen Unterstützern aus

¹⁵⁹ Walter Seledec: Eine wehrhafte Republik? – Österreichs militärische Sicherheitspolitik, in: Res Publica 1918–2018: Österreichs Freiheitliche und ihre Republik; https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/Publikationen/Res_Publica_web.pdf; Freiheitliches Bildungsinstitut; Wien 2018; S. 189–213.

allen Bereichen der Partei, Milizsoldaten, Berufssoldaten und Angehörigen der Verwaltung. Immer wurde dabei das Wohl der Republik über parteipolitische Anliegen gestellt.

Immer wieder hört man in der breiten Öffentlichkeit, dass alle Parteien das Bundesheer vernachlässigt hätten. Diese wissenschaftliche Aufarbeitung zeigt deutlich, dass diese Aussage für die FPÖ nicht stimmt. In den FPÖ-Regierungsverantwortungen gab es keine Einsparungen, vor allem nicht im Vergleich zu den ÖVP- und SPÖ-Verteidigungsministern. Die freiheitliche Wehrpolitik brachte immer ein Mehr an Mittel und Ressourcen, in der SPÖ/FPÖ-Koalition mit 1,4 % vom BIP sogar das höchste Wehrbudget.

Die beiden ersten Regierungsbeteiligungen der FPÖ waren leider auch von massiven nationalen und internationalen Kontroversen und Anfeindungen geprägt. Diese waren für mich als lange nach dem 2. Weltkrieg Geborenen nicht immer nachvollziehbar. Zur Aufarbeitung der Geschichte haben die FPÖ-Regierungsbeteiligungen jedenfalls positiv beigetragen. Gerade die sicherlich unabhängige Bewertung der Regierungszeit 2000 bis 2002 von Stephan Löwenstein in der FAZ beschreibt 2013 im Rückblick die Leistungen für Österreich sehr gut:

„... 2000 ging ein Aufschrei durch Europa; es wurde so getan, als sei die Errichtung einer Diktatur und massenweise Verfolgung von Ausländern und Andersdenkenden zu befürchten. Natürlich geschah das alles nicht. Stattdessen wurden viele Reformen ins Werk gesetzt, manche mehr, manche weniger wirksam; einige jedoch haben zu der relativ guten Stellung Österreichs im krisengeschüttelten Europa beigetragen, derer sich die heutigen Koalitionäre Faymann und Spindelegger rühmen ...“¹⁶⁰

Die Glücklosen Werner Faymann (Bundeskanzler) und Michael Spindelegger (Vizekanzler) waren bald danach Geschichte. Die FPÖ war 2003 trotz massiver Verluste und nach Knittelfeld für alle überraschend wieder in der Regierung: Das Verteidigungsministerium musste Herbert Scheibner jedoch an Günther Platter von der ÖVP abgeben. Die kurze Aufbauphase für das Bundesheer war somit zu schnell vorbei.

¹⁶⁰ Vgl. Stephan Löwenstein: Österreichisches Dilemma, in: FAZ, 30.09.2013; <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/nach-der-nationalratswahl-oesterreichisches-dilemma-12598187.html>, heruntergeladen am 18.06.2022.

LITERATURVERZEICHNIS TEIL 1 UND TEIL 2

Adamovich Ludwig, Funk Bernd-Christian, Holzinger Gerhart: Österreichisches Staatsrecht. Band 1: Grundlagen; Springer; Wien 1987.

Bachmann Lukas: Hybride Bedrohungen – Ein Resilienztest der österreichischen Verfassung; Vielbrück Wissenschaft; Weilerwist 2020.

Baumann Wolfgang und Hauser Gunther: Mitteleuropa – Im geopolitischen Interesse Österreichs in: <https://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2209> und <https://www.bundesheer.at/wissen-forschung/publikationen/bei-trag.php?id=897>; Austria Medien Service Verlag; Graz 2002.

Baumann Wolfgang: Geopolitik – ein zeitgemäßer Beitrag zum gesamtstaatlichen Führungsverfahren? In: Vielfalt in Uniform; Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie; Wien 2004.

Baumann Wolfgang: Grußwort des Generalsekretärs in: Wiener Strategie-Konferenz 2018 – Strategie neu denken; Miles Verlag; Berlin 2019.

Baumann Wolfgang: Wird die Umfassende Landesverteidigung entsprechend der österreichischen Verfassung realisiert? – Eine Analyse unter besonderer Betrachtung der Umfassenden Sicherheit und der Geistigen Landesverteidigung, in: Strategische Resilienz im Spannungsfeld zwischen Interdependenz und Autarkie unter besonderer Berücksichtigung der Beitragsleistung des Militärs in demokratischen Rechtsstaaten; Miles Verlag; Berlin 2021.

Baumann Wolfgang: „Wesentlich ist die Bereitschaft, sein eigenes Land zu verteidigen“ – Sicherheitsexperte Wolfgang Baumann über die NATO, die Rolle der USA sowie die Europäer, die ihre sicherheitspolitischen Hausaufgaben nicht machen, in: Zur Zeit; Nr. 21; Wien 2022.

Bayer Richard: Umfassende Landesverteidigung: ein Instrument der österreichischen Sicherheitspolitik, in: Sicherheit Schweiz: Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift; Frauenfeld 1983.

Bayer Richard und Kempf Hubert: Entwicklung der ULV in Österreich; Schriftenreihe der Österreichischen Gesellschaft zur Förderung der Landesverteidigung; 2. Auflage; Wien 1975

Bayer Richard: Die Geschichte der Umfassenden Landesverteidigung – Vom Staatsvertrag bis zur Wende; Sonderpublikation der Landesverteidigungsakademie; Wien 2008.

Berchtold Klaus: Österreichische Parteiprogramme 1868–1966; Verlag für Geschichte und Politik; Wien 1967.

Bösch Reinhard: „Keine Freiheit ohne Sicherheit“; https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20011023_OTS0248/boesch-keine-freiheit-ohne-sicherheit; OTS; Wien 23.10.2001.

Bösch Reinhard: FPÖ-Bösch zu Bundesheer: „Erstmals klare Budgetzahlen in einem Antrag“; https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190703_OTS0189/fpoe-boesch-zu-bundes-heer-erstmal-klare-budgetzahlen-in-einem-antrag; OTS; Wien 03.07.2019.

Böhner Gerhard: Die Wehrprogrammatik der SPÖ; Österreichische Schriftenreihe für Rechts- und Politikwissenschaft, Bd. 6; Braumüller Verlag; Wien 1982.

Brauneder Wilhelm: Staatskonstrukteure – Ihr Werk und ihre Nachhaltigkeit, in: Res Publica – Österreichs Freiheitliche und ihre Republik 1918–2018; https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/Publikationen/Res_Publica_web.pdf; Freiheitliches Bildungsinstitut; Wien 2018; S. 175-193.

Brauneder Wilhelm: Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Österreich in: Bericht der Historikerkommission – Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ; https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2019/PDFs/Buch-Historikerkommission-Web.pdf; Freiheitliches Bildungsinstitut; Wien 2019; S. 25-36.

Brettner-Messler Gerald: Fachtagung »Geistige Landesverteidigung« – eine Rückschau, in: In Verteidigung der Demokratie; Böhlau Verlag; Wien 2021.

Corrieri Peter: Die Pläne des Staatssekretärs Otto Rösch. Wehrdienstzeit-Verkürzungs-Ideen; BMLV; Wien 2019

Etschmann Wolfgang: Wehrpflicht in der Zweiten Republik Österreich, in: Fichtenbauer Peter: Wehrpflicht – Ein Beitrag zur aktuellen Debatte; FPÖ-Bildungsinstitut; Wien 2011.

Fichtenbauer Peter: Wehrpflicht – Ein Beitrag zur aktuellen Debatte; FPÖ-Bildungsinstitut; Wien 2011.

Fichtenbauer Peter und Stupka Andreas: ... zu dienen! Denkschrift zur Neugestaltung der allgemeinen Wehrpflicht; FPÖ-Bildungsinstitut; Wien 2013.

Fichtenbauer Peter: Analyse der Volksbefragung aus verteidigungspolitischer Sicht, in: Mario Kunasek: Wehrpflicht 2014 – Ein Jahr nach der Volksbefragung; FPÖ-Bildungsinstitut; Wien 2013.

Frischenschlager Friedhelm: Funktions- und Inhaltswandlungen von Parteiprogrammen am Beispiel der FPÖ-Programme; in: ÖZP 2/1978; Wien 1978, S. 209-220.

Frischenschlager Friedhelm: Wehrpolitisches Konzept vom Wehrpolitischen Beirat der FPÖ 1989 (Streng Vertraulich!); Aufliegend beim Autor.

Grillmayer Dieter: Die Dritte Kraft mit neuem Schwung – Österreichs Innenpolitik 2006 – 2016 im internationalen Kontext; Verlag Genius; Wien 2017.

Haider Jörg: Die Freiheit, die ich meine; Verlag Ullstein; Frankfurt/M – Berlin 1994.

Haider Jörg: Grundprinzipien einer freiheitlichen Sicherheitspolitik; Juni 1995.

Haider Jörg: Friede durch Sicherheit – Eine österreichische Philosophie für Europa; Freiheitliches Bildungswerk; Wien 1996.

Haider Jörg: Befreite Zukunft jenseits von links und rechts – Menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend; Ibero und Molden Verlag; Wien 1997.

Hecht Rudolf: Militärische Bestimmungen in den Friedensverträgen von 1947; in: ÖMZ 5/1979; Wien 1979.

Höbel Lothar: Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU; Leopold Stocker Verlag; Graz u. a. 1999.

Höbel Lothar (Hrsg.): Republik im Wandel – Die große Koalition und der Aufstieg der Haider-FPÖ; Universitas Verlag; München 2001.

Höbel Lothar: Die Zweite Republik Österreich und ihre Besonderheiten; Böhlau Verlag; Wien 2020.

Hochauer Günter: Auswirkungen der NATO-Osterweiterung gemäß der Konferenz von Madrid 97 auf das österreichische Bundesheer, in: NATO-Perspektiven aus slowenischer und österreichischer Sicht; Informationen zur Sicherheitspolitik; LVAK; März 1998.

Jung Wolfgang: Noch eine Heeresreform?; Freie Argumente; Folge 4; Wien 1992.

Jung Wolfgang und Hammer Werner: Für ein österreichisches Bundesheer – Arbeitsprogramm der Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik und Landesverteidigung in: Heer aktiv; Wien 2006.

Jung Wolfgang: Neutralität – Eine Klarstellung! in: Heer aktiv; Wien 2006.

Jürs Jacqueline/Schuh Roman/Wirtitsch Manfred: Vorwort, in: In Verteidigung der Demokratie; Böhlau Verlag; Wien 2021, S. 7-9.

Kassegger Axel: Wirksame österreichische Wirtschafts- und Standortpolitik – Corona ist nicht an allem schuld; Stocker Verlag; Graz 2022.

Kernic Franz: Zwischen Worten und Taten – Die Wehrpolitik der Freiheitlichen 1949–1986; Österreichischer Bundesverlag; Wien 1988.

Kernic Franz, Rumerskirch Udo, Schneider Wolfgang: Die isolierte Armee – Kritische Bemerkungen zur Landesverteidigung; Signum Verlag; Wien 1990.

Kickl Herbert: ÖVP-Tanner zerstört unser Bundesheer; <https://hi-in.facebook.com/herbertkickl/posts/2676122009332759>; heruntergeladen am 19.08.2022.

Kickl Herbert: „Noch-Verteidigungsministerin Tanner fabriziert nächsten Rohrkrepiere!“; <https://www.youtube.com/watch?v=0el4hYcQR7g>; heruntergeladen am 19.08.2022.

Krünes Helmut: Die aktuelle Diskussion über die Wehrpflicht und die Neutralität als interessanter Studienfall über die Art, wie in Österreich Grundsätze unseres Staates diskutiert werden, in: Kunasek Mario: Wehrpflicht 2014 – Ein Jahr nach der Volksbefragung; FPÖ-Bildungsinstitut; Wien 2013.

Kuntner Wilhelm: Ist Europa noch zu retten – Die Visionen eines optimistischen Realisten; Orac Verlag; Wien 1983.

Lachnit Hans-Wilhelm: Umfassende Landesverteidigung in Österreich, in: Freie Argumente; Nr. 4; Wien 1977.

Löwenstein Stephan: Österreichisches Dilemma, in: FAZ, 30.09.2013, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/nach-der-nationalratswahl-oesterreichisches-dilemma-12598187.html>, heruntergeladen am 18.06.2022.

Mercuri Marco: Wann kommt die nächste Heeresreform in: Der Offizier – Zeitschrift der Offiziersgesellschaft; 1/94; Wien 1194, S. 9.

Mercuri Marco: Heeresstruktur 2000 oder Gedanken und Vorschläge des RFJ über die laufende Heeresreform; Eigenverlag 1994; im Besitz von Mag. Bernhard Rochowanski.

Mercuri Marco: Industriepolitisches Konzept zur Nutzung von Kompensationsgeschäften bei der Beschaffung von Luftraumüberwachungsflugzeugen; Eigenverlag mit Unterstützung EURO INFO CENTER AT 602; Juli 2000; im Besitz von Mag. Bernhard Rochowanski.

Moser Hans Helmut: FP-Wehrkonzept in einem neuen Europa; Beilage zum Antrag von Hans Helmut Moser an den 21. Bundesparteitag der FPÖ; Wien 1992.

Neurieser Joachim: Zwischen Liberalismus und Nationalismus: Programmatische Transformationsprozesse in der Geschichte des dritten Lagers in Österreich nach 1945; Diplomarbeit Universität Wien; Wien 2008.

Platzer Alexander: Rekrutenschule – Modell für die Grundausbildung, in: Mario Kunasek: Wehrpflicht 2014 – Ein Jahr nach der Volksbefragung; FPÖ-Bildungsinstitut; Wien 2013.

Prader Georg: Vorwort in: 1918–1968 – Die Streitkräfte der Republik Österreich; 50 Jahre Republik Österreich; Sonderdruck Heeresgeschichtliches Museum; Wien 1968; S. 444.

Pilz Peter: Kein Roman; Verlag für Gesellschaftskritik; Wien 1989.

Pilz Peter: Die vierte Republik; Czernin Verlag; Wien 2000.

Pilz Peter: Die Republik der Kavaliere; Czernin Verlag; Wien 2006.

Piringer Kurt: Chronologie der FPÖ-Entwicklung 1986 – Jahresmitte 2000 in: Höbelt Lothar (Hrsg.): Republik im Wandel – Die große Koalition und der Aufstieg der Haider-FPÖ; Universitas Verlag; München 2001, S. 356-459.

Steiger Andreas: Das Raumverteidigungskonzept – Planung und Durchführung in den Jahren 1968 bis 1978 in: Armis et Litteris 17/07; https://miles.ac.at/medien/armis/Armis_et_Litteris_17_5.pdf.

Puntigam Josef Paul: Wozu Wehrpflicht?, in: Fichtenbauer Peter: Wehrpflicht – Ein Beitrag zur aktuellen Debatte; FPÖ-Bildungsinstitut; Wien 2011.

Puntigam Josef Paul: Wehrpflicht – Gedanken zur Situation der Wehrpflichtreform in: Mario Kunasek: Wehrpflicht 2014 – Ein Jahr nach der Volksbefragung; FPÖ-Bildungsinstitut; Wien 2013.

Rauchensteiner Manfred: Nachkriegsösterreich 1945; in: ÖMZ 6/1972; Wien 1972; S. 416-420.

Reiter Gottfried: Geistige Landesverteidigung – Verstaubtes Relikt aus vergessener Zeit oder Chance für unsere Zukunft?, in: Soziologie heute; Oktober 2020.

Reiter Erich: Programm und Programmentwicklung der FPÖ, in: Österreichische Schriftenreihe für Rechts- und Politikwissenschaft; Band 5; Wien 1982.

Reiter Erich: Freiheitliche Perspektiven zur österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Dokumentation FBI Nr. 8; Wien 1992.

Reiter Erich: Die Sicherheitspolitik der FPÖ, in: Höbelt Lothar (Hrsg.): Republik im Wandel – Die große Koalition und der Aufstieg der Haider-FPÖ; Universitas Verlag; München 2001, S. 168-184.

Riste Olav: Total Defence – The Genesis of a Concept, in: Iko Per / Ericson Lars / Åse-lius Gunnar (eds.): Der Totale Krieg – Die totale Verteidigung 1789–2000; Acta des XXVI. Internationalen Militärgeschichtlichen Kongresses (Schwedische Kommission für Militärgeschichte); Stockholm 2001.

Schmidl Erwin: Going International – In the Service of Peace: Das österreichische Bundesheer und die österreichische Teilnahme an internationalen Einsätzen seit 1960; Vehling; Graz 2015.

Schmidl Erwin: Die Wehrpolitik der FPÖ, in: Bericht der Historikerkommission – Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ; https://www.fpo.e.at/fileadmin/user_upload/www.fpo.e.at/dokumente/2019/PDFs/Buch-Historikerkommission-Web.pdf; Freiheitliches Bildungsinstitut; Wien 2019; S. 353-375.

Seidl Conrad: Scheibner rückt keinen Millimeter von seinen Plänen ab in: Der Standard, 21.06.2001, <https://www.derstandard.at/story/620402/scheibner-rueckt-keinen-millimeter-von-seinen-plaenen-ab>, heruntergeladen am 18.08.2022.

Seledec Walter: Das Verständnis der Politiker für die österreichische Landesverteidigung in: Landesverteidigungsplan – Analysen und Perspektiven; Gesellschaft für politisch-strategische Studien; Wien 1986; S. 83-91.

Seledec Walter: Eine wehrhafte Republik? – Österreichs militärische Sicherheitspolitik, in: Res Publica – Österreichs Freiheitliche und ihre Republik 1918–2018; https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpo.e-bildungsinstitut.at/Publikationen/Res_Publica_web.pdf; Freiheitliches Bildungsinstitut; Wien 2018; S. 231-267.

Sinn Norbert: Schutz der Grenze: der Sicherungseinsatz des Österreichischen Bundesheeres an der Staatsgrenze zu Ungarn im Oktober und November 1956; Austria Medien Service; Graz 1996.

Stirnemann Alfred: Das neue Parteiprogramm der FPÖ – eine kritische Analyse, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1985; Wien München 1986.

Spannocchi Emil: Verteidigung ohne Selbstzerstörung – Die Spannocchi Doktrin; Carl Hanser Verlag; München Wien 1976.

Strigl Mario: Wacht an der Grenze: Die Grenzschutztruppe des Österreichischen Bundesheeres; Schriften zur Geschichte des Österreichischen Bundesheeres 12; Gra&Wis; Wien 2008.

Stupka Andreas: Kaputtgespräch! in: Heer Aktiv: Das freie Magazin für das Österreichische Bundesheer; Wien 2019.

Riess-Passer Susanne: „Was 2000 wirklich lief“, Interview für die Zeitung OE24, heruntergeladen am 03.02.2010

Theuretsbacher Wilhelm und Urrisk Rolf M.: Ich gelobe... – Ein Heer zwischen politischen und militärischen Blöcken; Verlag A.F. Koska; Wien 2005.

Thirring Hans: Mehr Sicherheit ohne Waffen – Denkschrift an das österreichische Volk und seine gewählten Vertreter; Verlag für Jugend und Volk; Wien 1963.

Tschumy Adrien: La défense totale, les efforts d'un petit état neutre – 1950–1990, in: Iko Per / Ericson Lars / Åse-lius Gunnar (eds.): Der Totale Krieg – Die totale Verteidigung 1789–2000; Acta des XXVI. Internationalen Militärgeschichtlichen Kongresses (Schwedische Kommission für Militärgeschichte); Stockholm 2001.

Wendy Karl: Die Neuausrichtung der österreichischen Streitkräfte im Lichte der erforderlichen Fähigkeiten des Heeres in: Fichtenbauer Peter: Wehrpflicht – Ein Beitrag zur aktuellen Debatte; FPÖ-Bildungsinstitut; Wien 2011.

Wendy Karl: Was bleibt von der Wehrdienst-Reform in: Mario Kunasek: Wehrpflicht 2014 – Ein Jahr nach der Volksbefragung; FPÖ-Bildungsinstitut; Wien 2013.

FÜR DIE WEHRPOLITIK BESONDERS RELEVANTE FPÖ-PUBLIKATIONEN

Res Publica 1918–2018: Österreichs Freiheitliche und ihre Republik

In der 2018 zum Jubiläum der Republikgründung vom Freiheitlichen Bildungsinstitut herausgegebenen Broschüre heißt es zum Thema „Sicherheit“ eher kurz: „Österreich hat sein Staatsgebiet zu schützen, seine Neutralität zu wahren und seinen Bürgern Schutz und Hilfe in allen Bedrohungsszenarien zu gewähren.“¹⁶¹ Etwas ausführlicher sind die Ausführungen zur internationalen Politik: „Das internationale Engagement Österreichs stärken. Wir bekennen uns weiterhin zu einer aktiven Neutralitätspolitik Österreichs und, damit verbunden, zu einer konsequenten Fortsetzung der österreichischen Initiativen für Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nicht-Weiterverbreitung von Nuklearwaffen sowie zum Eintreten für eine nuklearwaffenfreie Welt. Wir wollen Österreich noch besser positionieren als internationalen Ort des Dialogs und werden unser multilaterales Engagement weiter verstärken – mit dem Ziel einer erfolgreichen Bewerbung für die Mitgliedschaft Österreichs im UN-Menschenrechtsrat für die Jahre 2019–2021 und im UN-Sicherheitsrat für die Jahre 2027–2028.“¹⁶²

Endlich Fairness für uns Österreicher – Zwischenbilanz 2.0

Am 8. Oktober 2018 – nach einem knappen Jahr Regierungsbeteiligung – legte die FPÖ unter dem Titel „Endlich Fairness für uns Österreicher“ eine „Zwischenbilanz 2.0“ vor. Zum Bereich der Landesverteidigung hieß es da: „Nur ein starkes Heer kann Österreichs Grenzen schützen und im Fall von Naturkatastrophen rasche Hilfe leisten. Um dies gewährleisten zu können, setzt Verteidigungsminister Mario Kunasek starke Akzente. So konnte im Zuge des Katastrophenhilfe- und -schutzpakets der Ankauf von Transporthubschraubern und zusätzlichen „Black Hawk“-Hubschraubern sowie von geländegängigen Fahrzeugen beschlossen werden.“¹⁶³

¹⁶¹ Res Publica 1918–2018: Österreichs Freiheitliche und ihre Republik; https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpoebildungsinstitut.at/Publikationen/Res_Publica_web.pdf; Freiheitliches Bildungsinstitut; Wien 2018; S. 22.

¹⁶² Ebd.; S. 28.

¹⁶³ Endlich Fairness für uns Österreicher: Die FPÖ-Regierungs-Zwischenbilanz 2.0; https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpoebildungsinstitut.at/dokumente/Regierung_Zwischenbilanz.pdf.

Die „Zwischenbilanz“ zählte folgende Punkte auf:

- Unser Heer schützt unsere Grenzen: Rund 900 Soldaten sind täglich im Assistenzeinsatz an Österreichs Grenzen.
- Katastrophenschutzpaket – neues Gerät für den Einsatz bei der Katastrophenhilfe: Für das Heer gibt es zwölf neue Mehrzweckhubschrauber, drei weitere „Black Hawk“-Hubschrauber und geländegängige Fahrzeuge.
- Investitionen in ein starkes und modernes Heer: Vier moderne Schulflugzeuge und sechs neue Löschfahrzeuge für die Luftstreitkräfte sowie gepanzerte Fahrzeuge wie das neue Aufklärungsfahrzeug „Dingo“ 2, der Mannschaftstransporter „Pandur Evolution“ und das Universalgeländefahrzeug „Hägglunds“ für die geschützte Mobilität unserer Soldaten wurden angeschafft.
- Mehr Sicherheit in den Regionen: Im gesamten Bundesgebiet werden zwölf ausgewählte Kasernen zu autarken Sicherheitsinseln ausgebaut.
- „Binnen-I“ ausgemustert: Rückkehr zur sprachlichen Normalität im Bundesheer.
- Mehr Budget für unser Heer: Für die Budgetjahre 2018 und 2019 wurde erstmals das nominell höchste Verteidigungsbudget sichergestellt.¹⁶⁴

Berichte mit besonderer Relevanz für die Wehrpolitik der FPÖ

Der Landesverteidigungsplan; Herausgegeben vom Bundeskanzleramt; Wien 1985.

„Österreich zuerst – 1956–2016“; 60 Jahre FPÖ; FPÖ-Bildungsinstitut; Wien 2016.

„Effektive Landesverteidigung – Ein Appell“ von Robert Brieger; BMLV; Wien 2018.
Entwurf „Bedarf für das Bundesheer 2020“ von Mario Kunasek (2019 nicht mehr veröffentlicht) und der darauf basierende Bericht „Unser Heer 2030 – Die Antwort auf künftige Bedrohungen“; BMLV; Wien 2019.

¹⁶⁴ „Österreich neu regieren“ – das ÖVP-FPÖ-Regierungsprogramm vom Februar 2000, <https://www.spiegel.de/media/media-2897.pdf>.

DR. WOLFGANG BAUMANN

AUTOR

Wolfgang Baumann wurde 1966 in Wien geboren. Nach der Ausbildung an der Theresianischen Militärakademie zum Panzerpionier war er beim Österreichischen Bundesheer in verschiedenen Führungs- und Stabsfunktionen eingesetzt.

Im Kommando für Internationale Einsätze war er Ausbildungsleiter für die Kontingentsausbildung. Im Verteidigungsministerium leitete er das Referat für die Rekruten- und Chargenausbildung. Er studierte berufs begleitend an der Universität Wien Politikwissenschaften und Geschichte/Soziologie. Seine Studien schloss er 2007 mit der Promotion zum Dr. phil. ab.

Von 2000 bis 2003 war er außenpolitischer Berater des Bundesministers für Landesverteidigung und leitete dabei auch erfolgreich eine Verhandlungsmision im Nahen Osten. Ab 2003 war er in leitenden Funktionen beim Heeresnachrichtenamt tätig, zuletzt als Sicherheitspolitischer Berater.

Wolfgang Baumann ist Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes. Über internationale Erfahrung verfügt er unter anderem durch die Teilnahme am „Senior Course“ des „NATO Defense College“ in Rom, am israelischen „National Security Program“ und am EU-Studienlehrgang am „Centre des Hautes Études de l’Armement“ in Paris. Er war Gutachter für sicherheitspolitische Forschung und Lektor an der Fachhochschule Wien. Wolfgang Baumann ist Absolvent des 15. Strategischen Führungslehrganges an der Landesverteidigungsakademie.¹⁶⁵

2018-19 war er Generalsekretär im BMLV und höchster Beamter. Seit 2019 ist er an der Landesverteidigungsakademie für die ULV zuständig und seit 2022 Kursdirektor für den Regionalen Strategischen Führungslehrgang.

Für seine besonderen Leistungen wurde er mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet.

¹⁶⁵ Vgl. https://www.parlament.gvat/PERK/PE/EU2018/GASPGSVP/Wolfgang_Baumann.shtml vom 10.08.2022 und www.bundesheer.at/wissensforschung/publikationen/person.php?id=505.



Gesellschaft für Politik, Kultur & Meinungsfreiheit